


Humboldt-Universität zu Berlin

Magisterarbeit

**Die Europa-Union in der westdeutschen
Tagespresse in den 1950er Jahren
Kontinuitäten und Wandel
in der Berichterstattung über einen Europaverband**



Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

Magister Artium (M.A.)

Philosophische Fakultät I

Institut für Geschichtswissenschaften

Johan S. U. Grußendorf

Dekan: Prof. Dr. Michael Borgolte

Gutachter: 1. Prof. Dr. Dr. h. c. Hartmut Kaelble

2. Prof. Dr. Clemens Wurm

eingereicht: 12. Juni 2007

Zusammenfassung

Über die Europa-Union, den wichtigsten deutschen Europa-Verband der Nachkriegszeit, wurde in der Presse der 1950er Jahre ausführlich berichtet. Die Arbeit beschäftigt sich mit der im Rahmen dieser Berichterstattung kontinuierlich geäußerten Kritik gegenüber dem Fortgang der europäischen Einigung. Darüber hinaus betrachtet sie den Wandel der Kommentierung des Verbandes durch die Tagespresse. Insbesondere wird die Reaktion auf die internen Veränderungen, die mit dem Wechsel an der Spitze der Europa-Union 1954 erkennbar wurden, untersucht. Der Publizist Ernst Friedlaender und sein Nachfolger Friedrich Carl von Oppenheim, welche der Westintegration positiver gegenüberstanden als ihr Vorgänger Eugen Kogon, prägten die zweite Phase des Untersuchungszeitraumes. Ernst Friedlaender leitete die Europa-Union auch in der Auseinandersetzung mit dem europäischen Dachverband Union Européenne des Fédéralistes (UEF). Die Untersuchung dieses Teils der Auseinandersetzung über die neuartige europäische Integration vermittelt Einsichten in die Grundlagen des europäischen Selbstverständnisses.

Abstract

The Europa-Union was the most important association working for a united Europe in postwar Germany. During the 1950's, it received extensive press coverage by German newspapers. This master's thesis examines the way in which in these articles constant motives of criticism show up during this period. Furthermore, it focuses on the changes in the comments on the association by journalists of the daily press. Especially the reactions on internal reorganizations resulting in a change of the presidency in 1954 caught the attention. Ernst Friedlaender and his successor Friedrich Carl von Oppenheim had a more positive attitude towards western integration than the former president, Eugen Kogon. Ernst Friedlaender also lead the association in the conflict with the European umbrella-organization Union Européenne des Fédéralistes (UEF). The examined part of the debates on the novel European Integration leads to a better understanding of our European self-conception today.

Schlagwörter:

Europa-Union, Presse, Nachkriegszeit, europäische Integration, Ideengeschichte, Europäische Bewegung, UEF

Keywords:

Europa-Union, press, postwar period, European Integration, intellectual history, European Movement, UEF

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Erkenntnisleitendes Interesse und Hinführung zum Thema.....	1
1.2	Klärung des Themas und seiner zentralen Begriffe	3
1.3	Erörterung der Forschungs- und Quellenlage	5
1.4	Tagespresse der 1950er Jahre als Quellengrundlage.....	8
1.5	Entwicklung der Fragestellung und Gliederung.....	11
1.6	Methode und theoretischer Ansatz der Untersuchung	13
2	Kontext: Die 1950er Jahre als Weichenstellung der europäischen Integration	15
2.1	Europas „zweite Chance“ nach dem Europarat: EGKS, EVG/EPG	15
2.2	Europas „dritte Chance“ nach dem Scheitern der EVG/EPG: der Gemeinsame Markt	21
3	Grundlegende politische Zielsetzungen – Kontinuitäten in der Berichterstattung zur Europa-Union	24
3.1	Kritik: politische Ohnmacht, militärische Bedrohung, wirtschaftliche Schwierigkeiten	25
3.2	Werte: Freiheit, Friede, Demokratie	33
3.3	Ziele: Wiedervereinigung, Aussöhnung, Zusammenschluss	39
3.4	Versinnbildlichungen: Flagge, Austausch, gemeinsame Institutionen?.....	44
4	Veränderungen innerhalb des Verbandes und in der verbandseigenen Europapolitik – Wandel der Berichterstattung zur Europa-Union	51
4.1	Die Verbandsleitung und ihr Bild in der Presse	52
4.1.1	<i>Eugen Kogon - Präsident von 1950 bis 1953</i>	52
4.1.2	<i>Ernst Friedlaender – Präsident von 1954 bis 1957 und Friedrich Carl von Oppenheim – Präsident ab 1958</i>	60
4.2	Verbandseigene Europapolitik im europäischen Kontext	69
4.2.1	<i>Die Aktion Bundespakt – 1950 bis 1953</i>	69
4.2.2	<i>Die sukzessive Spaltung des Dachverbandes als Reaktion auf das Scheitern der EVG 1954</i>	76
5	Fazit: Die 1950er Jahre als maßgebliche Phase für den Verband in der westdeutschen Tagespresse	83
	Abkürzungsverzeichnis	88
	Quellen- und Literaturverzeichnis	90
	Archivbestände	90
	Gedruckte Quellen und Memoiren	90
	Literatur.....	91
	Eidstattliche Erklärung	98

1 Einleitung

1.1 Erkenntnisleitendes Interesse und Hinführung zum Thema

Die Europäische Union ist für viele ihrer Bürger zum Synonym für Europa geworden. Gerade in den Medien findet sich oft die Formulierung, „Europa“ oder „Brüssel“ – nicht die Europäische Union – habe gehandelt. Die öffentliche Debatte über Europa hat sich zumindest in den langjährigen Mitgliedsstaaten verengt: Die politische Einheit Europas und die supranationalen europäischen Institutionen beherrschen die Diskussionen.¹ Ihre Grundlagen – dazu zählen nicht über die Planungsphase hinaus gekommene und weniger bekannte europäische Organisationen – wurden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. In denselben Zeitraum fällt eine weitere Premiere. Unter „Provisoriumsvorbehalt“ entstand die Bundesrepublik Deutschland.² Sie sollte einer dieser langjährigen Mitgliedsstaaten der europäischen Institutionen werden, im Falle der direkten Vorläufer der Europäischen Union sogar Gründungsmitglied. Wie wurde „Europa“ in der zweiten deutschen Demokratie während dieser Gründungsphase eingeschätzt? Welche Schlüsse lassen sich aus den Reaktionen der Zeitgenossen auf die neuartige europäische Integration³ ziehen?

Auf den ersten Blick befand sich das europäische Selbstverständnis trotz dieser Entwicklung in einer tiefen Krise. Diese Wahrnehmung speiste sich aus verschiedenen Erfahrungen. Dazu zählten die Diskrepanz der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Europa und den USA. Die Vereinigten Staaten ließen neben ihrer wirtschaftlichen Dynamik wegen ihres Aufstiegs zur Supermacht Unterlegenheitsgefühle entstehen. Daneben spielte psychologisch der Zusammenbruch europäischer Werte mit dem Aufkommen faschistischer und kommunistischer Ideologien eine Rolle, besonders nach dem Ersten Weltkrieg. Wichtiger noch wog das Versagen der Europäer, durch Friedenserhaltung die massiven Zerstörungen durch diesen und den Zweiten Weltkrieg zu verhindern.⁴ Andererseits bestanden besonders in Westdeutschland große Hoffnungen auf eine europäische Lösung der Folgen des Krieges. Der Nationalstaat als Lösungsinstanz all dieser Probleme schien inadäquat angesichts des Anteils,

¹ Hartmut Kaelble, Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union, Stuttgart 2001, S. 171.

² Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen II, Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2005 (Reihe Schriftenreihe // Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 463), S. 141-142.

³ Ludolf Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947-1950, in: VfZ, Jg. 34 (1986), S. 163-205.

⁴ Hartmut Kaelble, Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., New York 2001, S. 249.

den übersteigertes nationales Bewusstsein an ihrer Entstehung gehabt hatte. Durch den Nationalsozialismus war schon begrifflich eine Sperre entstanden.

Die Ambivalenz einer vermeintlichen europäischen Krise bei gleichzeitiger Hoffnung, sie mit übernationaler Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu überwinden, wird in Europavereinigungen besonders deutlich. Übernational wird hierbei synonym mit supranational zur Bezeichnung von Kooperationsansätzen verwendet, die auf einer neu geschaffenen Ebene beruhen, welche zwar von den zusammenarbeitenden Staaten eingerichtet wird, dann aber unabhängig von ihnen eigene Kompetenzen besitzt. Die Verankerung dieser Ansätze im nationalen und internationalen Kontext kann bei Presseberichten zu Europavereinigungen gut beobachtet werden, da ihre Ideen vielfach zu diesen Entwicklungen in Beziehung gesetzt wurden. Die Europa-Union Deutschland nahm mit prominenten Vorkämpfern und relativ großen Mitgliedszahlen einen herausgehobenen Platz unter diesen Vereinigungen in der Bundesrepublik ein. Daher fand sie kontinuierlich in der Presse Erwähnung. In der Forschung werden die Pressereaktionen auf den Verband bisher punktuell verwendet. Als Teilaspekt der Ideengeschichte der Europa-Union sieht man sie als einen wichtigen Baustein der Entwicklung eines deutschen Europabewusstseins an.⁵ Trotzdem ist bisher nicht untersucht worden, wie diese Berichterstattung im Einzelnen über einen längeren Zeitraum hinweg verlief. Dabei bildete sie wegen der grundlegenden politischen Zielsetzungen des Verbandes über die vereins- und ideengeschichtliche Bedeutung hinaus einen Teil der damaligen Auseinandersetzung über das europäische Selbstverständnis, der über die formalen Mitglieder hinausging. Daher liegt der Fokus nachfolgend nicht auf der internen Massenkommunikation der Ideen. Sie hat der Forschung bereits Aufschlüsse über die Entwicklung innerhalb der Verbandstrukturen gegeben.⁶ So wurde die Auswertung der verbliebenen Aktenbestände bereits früh mit den internen Veröffentlichungen kombiniert, besonders aufschlussreich war hierbei die halbmonatlich oder monatlich erscheinenden Zeitschrift *Europa-Union*. Dagegen ist die vorliegende Untersuchung eines weitergehenden, mediengeschichtlichen Teilaspekts der Anfangszeit der Europa-Union ein Beitrag, der das spezifisch westdeutsche Verständnis von Europa im Spannungsfeld von Verbandsideen und journalistischer Eigendynamik beleuchtet.

⁵ Vanessa Conze, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970)*, München 2005 (Reihe Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 69), S. 17.

⁶ Prägend war hier die grundlegende Arbeit von Walter Lipgens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil: 1945-1947. Mit zwei Beiträgen von Wilfried Loth*, Stuttgart 1977, die bereits das erste Vereinsorgan einbezog, den *Informationsdienst* (ab S. 421).

1.2 Klärung des Themas und seiner zentralen Begriffe

Die Arbeit konzentriert sich auf die Auswertung von Artikeln der 1950er Jahre. In der Zeit von 1950 bis einschließlich 1960 bildeten sich die in der Gegenwart bedeutendsten europäischen Institutionen grundlegend heraus. Gleichzeitig modernisierten sich die Printmedien in Deutschland.⁷ Allerdings wäre auch ein größerer Untersuchungszeitraum möglich gewesen, da die gesamte Zeitspanne von 1945 bis 1960 die Zeit des europäischen Wiederaufbaus war.⁸ Bei der Kontextualisierung der Rahmenbedingungen und internationalen Konstellationen wird daher auf die wichtigsten Nachkriegsentwicklungen eingegangen, um das Bild der wichtigen Zeit 1945-1950 zu vervollständigen und die Gründungszeit der Europa-Union kurz darzustellen. Die Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 bildete für die Berichterstattung über einen deutschen Verband jedoch eine wichtige Veränderung, da nun eine nationale Regierung als Bezugspunkt existierte, obschon sie anfangs offiziell keinerlei Außenpolitik betrieb. Die letzten Monate des Jahres 1949 bleiben in der Analyse größtenteils unberücksichtigt, da auch Presseberichte erst mit einer gewissen Anlaufzeit auf das inoffizielle Wechselspiel von Regierung und privaten Verbänden Bezug nahmen. Mit dem Jahr 1950 war die Europa-Union zudem auch nach der Veranstaltung des in der eigenen Zählung „Ersten Delegierten-Kongresses“⁹ im Jahr zuvor organisatorisch gefestigt.¹⁰

Trotz der europäischen Ausrichtung der Europa-Union Deutschland wird nur die deutschsprachige, dabei fast ausschließlich die westdeutsche Tagespresse untersucht, da es sich um einen nationalen Verband handelt. Wegen der „Saarfrage“, die auch den europäischen Kontext in besonderer Weise betraf, wird bis 1957 auch die Berichterstattung der Zeitungen des Saargebietes, in dem sich ein von der bundesrepublikanischen Gründung unabhängiger Verband, die Europa-Union an der Saar (EUS) etablierte, mit hinzugezogen. Mit der Bezeichnung Europa-Union ist auch der Blick auf übergeordnete Dachverbände und die Berichterstattung zu deren Aktionen gemeint. Zentral sind in vorliegender Untersuchung die Union Européenne des Fédéralistes (UEF) und das European Movement (EM). Am häufigsten begegnet dem Leser in den Zeitungsartikeln jedoch der Begriff Europäische Bewegung, der mal

⁷ Axel Schildt, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 633-648, S. 633.

⁸ Clemens A. Wurm, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration 1945 – 1960, Oxford 1995 (Reihe German Historical Perspectives, Bd. 9), S. 1–8, S. 2.

⁹ Gerhard Eickhorn (Hrsg.), Für ein föderales Europa. Beschlüsse der Bundeskongresse der Europa-Union Deutschland 1947-1991, Bonn 1993, S. 21.

¹⁰ Christel Ruppert, Die Europa-Union Deutschland. Organisation und Tätigkeit eines Europa-Verbandes, Dissertation, Universität Heidelberg, 1960, S. 31-46.

den vorgenannten Dachverband, mal einzelne (Unter-)Verbände beschreiben sollte. Die Europa-Aktivistinnen waren des Öfteren auf mehreren Ebenen gleichzeitig aktiv. Bei der Quellenanalyse der Artikel lassen sich schon aus diesem Grund keine klaren Trennlinien ziehen. Europa-Aktivistinnen bietet sich als Sammelbeschreibung der Mitglieder der Europa-Union an, da die Titulatur Europa-Politiker sicher nicht in allen Fällen zutrifft, zumal der Verband sich als überparteilich verstand. Eine zu große Betonung des privaten Vereinscharakters würde der Bedeutung des Verbandes dagegen ebenfalls nicht gerecht werden, da sich das Führungspersonal der Europa-Union, welches in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aktiv war, zumeist aus der Oberschicht rekrutierte.¹¹

Der zentrale Begriff des europäischen Selbstverständnisses wird als die öffentliche Verständigung über die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Gemeinsamkeiten der europäischen Zivilisation begriffen¹². Der ausgeprägte Prozesscharakter ist einer der Faktoren, die keinen vorschnellen Schluss aus der Diskussion um nationale Identitäten auf das europäische Selbstverständnis nahe legen.¹³ Deutlich ist in dieser Debatte, dass Begriffe aus dem „Zitatensystem Europa“ durch Unbestimmtheit gerade in der Massenkommunikation eine besondere Wirkung entfalten konnten.¹⁴ Als Beispiel seien hier zwei Schlagzeilen zu einem Kongress der Europa-Union im Jahr 1954 genannt, ein Jahr, dessen Bedeutung für die Europa-Union und ihre Wahrnehmung in der Presse im Laufe der Untersuchung herausgearbeitet wird: „Europäertum ist kein Modeartikel“; „Der Weg nach Europa ist nicht versperrt“.¹⁵

Die Tagespresse bezeichnet schließlich solche Titel, die im täglichen Rhythmus erschienen, wobei die Untersuchung auch auf in größeren Intervallen erscheinende Zeitungen ausgeweitet wird, sofern besondere Bezüge aus der Tagespresse oder Verbindungen einzelner Mitglieder der Europa-Union dies erforderlich machen.

¹¹ Auf eine Verwendung von Anführungszeichen für diese Bezeichnungen wird – abgesehen von Zitaten – zur besseren Lesbarkeit verzichtet.

¹² Kaelble, *Europäer über Europa*, S. 25.

¹³ Vgl. Hartmut Kaelble, *Das europäische Selbstverständnis und die europäische Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Ders., Martin Kirsch, Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 85-110, S. 88-90.

¹⁴ Rolf Petri, *Europa? Ein Zitatensystem*, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* 14 (2004), S. 15-49, S. 48.

¹⁵ *Hamburger Fremdenblatt*, 30.10.1954; Robert Botzat, *NZ*, 3.11.1954. Im Folgenden werden die Namen von Zeitungen kursiv gesetzt und mit dem Erscheinungsort versehen, sofern dieser nicht ersichtlich ist. Bekannte Titel wie *Die Neue Zeitung München* werden dabei in den Anmerkungen abgekürzt. Beim Aufeinandertreffen Anführungszeichen und einfachen Anführungszeichen wird zur besseren Lesbarkeit ein Leerzeichen eingefügt. Zu der Nennung von Verfassern der journalistischen Texte siehe den nächsten Abschnitt.

1.3 Erörterung der Forschungs- und Quellenlage

Vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Vorstellung eines besonderen Europas, das sich als „Europa der Deutschen“ charakterisieren lässt.¹⁶ Es existieren Arbeiten, welche die deutschen Europakonzeptionen allgemein vom „Dritten Reich“ bis zur Staatswerdung der Bundesrepublik erfassen oder den Wurzeln dieser Konzeptionen in Widerstand und Exil nachgehen.¹⁷ Ausgehend von diesen Deutungen entwickelte sich in der wissenschaftlichen Beurteilung der europäischen Einigung eine Kontroverse, bei der eine Seite die Rolle der „Europabewegungen“ bzw. „pressure groups“ betonte. Im Gegensatz dazu stand die These vom Interesse der wiedererstarkenden Nationalstaaten an einer Stärkung der Zusammenarbeit, die gleichzeitig eine Stärkung der nach dem Zweiten Weltkrieg geschwächten Staatswesen selbst mit sich brachte. Walter Lippens als ein Pionier der geschichtswissenschaftlichen Arbeit über die frühe europäische Einigung betonte mit gelegentlichen antikommunistischen Untertönen die Wichtigkeit der freiheitlichen Europa-Idee und ihrer Vorkämpfer, während Alan S. Milward in Abgrenzung zu dieser These mit der Konzentration auf wirtschaftliche Interessen(-politik) der europäischen Staaten eine „europäische Rettung der Nationalstaaten“ annahm.¹⁸ Letzten Endes kann diese Kontroverse in dieser Arbeit nicht gelöst werden. Da in der Berichterstattung der Presse jedoch Ideen und Interessen, Europa-Verbände und Regierungshandeln oftmals im Zusammenhang betrachtet werden, kann die Untersuchung eine mediengeschichtliche Sichtweise beider Deutungen erleichtern. Neben diesen wichtigen, gegensätzlichen Ansichten zur europäischen Einigung existieren weitere auf die Europa-Union fokussierte Darstellungen, die allerdings älteren Datums sind. Es handelt sich dabei zum einen um eine Dissertation der Politikwissenschaftlerin Christel Ruppert und andererseits um eine Festschrift des Journalisten Karlheinz Koppe.¹⁹ Darüber hinaus ist die Magisterarbeit von Tim Sander zu nennen, die sich mit der Europa-Union von 1949-1957 beschäftigt und

¹⁶ Conze, Das Europa der Deutschen.

¹⁷ Wilfried Loth, Rettungsanker Europa? Deutsche Europa-Konzeptionen vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik, in Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 201-221; Walter Lippens, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945, München 1968 (Reihe Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 26); Boris Schilmar, Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933-1945, München 2004 (Reihe Pariser Historische Schriften, Bd. 67).

¹⁸ Lippens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik; Alan S. Milward, The European Rescue of the Nation-State, 2. Aufl., London 2000.

¹⁹ Ruppert, Die Europa-Union Deutschland; Karlheinz Koppe, Das grüne E setzt sich durch. 20 Jahre Europa-Union Deutschland 1946-1966, Köln 1967 (Reihe Europäische Schriften des Bildungswerks Europäische Politik, Bd. 13).

dabei den Schwerpunkt auf die ersten Jahre bis 1953 legt und einzelne Forschungsergebnisse ergänzt.²⁰

Die Quellen bestehen zum vorwiegenden Teil aus diversen Artikeln der Tagespresse, die sich alle auf verschiedene Organisationsformen der Europa-Union oder zum Teil auch der übergeordneten Verbände beziehen. Die Tatsache, dass das gesamte Spektrum der Tagespresse erfasst wird, macht die Recherche der Hintergründe einzelner Journalisten- und Redaktionen unmöglich. Falls Angaben zum Namen des Verfassers des jeweiligen journalistischen Textes vorlagen, werden diese angeführt. Auf die Angabe von etwaigen Kürzeln wird aufgrund der geringen Aussagekraft verzichtet. In diesem Zusammenhang sei auf die Uneinheitlichkeit der Schreibung der Eigennamen in den Artikeln verwiesen, die bei direkten Zitaten, z. B. im Falle der Schreibweise „Europaunion“ statt „Europa-Union“ übernommen wurde. Oftmals wechselte die Orthographie auch bei den Führungspersonlichkeiten, so wurde bei einem Präsidenten des Verbandes, Ernst Friedlaender, neben der korrekten Schreibweise oft kontrahierend über „Ernst Friedländer“ berichtet.

Die wichtige Vorarbeit der Zusammenstellung des Artikelbestandes von ca. 270 Artikeln beruht hierbei auf dem mikroverfilmten Presseauschnittarchiv des Zentralen Dokumentationsystems des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA-DOK). Das Archiv wird als Pressedokumentation in dem Überblickswerk von Benz und Brozat zur frühen Bundesrepublik ausdrücklich als „besonders erwähnenswert“ verzeichnet.²¹ Es könnte angemerkt werden, dass kaum eine Regierungsorganisation in der Geschichte der Bundesrepublik ähnlich umstritten war, wie das kurz nach der Staatsgründung 1949 eingerichtete Bundespresseamt. Doch diese Tatsache beruht nicht in erster Linie auf der Dokumentationstätigkeit, sondern vielmehr auf der eigenen Kampagnen- und Finanzierungsgeschichte. Der vom konservativen Kanzler Konrad Adenauer persönlich ausgewählte und prägende Presseamts-Chef Felix von Eckardt war die überwiegende Zeit des Untersuchungszeitraumes im Amt. Interessanterweise wurde der bereits erwähnte Ernst Friedlaender 1955 kurzzeitig als sein Nachfolger gehandelt, was von ihm rasch dementiert wurde.²² Allerdings ist trotz der Umstrittenheit und Bedeutung der Führung des BPA schon allein wegen des

²⁰ Tim Sander, Die Europa-Union Deutschland von 1949 bis 1957, Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, 2006.

²¹ Wolfgang Benz; Martin Broszat, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1999 (Reihe dtv, Bd. 4523), S. 197.

²² Norbert Frei, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze, in: Ders.; Franziska Friedlaender, Ernst Friedlaender: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946-1950, München, Wien 1982, S. 7-33, S. 30.

Umfangs der thematischen Dokumentation inländischer Tagespresse eine dezidiert politische Auswahl der Artikel schwer vorstellbar.²³

Über den Artikelbestand hinaus werden als Quellen publizierte zeitgenössische Zeugnisse und Erinnerungen einiger wichtiger Europa-Aktivist*innen genutzt. Besonders auf Texte der beiden Publizisten auf dem Präsidentenposten der Europa-Union, Eugen Kogon und Ernst Friedlaender, wird in den entsprechenden Unterabschnitten zurückgegriffen. Zusätzlich berücksichtigt werden vorhandene biographische Skizzen sowie edierte Quellen zu Europa-Verbänden.²⁴ Allgemeinere Quelleneditionen zur Geschichte der europäischen Einigung werden verwendet, sofern sie für die nachfolgend formulierte Fragestellung von Bedeutung sind. Vor der Entwicklung der konkreten Fragen an das historische Material ist eine Verortung des Verbandes im „massenmedialen Ensemble“²⁵ der 1950er Jahre mit speziellem Augenmerk auf die Tagespresse als zentrale Quellengrundlage notwendig.

²³ Vgl. Michael Kunczik, Öffentlichkeitsarbeit, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S.545-569, S. 552-554.

²⁴ Z. B. erschien kürzlich ein Sammelband zu Friedrich Carl von Oppenheim, einem Präsidenten der Europa-Union, Jürgen Mittag; Wolfgang Wessels (Hrsg.), „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005; zu Ernst Friedlaender siehe Frei, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze. Eine wichtige Dokumentation wurde nach Walter Lipgens' Tod von Wilfried Loth fortgeführt: Walter Lipgens; Wilfried Loth, Documents on the History of European Integration, Berlin, New York 1988-1991 (Reihe European University Institute Series B, History; Bd. 1.1-4).

²⁵ Vgl. Axel Schildt, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten einer zukünftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: GG, Jg. 27 (2001), S. 177-206, S. 179-188.

1.4 Tagespresse der 1950er Jahre als Quellengrundlage

Inwieweit die Medien an den wahrgenommenen gesellschaftlichen und politischen Wandlungen selber beteiligt waren oder sie bewirkten, kann aus der Perspektive der Medien selbst nicht schlüssig beantwortet werden.²⁶ Um einem solchen Irrtum zu entgehen, untersucht die vorliegende Arbeit nicht primär die Selbstreflexion der eigenen Rolle der Zeitungen bei der Schaffung europäischer Institutionen und der Vertiefung der Zusammenarbeit, sondern die Darstellung und Kommentierung der Europa-Union und ihrer Aktivitäten in der Tagespresse der 1950er Jahre.

Der Verband galt zumindest gegen Ende des Untersuchungszeitraums als einflussreicher politischer Akteur. So waren 1959 z. B. 118 Bundestagsabgeordnete Mitglieder der Europa-Union.²⁷ Zudem wurde sie von Präsidenten geprägt, welche als bekannte Publizisten enge Verbindungen in die Medienlandschaft der Bundesrepublik hatten.²⁸ Nicht alle ausgewerteten Artikel waren daher mit großer Distanz zum Verband geschrieben, sofern nicht Autorennamen genannt werden, ist diese Nähe aber im Einzelnen schwer zu spezifizieren.

Neben diesen Anmerkungen zur Pressepolitik der Europa-Union, welche nur am Rande behandelt wird, sind vor dem Hintergrund des Quellenmaterials einige weitere Besonderheiten dieser Mediengattung wichtig. Die Bedeutung der Massenmedien, von denen die Druckerzeugnisse im Untersuchungszeitraum einen größeren Modernisierungsschub erlebten als das damalige „Leitmedium“ Radio, nahm generell zu.²⁹ Die Tageszeitungen spielten innerhalb der Printmedien eine wichtige Rolle, die Auflage aller Tageszeitungen, von denen die Mehrheit sogenannte lokale „Provinzblätter“ waren, nahm wiederum von 1950 bis 1960 von 11,1 Millionen auf 15,5 Millionen zu. Jedoch sind hier verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie z. B. der Siegeszug der Boulevardzeitung *Bild* ab 1952, die in der vorliegenden Arbeit wegen des Einführungsdatums und der Andersartigkeit des Mediums keinerlei Berücksichtigung findet. *Bild* und andere Straßenverkaufs-Zeitungen ähnlichen Zuschnitts wurden im Gegensatz zu den untersuchten Zeitungen vor allem auf dem

²⁶ Bernd Weisbrod, Öffentlichkeit als politischer Prozeß. Dimensionen der politischen Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Ders. (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003 (Reihe Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Bd. 21), S. 11-25, S. 12.

²⁷ Jürgen Mittag, Integration durch Kommunikation: Der Bankier Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Integration, in: Ders.; Wolfgang Wessels (Hrsg.), „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 31-182, S. 91, 94.

²⁸ Siehe dazu den Abschnitt 4.1 „Die Verbandsleitung und ihr Bild in der Presse“.

²⁹ Schildt, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, S. 634.

Arbeitsweg und in den Arbeitspausen gelesen und zeichneten sich durch einen politikferneren Schwerpunkt mit einer Vielzahl von Sport- oder Prominentenberichten aus.³⁰

Im Zuge der einsetzenden Pressekonzentration in den 1950er Jahren ergibt sich darüber hinaus das Problem der partiellen Unterschiedlichkeit der Quellengrundlage, da sich im Untersuchungszeitraum die Anzahl der Verlage und Zeitungstitel verkleinerte. Was die Lizenzierung und Kontrolle der Zeitungen durch die Besatzungsmächte angeht, so war diese Phase bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums vorüber. Mit Ausnahme der kleineren Regionen West-Berlin und Saargebiet waren die Altverleger, denen direkt nach dem Krieg keinerlei Lizenzen erteilt worden waren, in den Markt zurückgekehrt.³¹ Als Konstante kann zusätzlich ins Feld geführt werden, dass sich bei allen Modernisierungsveränderungen der Tagespresse eine konservative Grundorientierung der Presselandschaft mit der Festlegung auf die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik verband.³² Der von den Besatzungsbehörden der Westalliierten in der Zeit der lizenzierten Presse nur teilweise erfolgreich herbeigeführte Neuanfang mit jungen und unbelasteten Journalisten gefährdete diese Orientierung im Angesicht der Spannungen zwischen Ost und West trotz Generationskonflikten und politisch-kulturellen Auseinandersetzungen nicht. Die Veränderungen betrafen nicht nur das Personal der Medien, es war auch eine inhaltliche Erneuerung des Journalismus mit einer Stärkung der Unabhängigkeit von Staat und Politik und der stärkeren Trennung von Meinung und Nachricht, die eine Neuausrichtung beförderte.³³ Die wenig profilierte politische Orientierung der lokalen und regionalen Tagespresse gegenüber den auflagenschwächeren Wochenzeitungen macht die Darstellung der Europa-Union in den Tageszeitungen zu einem aussagekräftigen Untersuchungsgegenstand. Denn sie macht eine Analyse trotz der genannten Veränderungen der Presselandschaft und des gesamten massenmedialen „Ensembles“ zu einem vielversprechenden Weg, der zeitgenössischen Beurteilung des Verbandes und seiner Ideen vor dem Hintergrund des konservativen Zeitgeistes näher zu kommen.³⁴ Kooperation und Konzentration und damit einhergehende Beeinflussungen des Zeitungsmarktes waren bereits im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren von einiger Bedeutung. Trotz ihrer Wirkung wurde die Entwicklung in jenem Zeitraum nicht öffentlich diskutiert.³⁵ Dass es auch

³⁰ Ebd., S. 638

³¹ Walter J. Schütz, Entwicklungen der Tagespresse, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S.109-134, S. 112-114.

³² Schildt, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, S. 645.

³³ Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006 (Reihe Moderne Zeit, Bd. 12), S. 111-144.

³⁴ Ebd., S. 645f.

³⁵ Schütz, Entwicklungen der Tagespresse, S. 115.

gegen Ende des Untersuchungszeitraums keine medienöffentliche Diskussion über die Auswirkung der Berichterstattung der Presse zur Europa-Union gab, ist daher nicht verwunderlich. Dies gilt auch, obwohl damals der konservative Zeitgeist durch den zunehmend „zeitkritischen“ Journalismus herausgefordert wurde. Bei dieser Entwicklung waren es nämlich nicht die relativ unbeteiligten Tageszeitungen, sondern wiederum Wochenpublikationen, die illustrierten Wochenblätter, welche eine Vorreiterrolle einnahmen.³⁶

³⁶ Hodenberg, Konsens und Krise, S. 359f, bes. FN 105.

1.5 Entwicklung der Fragestellung und Gliederung

Vor dem Hintergrund der Anfänge der Europäischen Integration soll die Berichterstattung über die Europa-Union analysiert werden. Dabei soll der Verein nicht „im Spiegel“ des publizistischen Produkts beschrieben werden.³⁷ Ausgehend von den europapolitischen Rahmenbedingungen sollen vielmehr sowohl mögliche Kontinuitäten, wie auch im Untersuchungszeitraum vollzogene Wandlungsprozesse der medialen Aufmerksamkeit analysiert werden.

Die Leitfrage der Arbeit lautet daher: Wie wurden die Europa-Union und ihre verschiedenen Positionen in der Berichterstattung der westdeutschen Tagespresse aufgenommen? Inwieweit wurden Organisation, Zielsetzungen und Veranstaltungen des Verbandes positiv beschrieben, welche gegenläufigen Tendenzen gab es? Der Blick richtet sich daher neben den Darstellungen von solchen Nachrichten insbesondere auf die Bedrohungs- und Unterlegenheits-Szenarien, die in den Artikeln zur Europa-Union vermittelt wurden. Zudem stellt sich die Frage, ob die verschiedenen Genres von entsprechenden Zeitungsbeiträgen (z. B. Nachrichten zu Veranstaltungen und Kommentare) verschiedene Aspekte betonten oder vernachlässigten. Eine Besonderheit ist beim untersuchten Gegenstand naheliegend: Wie wird in der Berichterstattung das Verständnis von Europa mit der deutschen Identität verbunden?

Hier ergibt sich bereits die Folgefrage nach den Zielen und nach den Symbolen, die als neue Möglichkeiten der Identifikation gesetzt wurden. Welche Rolle spielte hierbei der nationale Zusammenhang? Wurden die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) im Zusammenhang mit der Europa-Union als Bezugspunkt für ein neues Selbstverständnis gesehen?

Bei all diesen Fragen, die auf das vorhandene Quellenmaterial als Ganzes abzielen, sollten mögliche grundlegende Veränderungen in der Berichterstattung während des untersuchten Zeitraumes nicht außer Acht gelassen werden. Gab es einen Wandel in der Berichterstattung, der die von der Forschung beschriebene Änderung in der Ausrichtung der Europa-Union reflektierte?³⁸ Inwieweit gab es gegebenenfalls Bezüge zum internationalen Kontext, in dem sich gesamteuropäische Desintegration und westeuropäische Integration in dieser Zeit abspiel-

³⁷ Vgl. Schildt, Das Jahrhundert der Massenmedien, S. 179f.

³⁸ Conze, Das Europa der Deutschen, S. 321-360.

ten, sowie zu den Charakteristika der Darstellung in der Tagespresse in Bezug auf Kritikpunkte und Zukunftsvisionen?

Aus den verschiedenen Fragen erklärt sich der dreistufige Aufbau der Untersuchung. In einem Kontextkapitel (2) werden die internationalen Konstellationen kurz zusammengefasst, vor deren Hintergrund die konkret untersuchten Zeitungsartikel zu verstehen sind. Das Kapitel ist in zwei Abschnitte unterteilt, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Misserfolg der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft schon auf der Ebene der offiziellen Politik einen wichtigen Einschnitt bildete. Das folgende Kapitel (3) befasst sich mit verschiedenen Kategorien von konstanten Begrifflichkeiten oder Begebenheiten, die über den gesamten Untersuchungszeitraum eine Rolle in der Berichterstattung spielten. Trotz der quellspezifischen Verschwommenheit von verwendeten Begriffen können sie in vier systematische Abschnitte eingeteilt werden. Im letzten dieser Abschnitte (3.4) findet sich auch die Frage nach der Bedeutung der neu geschaffenen Institutionen für eine mögliche Identifikation. Den Wandel der Berichterstattung zur Europa-Union bildet schließlich ein Kapitel ab, welches in zweifacher Weise aufgeteilt ist (4). Der erste Abschnitt (4.1) umfasst Pressereaktionen, die vor allem interne Veränderungen widerspiegeln, während sich der zweite (4.2) Artikeln widmet, welche über die Europa-Union im Zusammenspiel mit Verbänden anderer Staaten berichteten. In der Aufteilung der Abschnitte zeigt sich die Parallele zur im Kapitel 2 behandelten europapolitischen Entwicklung: Es gibt jeweils einen Unterabschnitt, der die Zeit vor dem Scheitern der EVG behandelt, sowie einen, der die Reaktionen nach diesem Einschnitt darstellt. Aus dieser Gesamtschau des Wandels im Angesicht von europapolitischen Rahmenbedingungen und sowohl kritischen als auch visionären Bestandteilen der Berichterstattung ergibt sich ein zweigleisiger theoretischer Ansatz der Untersuchung.

1.6 Methode und theoretischer Ansatz der Untersuchung

Die Geschichtswissenschaft hat sich der Frage nach der Rezeption und Verankerung von Europaideen und darüber hinaus der Entwicklung eines grenzüberschreitenden Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes in breiten Bevölkerungsschichten noch nicht in ausreichendem Maße zugewandt.³⁹ Die von Reinhart Koselleck geprägten Begriffe Erfahrungsraum und Erwartungshorizont sind in der vorliegenden Untersuchung besonders im Hinblick auf die handelnden Personen der Europa-Union von Belang, in zweiter Linie allerdings auch für die Journalisten, die für die jeweiligen Artikel verantwortlich zeichneten.⁴⁰ Sie geht vor diesem Hintergrund nicht davon aus, mit Hilfe der analysierten Berichterstattung zur Europa-Union die Frage nach der Rezeption einzelner Aktionen oder politischer Einschätzungen und Zielvorstellungen „messbar“ beantworten zu können.⁴¹

Die Rezeption oder gar die Wirkung von durch die Medien transportierten Ideen zu bestimmen, ist wissenschaftlich schwierig.⁴² Jedoch erscheinen Zeitungsartikel, in denen die Europa-Union beschrieben, ihre Ziele propagiert oder kritisiert, darüber hinaus auch in ihrem Zusammenhang die europapolitischen Entwicklungen der 1950er Jahre dargestellt und kommentiert werden, aus zwei Gründen als besonders geeignet, Aussagen im Sinne einer politik- und sozialhistorisch „verankerten“ Ideengeschichte zu machen.⁴³

Zum Ersten sind Zeitungsartikel „Konserven des Zeitgeistes“.⁴⁴ Dies trifft in besonderem Maße auf Quellen zu, die in einem tagesaktuellen, teilweise auch lokal besonders zugeschnittenen Kontext entstanden sind. Diese Artikel der Tagespresse, sowohl regional wie überregional, ermöglichen damit Aussagen über zeitgenössische, gesellschaftlich vertretbare Deutungen von Vorgängen, Zielvorstellungen und Problemen. Sie stammen aus einer in den 1950er Jahren bedeutenden Mediengattung. Medien übernehmen im 20. Jahrhundert unbestritten sowohl eine wichtige Rolle bei der Legitimation politischer Systeme, als auch eine Vermittlerfunktion zwischen politischen Systemen sowie involvierten Eliten und der Bevölkerung. Ihre Deutungen waren auch im konkreten Fall wichtig für die Mobilisierung

³⁹ Hartmut Kaelble, Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen, in: Rainer Hudemann, Hartmut Kaelble, Klaus Schwabe (Hrsg.), Europa im Blick der Historiker, München 1995 (Historische Zeitschrift. Beihefte. Neue Folge, Bd. 21), S. 1-29, S. 21.

⁴⁰ Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ - zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989 (Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 757), S. 349-375.

⁴¹ Vgl. Conze, Das Europa der Deutschen, S. 17.

⁴² Markus Jachtenfuchs, Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden 2002 (Reihe Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 9), S. 54.

⁴³ Vgl. Conze, Das Europa der Deutschen, S. 17.

⁴⁴ Benz; Broszat, Die Gründung der Bundesrepublik, S. 196.

diffuser Unterstützung, wenn sie diese auch nicht vollständig determinierten.⁴⁵ All diese Deutungen sind dabei mit den Grundeinschätzungen der Europa-Union verknüpft.

Zum Zweiten sind Problemstellungen und Lösungsvorschläge nicht als etwas rein Faktisches aufzufassen. Zwar sind Tatsachen als Ausgangspunkt von Bedeutung, doch auch über den kreativen Prozess hinaus, in dem Vergangenheit mit der Zukunft verbunden wird, werden zahlreiche Bezüge innerhalb der beiden Kategorien erst interpretatorisch geschaffen. Einerseits verändert das „Ferment der Kritik“ den Charakter des beschriebenen politischen Geschehens, andererseits implizieren die Zukunftskonzepte, dass die Geschichte planbar ist.⁴⁶

In den Krisenbeschreibungen und Zielvorstellungen sind somit auch narrative und utopische Elemente enthalten. Ob dies nun durch den kommentierenden Journalisten oder den Redner auf einer Veranstaltung herausgestellt wird, ist letztlich nicht das Entscheidende. In der Art der Berichterstattung, gerade im Hinblick auf Probleme und Lösungsvorschläge, spiegelt sich ein Teil der Möglichkeiten des Verbandes wieder, politisch Einfluss zu nehmen. Damit ergeben sich auch Hinweise auf die Bedeutung der verbandseigenen Ideen. Derartige Ideen sind wiederum mit Interessen und deren Darstellung in Zusammenhang zu setzen. Bei der Verbindung von Interessen und Ideen ist davon auszugehen, dass Interessen den Rahmen des Handelns eines Akteurs bestimmen – in diesem Fall der Europa-Union und ihrer jeweils aktiven Mitglieder – und Ideen diese allgemeine Orientierung konkretisieren.⁴⁷

Insofern ist die Untersuchung der beschriebenen Berichterstattung mit Hilfe beider theoretischen Ansätzen geeignet, „die ‚Entmythologisierung‘ der europäischen Idee weiter voranzutreiben und damit auch die Wurzeln unseres heutigen Europaverständnisses zu klären“.⁴⁸

⁴⁵ Jachtenfuchs, Die Konstruktion Europas, S. 54.

⁴⁶ Koselleck, Kritik und Krise: eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, 8. Aufl., Frankfurt a. M. 2001 (Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 36), S. 7-8.

⁴⁷ Jachtenfuchs, Die Konstruktion Europas, S. 31.

⁴⁸ Conze, Das Europa der Deutschen, S. 19.

2 Kontext: Die 1950er Jahre als Weichenstellung der europäischen Integration

Neben der Rolle der Tagespresse sind bei der Untersuchung eines Vereins, der sich der Einigung Europas verschrieben hatte, die internationalen Fortschritte auf diesem Gebiet von großer Bedeutung. Geht man davon aus, dass die Europa-Aktivisten Europa und ihr Heimatland nicht als Gegensätze, sondern als eine Art Symbiose betrachteten, haben auch nationale Entwicklungen in ihrem europäischen Selbstverständnis und dessen Abbild in der Tagespresse einen Platz.⁴⁹ Um solch weitreichende Verbindungen zu interpretieren, ist es unerlässlich, zu vereinfachen, doch zeichnen sich nationale und internationale Konstellationen des Untersuchungszeitraums durch die Zäsur des Jahres 1954 aus: das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

2.1 Europas „zweite Chance“ nach dem Europarat: EGKS, EVG/EPG

Die Grundlage für das europäische Selbstverständnis, welches besonders in der Bundesrepublik in der untersuchten Zeit von Bedeutung war, liegt bereits vor Beginn des Untersuchungszeitraums und auch vor der Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949.⁵⁰ Da die Basis eines sich verstärkenden Selbstverständnisses zur Einordnung der Berichterstattung über die Europa-Union nach der Gründung der Bundesrepublik bis zum Ende der 1950er Jahre notwendig erscheint, wird in diesem Abschnitt kurz auf diese Entwicklungen und das daran gekoppelte Entstehen der Europa-Union selbst eingegangen.

Zwar liegt das vom Verband selbst vertretene und auch von der Mehrzahl der Forschungsliteratur angegebene Gründungsdatum der Europa-Union mit dem 9. Dezember 1946 vor wichtigen politischen Entscheidungen, die den Rahmen europapolitischer Weichenstellungen und das Selbstverständnis der Europa-Aktivisten im Untersuchungszeitraum prägten, doch zeigt schon der Gründungsort Syke bei Bremen, dass es sich um einen bescheidenen Anfang handelte. Der Name der Europa-Union wurde hierbei wie auch erste grobe Konzepte von einer schon länger bestehenden, gleichnamigen Schweizer Gruppe übernommen, von der Pan-europa-Konzeption aus der Zwischenkriegszeit grenzten sich die Mitglieder eher ab.⁵¹

⁴⁹ Kaelble, *Europäer über Europa*, S. 14f.

⁵⁰ Zu den übergreifenden Phasen des europäischen Selbstverständnisses siehe auch die Einleitung und Kaelble, *Europäer über Europa*, S. 25.

⁵¹ Vgl. Ruppert, *Die Europa-Union Deutschland*, S. 20; Lipgens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950*, S. 417; Koppe, *Das grüne E setzt sich durch*, S. 15.

Dazu kam, dass auch maßgebliche Europa-Dachverbände sich eher in der Aufbauphase befanden, als dass sie auf diese Entscheidungen maßgeblichen Einfluss gehabt hätten.⁵² Wie die Union Européenne des Fédéralistes (UEF) wollten diese Dachverbände einerseits eine möglichst breite länderübergreifende Organisation zur Vertretung der beteiligten nationalen Verbände sein. Die Europa-Union wurde daher bald nach ihrer Gründung in die UEF aufgenommen. Andererseits zielten sie, wie das bis 1950 von Duncan Sandys⁵³, dem einflussreichen Schwiegersohn von Winston Churchill, geleitete European Movement (EM), vor allem darauf ab, international bekannte Politiker Europas organisatorisch zusammenzuführen. Am erfolgreichsten war in dieser Hinsicht die vor allem von Duncan Sandys mit seinem United Europe Movement (UEM) initiierte Europa-Konferenz in Den Haag von 7. bis 10. Mai 1948, die jedoch aufgrund des Übergewichts von liberalen und konservativen Politikern nicht unbedingt repräsentativ für das gesamte Spektrum der Europa-Aktivisten war. Die Konferenz war der Anstoß zur Gründung des EM, in der neben weiteren Organisationen das UEM mit der wichtigen Identifikationsfigur Winston Churchill und die UEF Mitglieder wurden.⁵⁴

Vorrangig sind diese Aktivitäten als Reaktionen auf die Grundentscheidungen vor allem der USA zu sehen, die bereits 1947 mit dem sogenannten Marshall-Plan letztlich eine Konzentration auf das westliche Europa vornahm. Wie der US-amerikanische Außenminister George C. Marshall während einer Rede am 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität ankündigte, sollte die Hilfe sich nicht gegen eine bestimmte Doktrin richten. Allerdings könne „eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen“, keinerlei Hilfe erwarten.⁵⁵ Damit war die Begrenzung der Aufbauleistungen auf Westeuropa gerechtfertigt. Sie war zwar in erster Linie finanzieller Natur und förderte damit vor allem die Wirtschaftsentwicklung, doch wirkte sie sich auch politisch aus, was sich nicht zuletzt in der Gründung einer entsprechenden Organisation, der im April 1948 gegründeten

⁵² Die Darstellung des folgenden Absatzes beruht auf der Studie von Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration*, 3. durchgesehene Aufl., Göttingen 1996, S. 52-60. Loth schreibt andererseits, dass 1948 eine „Demonstration des Einigungswillens zustande gekommen war, an der die Regierungen des westlichen Europas nicht vorübergehen konnten“, ebd., S. 59.

⁵³ Duncan Sandys Einfluss in den Europa-Verbänden ist teilweise unterschätzt worden, Clemens A. Wurm, *Great Britain: Political Parties and Pressure Groups in the Discussion on European Union*, in: Walter Lippens; Wilfried Loth, *Documents on the History of European Integration*, Bd. 3 *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries 1945-1950*, Berlin, New York 1988 (Reihe European University Institute Series B, History, Bd. 1.3), S. 628-762, S. 635.

⁵⁴ Alan Hick, *The European Movement*, in: Walter Lippens; Wilfried Loth, *Documents on the History of European Integration*, Bd. 4. *Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union 1945-1950*, Berlin, New York 1988 (Reihe European University Institute Series B, History, Bd. 1.4), S. 319-435, S. 321-322. Dort auch die Übereinkunft zwischen den beteiligten Gruppen, die von Duncan Sandys maßgeblich initiiert wurde, ebd., S. 324-325.

⁵⁵ Curt Gasteyer, *Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2005*, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2005 (Reihe Schriftenreihe // Bundeszentrale für politische Bildung, 485), S. 74.

Organization for European Economic Cooperation (OEEC) niederschlug.⁵⁶ Die Bedeutung dieses Vorganges ist für die speziellere Ausformung des europäischen Selbstverständnisses nicht zu unterschätzen, „zählt doch der Marshall-Plan auch heute noch im kollektiven Gedächtnis der Westeuropäer zu den großen Erfolgsgeschichten der Nachkriegszeit.“⁵⁷

Eine weitere wichtige Entwicklung, die mit der Gründung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik (DDR) 1949 auch staatsrechtlich relevant wurde, war die sogenannte „deutsche Frage“, d. h. die Frage nach einer möglichen Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und nach der Art und Weise, wie die Bundesrepublik als wichtigerer deutscher Teilstaat im Lager des Westens gehalten werden konnte. Die deutsche Frage war wegen der gedanklichen Verbindungen zwischen Europavorstellungen und dem nationalen Kontext auch für die jeweilige Beurteilung der strukturellen und institutionellen Fortschritte der europäischen Einigung von Bedeutung.⁵⁸

In wenigen Monaten vermehrten sich die internationalen Institutionen, die Europa im Namen trugen. Unter der Ägide der OEEC entstanden in schneller Folge weitere Einrichtungen, von denen die wichtigste die im September 1950 eingerichtete Europäische Zahlungsunion (EZU) war, die Konvertierbarkeits-Probleme zwischen den europäischen Währungen ausgleichen sollte.⁵⁹

Die Hoffnungen der Europa-Union und der europäischen Dachverbände ruhten zu dieser Zeit jedoch auf einer anderen, neu entstandenen Institution: dem Europarat.⁶⁰ Letztlich sollte dieser Vorschlag – wie die OEEC bereits im Jahr 1948 auf den Weg gebracht – jedoch als Kompromisslösung zwischen französischen und britischen Ideen und Konzeptionen den Erwartungen nicht entsprechen. Die erste Chance auf eine politische Einigung Europas wurde bald als vertan angesehen. Britischen Vorstellungen kam der in London angesiedelte, an Einstimmigkeit gebundene Rat der Minister der beteiligten westeuropäischen Staaten nahe. Die französische Seite konnte immerhin eine von den nationalen Parlamenten beschickte Konsultativversammlung mit Sitz in Straßburg – die einzelnen Abgeordneten verfügten über Abstimmungsfreiheit und die Möglichkeit, sich an der Aufstellung der Tagesordnung zu beteiligen – durchsetzen.

⁵⁶ Ebd., S. 60-68; Jürgen Elvert, Die europäische Integration, Darmstadt 2006, S. 42-44.

⁵⁷ Elvert, Die europäische Integration, S. 45.

⁵⁸ Conze, Das Europa der Deutschen, S. 3.

⁵⁹ Ebd., S. 45f.

⁶⁰ Die Darstellung des folgenden Absatzes beruht auf der Studie von Loth, Der Weg nach Europa, S. 69-90.

Eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung von Strukturen und Institutionen, die in den 1950er Jahren besonders für die Europa-Union von Bedeutung waren, spielte der Kalte Krieg, also die auf allen Ebenen forcierte Systemkonkurrenz zwischen den USA und der UdSSR. Erst das mit Beginn des untersuchten Zeitraumes zunehmend als solches empfundene Bedrohungspotential dieses „kalten“ Konfliktes gerade in Europa beförderte jene Entscheidungen, die über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) schließlich zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und damit zur „Keimzelle einer veritablen Europäischen Union“ führen sollten.⁶¹

Spätestens diese Entwicklung bedeutete eine Entfernung vom Konzept „Europas als ‚Dritter Kraft‘ zwischen den kapitalistischen, aber demokratischen USA und der, wie man vielfach meinte, sozialistischen, aber undemokratischen Sowjetunion“. ⁶² Die durchaus verschiedenen Beurteilungen folgender europäischer Projekte fanden eher vor dem Hintergrund eines Selbstverständnisses statt, dass eine Überlegenheit der USA auf den wichtigsten gesellschaftlichen Gebieten annahm, eine Wahrnehmung, die sich bereits mit dem Ersten Weltkrieg 1914 eingestellt hatte und die nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders in den 1950er Jahren immer stärker geäußert wurde.⁶³ Gleichzeitig gewann auch das Verständnis von Europa als Teil eines weltweiten Modernisierungs- und Zivilisierungsprozesses, zumeist in Verbindung mit der Anerkennung einer Führungsrolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa und in der Bundesrepublik seit dieser Zeit wirkliche Bedeutung.⁶⁴

Der Schuman-Plan, der schließlich zum Inkrafttreten der EGKS am 23. Juli 1952 führte, war letztendlich aus der Hoffnung des französischen Außenministers Robert Schuman und seines Beraters Jean Monnet entstanden, eine vor diesem Hintergrund wahrscheinliche Marginalisierung der Rolle Frankreichs in Europa zu verhindern.⁶⁵ Der am 9. Mai 1950 von Schuman in groben Zügen präsentierte Plan, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht“⁶⁶ als einen „ersten Grundstein einer europäischen Föderation, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist“, sollte die französische Seite bei der vom 11. bis zum 13. Mai 1950 geplanten

⁶¹ Vgl. Elvert, Die europäische Integration, S. 52.

⁶² Loth, Der Weg nach Europa, S. 28.

⁶³ Kaelble, Europäer über Europa, S. 138-147.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 35-39.

⁶⁵ Elvert, Die europäische Integration, S. 54.

⁶⁶ Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Bd. 2, München 1962 (Reihe Dokumente und Berichte, Bd. 17), S. 680.

Konferenz der Westmächte aus der rein defensiven Haltung gegenüber Forderungen nach einer gleichberechtigteren Behandlung der Bundesrepublik durch das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in eine handelnde Position zurück bringen.⁶⁷

Außerdem zielten die bescheidenen Ansätze zu einer supranationalen, also über den Nationalstaaten stehenden Konzeption des EGKS-Projektes darauf ab, die Unterstützung der Anhänger der „Dritten Kraft“ zu gewinnen, besonders in den Reihen der kontinentalen Europa-Verbände.⁶⁸

In der Hoffnung auf eine von der EGKS ausgehende Stärkung der politischen Einigung der sechs kontinentaleuropäischen Mächte der BeNeLux, der Bundesrepublik Deutschland, sowie Frankreich und Italien unterstützte die Mehrzahl der Europa-Aktivisten die auch Montanunion genannte Integration des Kohle- und Stahlsektors, deren Behörde in Luxemburg angesiedelt wurde.

Ausgehend von dieser Gemeinschaft der sechs Staaten wurde das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), flankiert von einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), entwickelt, welches jedoch Mitte der 1950er Jahre im „Drama der EVG“ ein Ende nahm.⁶⁹ Nach der Verschärfung des Kalten Krieges mit der nordkoreanischen Attacke auf Südkorea am 25. Juni 1950 mehrten sich die Stimmen, vor allem aus den USA, welche die Schaffung einer westdeutschen Armee, bzw. einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik forderten. Aus ähnlichen Motiven wie beim Schuman-Plan unterbreitete der französische Ministerpräsident René Pleven im Herbst 1950 einen vagen Plan zur Schaffung einer Europaarmee, mit ähnlichen Hoffnungen wurde das Projekt der EVG ab Herbst 1951 von den meisten Europa-Aktivisten und von der Europa-Union Deutschland unterstützt.

Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil Viele in den Europa-Verbänden hofften, mit Hilfe der EVG auch den gewünschten politischen Zusammenschluss Westeuropas realisieren zu können. Als Kompromisslösung zwischen den verschiedenen Positionen der sechs an der Ausarbeitung des EVG-Vertrages beteiligten Staaten wurde die darin vorgesehene „parlamentarische Versammlung“ beauftragt (mittels des Vertragsartikels 38), Vorschläge zur Schaffung der EPG auszuarbeiten. Am 27. Mai 1952 konnte der Vertrag unterzeichnet werden, nachdem die sowjetischen Angebote zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen (die sogenannten Stalin-Noten) zuvor beträchtliche Unruhe gebracht hatten. Kritik an dem ge-

⁶⁷ Ebd., S. 52-54.

⁶⁸ Vgl. Loth, Der Weg nach Europa, S. 83.

⁶⁹ Ebd., S. 91-112. Die folgende Zusammenfassung des „Dramas der EVG“ beruht auf dieser Darstellung.

fundenen Kompromiss zwischen Supranationalität und der engen Anbindung der Europaarmee an das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene und von den USA dominierte Verteidigungsbündnis der NATO verzögerten in Frankreich den Ratifikationsprozess des Vertrages. Als Möglichkeit, die Kritik einer mangelnden politischen Flankierung der EVG zu entkräften, wurde der Auftrag, Vorschläge zur Schaffung der EPG auszuarbeiten, vorgezogen und der bereits existierenden parlamentarischen Versammlung der EGKS übertragen. Zahlreiche europa- und weltpolitische Ereignisse, wie auch innenpolitische Entwicklungen in Frankreich ließen jedoch in den Jahren 1953 und 1954 die Ratifikation des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung in immer weitere Ferne rücken. Nach dem Scheitern des letzten Versuches der französischen Regierung, den Vertrag auf dem Brüsseler Außenministertreffen vom 19. bis zum 22. August 1954 durch Abschwächung für die Opposition akzeptabel zu machen, nahm die Nationalversammlung schließlich am 30. August einen Antrag an, den EVG-Vertrag endgültig von der Tagesordnung abzusetzen. Die EVG und mit ihr das Projekt der EPG waren gescheitert.

2.2 Europas „dritte Chance“ nach dem Scheitern der EVG/EPG: der Gemeinsame Markt

Das Scheitern der EVG brachte für die integrationswilligen Politiker der beteiligten Staaten wie auch für die Europa-Verbände die Notwendigkeit mit sich, neue Möglichkeiten zu finden, um die fehlende Europaarmee und die nicht realisierte politische Gemeinschaft zu kompensieren. Nachdem die „zweite Chance“ Europas nur den bescheidenen Erfolg der EGKS gebracht hatte, war, so meinte man, eine „dritte Chance“ notwendig.

Auf militärischem Gebiet wurde erstaunlich schnell eine Lösung für das Problem des deutschen Verteidigungsbeitrages gefunden. Entsprechende Entscheidungen der westlichen Mächte im Angesicht einer fortgesetzten Entspannungsoffensive der Sowjetunion zeigen „die Stärke der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen, die sich unterdessen auf die Strukturen des Kalten Krieges eingerichtet hatten.“⁷⁰ Mit den Pariser Verträgen, die zwei Monate nach dem Scheitern der EVG unterzeichnet und im Mai 1955 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurden, bekam auch Westdeutschland die Möglichkeit, als Mitglied der NATO und des europäischen Verteidigungsbündnisses der Westeuropäischen Union (WEU) mit der Bundeswehr eine eigene Armee aufzubauen.⁷¹ Durch die gleichzeitige Beendigung des Besatzungsstatuts war der schnelle Aufstieg der Bundesrepublik zu einer de facto „gleichberechtigten Macht im Verbund des freien Westens“ Wirklichkeit geworden.⁷²

Dieser Erfolg konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Scheitern der EVG/EPG skeptische Stimmen hörbar werden ließ, die weitere Fortschritte auf dem Wege einer institutionellen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten bezweifelten und die großen westlichen Demokratien, vor allem Frankreich als Mitglied der Sechsergemeinschaft, auf einem stärker nationalstaatlichen Kurs sahen. Verbände wie die Europa-Union versuchten diesem Skeptizismus öffentlich entgegenzuwirken und setzten auf Lösungen, die auf der Basis der Gleichberechtigung Schwung in das erstarrte europäische Projekt bringen sollten.⁷³ Gleichzeitig wurde unter verschiedenen nationalen Verbänden, aber auch innerhalb der Europa-Union, um die Frage des „Warum“ gestritten, da ihre Beantwortung im Sinne eines neuzeitlichen Verständnisses der Geschichte die angemessene Reaktion nahe legen konnte. Wenn

⁷⁰ Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941 – 1955, 8. überarbeitete Aufl., München 1990 (Reihe dtv, Bd. 4012), S. 334.

⁷¹ Elvert, Die europäische Integration, S. 62.

⁷² Vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen II, S. 166.

⁷³ Siehe hierzu im Einzelnen Unterabschnitt 4.1.2 „Ernst Friedlaender – Präsident von 1954 bis 1957 und Friedrich Carl von Oppenheim – Präsident ab 1958“ und 4.2.2 „Die sukzessive Spaltung des Dachverbandes als Reaktion auf das Scheitern der EVG 1954“.

auch das historische Beispiel nicht mehr lehren konnte, was genau zu tun war, so doch auf welche Weise man reagieren sollte.⁷⁴ Trotz der Turbulenzen, die die von vielen Beteiligten und Beobachtern als „schwerer Rückschlag“ empfundene Absage Frankreichs an die Verteidigungsgemeinschaft auslöste, kann in der Anerkennung dieser Lösungsversuche ein Baustein gesehen werden, der die Grundlage für die Fortführung des Projekts der europäischen Einigung verfestigte.⁷⁵

Dabei schwankte die sogenannte *Relance Européenne* lange Zeit zwischen zwei Konzepten. Zur Wahl stand die Erweiterung nach der „*méthode Monnet*“, d. h. der sektoralen Integration einzelner Wirtschaftszweige, wie es schon in der EGKS verwirklicht worden war, oder die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, einer vor allem von den Niederlanden vorangetriebenen Lösung, welche alle Wirtschaftszweige der Sechser-Gemeinschaft auf dem Wege einer schrittweisen Zoll- und Wirtschaftsunion integrieren sollte.⁷⁶

In den langen Verhandlungen, die sich nach dem Scheitern der EVG/EPG zäh gestalteten, wurden diese beiden Konzepte zu einem Paket zusammengeschnürt, die Konferenz von Messina vom 1. bis zum 3. Juni 1955 konnte sich nur auf den vermeintlich kleinsten gemeinsamen Nenner einer Expertengruppe einigen, die über entsprechende Memoranden beraten sollte. Mit dem belgischen Außenminister Paul Henri Spaak wurde jedoch ein langjähriger Europa-Aktivist und eine der bekanntesten „europäischen Persönlichkeiten“ zum Leiter dieser Gruppe ernannt. Sein Schlussbericht trug mit seiner Ausgewogenheit zur erfolgreichen Weiterentwicklung der in Messina nur unverbindlich vorgegebenen Marschroute bei.⁷⁷

Trotzdem bedurfte es noch zahlloser Verhandlungsrunden und vor allem geglückter Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, um die Verträge für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die im Laufe der Verhandlungen in ihren Auswirkungen begrenzte Europäische Atomgemeinschaft (EAG) unterschriftsreif zu machen. Die wichtigsten Wegmarken außerhalb des eigentlichen Einigungsprozesses waren zum einen die einvernehmliche Lösung der Saarfrage, mit der das Saarland nach einer entsprechenden Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 aus der Wirtschaftseinheit mit Frankreich herausgelöst wurde und zum 1. Januar 1957 der Bundesrepublik beitrug. Neben der deutschen Frage

⁷⁴ Reinhart Koselleck, *Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte*, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989 (Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 757), S. 66.

⁷⁵ Wilfried Loth, *Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft*, in: Rainer Hudemann, Hartmut Kaelble, Klaus Schwabe (Hrsg.), *Europa im Blick der Historiker*, München 1995 (Historische Zeitschrift. Beihefte. Neue Folge, Bd. 21), S.191-201, S. 201.

⁷⁶ Loth, *Der Weg nach Europa*, S. 113-115.

⁷⁷ Ebd., S. 116-121.

war das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg von Deutschland abgetrennte Saargebiet eine der wichtigsten Streitpunkte vor allem im deutsch-französischen Verhältnis gewesen.

Zum anderen gehörte auch die unterstützende Haltung der bundesdeutschen Regierung während der Suezkrise im November 1956 dazu. Großbritannien und Frankreich scheiterten am Druck der USA und der UdSSR als sie versuchten, den Suez-Kanal mit militärischen Mitteln unter westlicher Kontrolle zu halten. Pikanterweise erfolgte der Angriff nach nationalen und kolonialen Mustern zeitnah zum gewaltsamen Ende der antistalinistischen Liberalisierungs-Bestrebungen in Ungarn durch die Truppen der UdSSR und ihrer Verbündeten. Die Argumente, die Frankreich und das Vereinigte Königreich mit ihrem in gewisser Weise vergleichbaren Verhalten auch der Sowjetunion für eine Intervention gaben, wurden auch von der Europa-Union mit Bestürzung zur Kenntnis genommen.⁷⁸ Solche internationalen Ereignisse, von denen der Ungarnaufstand auch Assoziationen an den Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR weckte, bildeten den direkten Erfahrungsraum, vor dem 1957 die Verträge unterzeichnet wurden. Im Gegensatz zum EVG-Vertrag wurden sie in allen Ländern der Sechser-Gemeinschaft zügig ratifiziert und konnten zum 1. Januar 1958 in Kraft treten, Brüssel wurde zum „provisorischen“ Sitz der neuen Gemeinschaften.⁷⁹

Einige der unmittelbaren Reaktionen auf diese grundlegende Entwicklung der europäischen Einigung fallen ebenfalls noch in den untersuchten Zeitraum und wurden auch von den Europa-Verbänden und der Tagespresse als wichtige Entwicklungen angesehen. So übernahm das Vereinigte Königreich die Führungsrolle in der Etablierung einer „alternativen“ europäischen Freihandelszone, der EFTA, nachdem das Vorhaben einer auf sämtliche Staaten der OEEC ausgedehnten Zone gescheitert war.⁸⁰ Die Diskussionen um die OEEC führten jedoch zum Ende des Untersuchungszeitraumes zu Bestrebungen, die nordamerikanischen NATO-Mitglieder USA und Kanada in die Organisation einzubeziehen, was mit der Einigung im Dezember 1960, die OEEC in die weiterhin intergouvernementale OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) umzuwandeln, auch geschah. In der gleichen Zeit zeichnete sich zudem eine neue Herausforderung für die nunmehr durch drei Gemeinschaften verbundenen sechs kontinentaleuropäischen Länder ab: General Charles de Gaulle war seit dem 1. Juni 1958 Präsident Frankreichs und präsentierte zwischen dem Sommer 1959 und dem Herbst 1960 schrittweise seine eigene Konzeption der Europäischen Gemeinschaften, die

⁷⁸ Siehe hierzu den Abschnitt 3.2 „Werte: Freiheit, Friede, Demokratie“.

⁷⁹ Loth, Der Weg nach Europa, S. 121-132.

⁸⁰ Elvert, Die europäische Integration, S. 73.

er in einem „Europa der Vaterländer“ in größerem Maße als bisher den nationalen Regierungen unterordnen wollte.⁸¹ Hier ergab sich eine neue Quelle für politische Gegenvorschläge der Europa-Union, welche sich allerdings erst am Ende des Untersuchungszeitraums in der Tagespresse andeuteten. Eine Neupositionierung, die de Gaulle insgesamt als „integrationsfeindlich“ angriff und die „gaullistische Herausforderung“ als zentrale politische Aufgabe ansah, erfolgte erst in den Jahren 1961 und 1962.⁸²

Trotz dieser neuen Herausforderungen, die den Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren auch in der Berichterstattung zur Europa-Union beeinflussten, waren die getroffenen Weichenstellungen vom Europarat über die verschiedenen Europäischen Gemeinschaften wichtige Rahmenbedingungen, die zu einer Verstetigung des (west-)europäischen Selbstverständnisses gerade auch in der Bundesrepublik beitrugen. Dabei kann man auch in diesem Einzelfall vermuten, dass diese Prozesse als eine mögliche Wurzel einer europäischen Öffentlichkeit eher in der Oberschicht Wirkung zeigten.⁸³ Vor diesem Hintergrund lassen sich die im Untersuchungszeitraum im Zusammenhang mit der Europa-Union geäußerten Kritikpunkte und Zukunftskonzepte erst einordnen.

⁸¹ Ebd., S. 74-76.

⁸² Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 361f.

⁸³ Kaelble, *Europäer über Europa*, S. 24.

3 Grundlegende politische Zielsetzungen – Kontinuitäten in der Berichterstattung zur Europa-Union

Betrachtet man vor dem Hintergrund der Verstetigung des europäischen Selbstverständnisses in der Bundesrepublik die Auswirkungen, die diese Prozesse auch in der Berichterstattung der Tagespresse zur Europa-Union hatten, so ist demzufolge den dort gegebenenfalls anzutreffenden Kontinuitäten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie weisen auf Konstanten des „proeuropäischen Grundkonsenses“⁸⁴ hin, sowohl im Hinblick auf Kritik am jeweiligen Status quo, wie auch in Bezug auf die Zukunftsvisionen. Gemeinsame Ursachen für diese grundlegenden politischen Zielsetzungen sind angesichts der wichtigen Rolle, die der Kalte Krieg spielte, auch in der andauernden Situation zweier sich feindlich gegenüberstehenden Machtblöcke zu suchen.

3.1 Kritik: politische Ohnmacht, militärische Bedrohung, wirtschaftliche Schwierigkeiten

Kritik verändert den Charakter des jeweils geschilderten Geschehens.⁸⁵ Daher wird die Berichterstattung zur Europa-Union nachfolgend auf Kritikpunkte untersucht, die im gesamten Untersuchungszeitraum grundlegend geäußert wurden. Vor dem Bühnenbild der europapolitischen Rahmenbedingungen bilden die verschiedenen thematischen Felder der Kritik – darunter vor allem die politischen Fragen im engeren Sinne, Fragen nach der militärischen Sicherheit, sowie Fragen nach der wirtschaftlichen Entwicklung – die scheinbar konstanten Statisten, aus deren Existenz die entsprechenden Gegenüber, die Fundamente der Zukunftskonzepte und deren Versinnbildlichungen ihren eigenen Platz erhalten. Kontinuitäten in diesen kritischen Fragen bilden somit einen Teil der relativ konstanten Bestandteile des „proeuropäischen Grundkonsenses“⁸⁶ in der Bundesrepublik. Unter politischen Fragen sind in diesem Kontext jene zusammengefasst, welche den Zustand der Zusammenarbeit in Europa in allgemeiner Weise kritisieren, d. h. ohne spezielle Punkte zu thematisieren, wie z. B. die militärische oder ökonomische Situation. Eine genaue Betrachtung dieser allgemeinen, wie auch der spezielleren Kontinuitäten der Kritik kann Aufschluss über Gewichtungen der einzelnen thematischen Felder in den untersuchten Artikeln geben. Hieraus erschließen sich Ursachen

⁸⁴ Wilfried Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, in: Ludolf Herbst; Werner Bühner; Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 63-77, S. 77.

⁸⁵ Vgl. Koselleck, Kritik und Krise, S. 7.

⁸⁶ Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 77.

für die Konstanz von Ideen, Vorstellungen und grundsätzlichen Zielsetzungen, die mit den Kritikpunkten verbunden wurden.

Die geänderten Rahmenbedingungen, die im gesamten Untersuchungszeitraum durch den Kalten Krieg mitgeprägt wurden, beförderten das Motiv der politischen Ohnmacht in dieser weltpolitischen Situation. Das Gefühl, nicht ausreichend Einfluss zu besitzen, war eine Konstante, die trotz der Entwicklung von Mechanismen westeuropäischer Zusammenarbeit und der sehr unterschiedlichen Situation der Bundesrepublik und der bundesrepublikanischen Presse zu Beginn und zum Ende der 1950er Jahre in der Berichterstattung zur Europa-Union fortwährend in ähnlicher Weise geäußert wurde.

Beispielsweise warnte der *Mannheimer Morgen* anlässlich einer Werbereise Paul-Henri Spaaks 1950 nach Skandinavien:

„Dann zeigt Spaak die Gefahren europäischer Selbstüberschätzung und ‚Sichselbstgerechtheits‘ auf: ‚Die Zentren der Welt haben sich von Europas Metropolen nach Washington und Moskau verlagert. Es ist eine Verschiebung geschehen, die östliche und westliche Expansion – besonders meinungsmäßig – stärkt, während Europa auf der Stelle marschiert.‘⁸⁷

Fast zehn Jahre später gibt die *Saarbrücker Landeszeitung* ein sehr ähnliches Resümee der politischen Ohnmacht wieder, welches auf einer Veranstaltung des Landesverbandes der Europa-Union geäußert wurde:

„Minister a. D. Ruland vertrat die Meinung, daß die derzeitige allgemeine politische Situation mit den Machtblöcken Ost und West die europäische Integration unbedingt notwendig mache, zumal wenn wir uns vor dem Osten schützen wollen. Er erinnerte daran, wie die Blockade Berlins den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses in kurzer Zeit zu mächtigem Aufblühen gebracht habe. In den Jahren danach habe er sich leider nur noch sehr zögernd geltend gemacht.“⁸⁸

In diesem zweiten Zitat wird deutlich, wie die Kritik an der gegenwärtigen Situation als Anknüpfungspunkt für die Forderungen nach einem engeren Zusammenschluss genutzt wurde, wobei hinzuzufügen ist, dass sich im Zusammenhang mit der Europa-Union ein Wandel in der Berichterstattung einstellte, was die konkreten Schritte anbelangte, die zur Umsetzung dieser Ideen vorgeschlagen wurden.⁸⁹

Trotz der Konstanz, mit der die politische Ohnmacht beschworen wurde, waren die Formulierungen der Bedrohungen für Europa generell nicht in allen Einzelheiten gleich. Nach

⁸⁷ „Wider den europäischen Egoismus“, *Mannheimer Morgen*, 31.10.1950.

⁸⁸ „Der Weg zur europäischen Einigung“, *Saarbrücker Landeszeitung*, 17.10.1960.

⁸⁹ Siehe das folgende Kapitel 4 „Veränderungen innerhalb des Verbandes und in der verbandseigenen Europapolitik – Wandel der Berichterstattung zur Europa-Union“.

über zehn Jahren, die verschiedene Versuche einer europäischen Integration gebracht hatten, konnte auf andere Weise resümiert werden.⁹⁰ Dennoch zeigen sich wichtige Eckpunkte, aus denen sich die Kritik der politischen Ohnmacht immer wieder beschwören ließ. Vom erstgenannten europäischen „Vorkämpfer“, Paul Henri Spaak, wurde auf einer Tagung 1951 in Hamburg eine konzise Zusammenfassung dreier Kernpunkte im *Hamburger Echo* verbreitet:

„Europa“, so sagte er, „sieht sich heute drei Problemen gegenüber: 1. der Bedrohung durch den östlichen Totalitarismus, 2. der Überlegenheit der Vereinigten Staaten und 3. die Stellung Deutschlands zu seinen Nachbarn.“⁹¹

Neben der Situation des Kalten Krieges, die aus der Sicht Spaaks an erster Stelle in der Bedrohung durch die UdSSR und ihre Verbündeten und an zweiter Stelle in der überlegenen Führungsrolle der mächtigen USA im westlichen Lager gründete, wird hier ein wichtiger Punkt deutlich. Um ihn ging es bei solcher Kritik vor allem den deutschen Europa-Aktivisten und Journalisten: Welche Rolle sollten Deutschland und die Bundesrepublik im europäischen und weltweiten Kontext spielen? Der Prozess der Blockbildung zwischen Ost und West zeigt sich im Beispiel ebenfalls: Die Mentalität und Praktik eines permanenten Belagerungszustands lief auf eine Zweiteilung Deutschlands und Europas hinaus.⁹² Nachdem sie die politische Ohnmacht der europäischen Staaten in einem Kommentar im Vorfeld der genannten Kundgebung an konkreten Beispielen kritisiert hatte, schrieb *Die Welt* zur Aufgabe der Veranstaltung, in deren Rahmen Politiker und Vertreter von Europa-Verbänden – wie z. B. Eugen Kogon – zusammenkamen: „Es soll moralisch, politisch und psychologisch ein neuer Anfang gesetzt werden.“⁹³ Aus der Sicht der meisten deutschen Journalisten und Europa-Aktivisten war letztlich die seit dem Zweiten Weltkrieg fehlende Gleichberechtigung der neuen Bundesrepublik vor allem gegenüber den verbündeten westeuropäischen Mächten ein Teil der wahrgenommenen politischen Ohnmacht. Allerdings wurden in diesem Zusammenhang nicht nur außenpolitische oder auch „innereuropäische“ Gründe für die kritisierte Situation geäußert, in den Kommentar- und Meldungsspalten der Tagespresse konnte das Thema der mangelnden Einheit Europas schnell mit innenpolitischen

⁹⁰ Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung, S. 204, spricht aus theoretischer Sicht von einem Nebeneinander von „rückwärtsgewandter“ Reintegration und neuen Elementen der Integration.

⁹¹ „Keine Zeit zu verlieren!““, *Hamburger Echo*, 21.9.1951.

⁹² Loth, Die Teilung der Welt, S. 344. Milward kritisiert, Spaaks Unterstützung der US-amerikanischen Integrationsforderungen an die Westeuropäer habe in erster Linie auf seiner Überzeugung beruht, auf diese Weise Belgiens wirtschaftliche und militärische Sicherheit zu gewährleisten, Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, S. 324.

⁹³ „Europa in Deutschland“, *Die Welt*, 15.9.1951.

Auseinandersetzungen vermischt werden.⁹⁴ Zudem war die Abgrenzung der verschiedenen thematischen Felder der Kritik in den Artikeln nicht so stark, wie es die strukturelle Gliederung erscheinen lässt. Ihr erstrebenswerter Vorteil, eine deutlichere Gewichtung der verschiedenen Aspekte, bringt unvermeidlich den Nachteil einer größeren Unverbundenheit zusammenhängender Argumentationen. Als ein prägnantes Beispiel für derartige Verknüpfungen sei die oft gebrauchte Wendung der „Gefahr aus dem Osten“ genannt. Sie wurde als allgemein gehaltene Kritik – vor allem am mangelnden Fortschritt der europäischen Einigung als eine Art westeuropäischer Gegenpol zum „Osten“ – während des gesamten Untersuchungszeitraumes geäußert. Gelegentlich bildet sie auch die gedankliche Verbindung zu der konkreteren Gefahr eines neuen Krieges, eine im Bereich der militärischen Bedrohung häufig vorkommende Warnung.⁹⁵ Die UdSSR wurde auch als fähig angesehen, Westeuropa auf dem Wege der etwas paradox erscheinenden „friedlichen Eroberung“ zu gefährden.⁹⁶ An diesem Beispiel wird die Verknüpfung von Kritik und Zielen deutlich, denn diese Art der Eroberung konnte von den Europa-Aktivisten und den Journalisten, die sie zu Wort kommen ließen, wohl vor allem aus einem Grund als solche bezeichnet werden: Sie stellte in ihrer Wahrnehmung eine Gefahr für zentrale Werte und Ziele⁹⁷ dar, die in der Kritik bereits gedanklich angelegt sind.

Eine weitere Ausdrucksmöglichkeit der politischen Schwäche der europäischen Staaten waren Vergleiche mit der Vergangenheit. An erster Stelle stand hier die Metapher des Abstiegs. Aber auch die Erinnerung an die verlorene „führende Stellung“ wurde bemüht oder gar bildhaft beschreiben, Europa gleiche einem Blinddarm zwischen Ost und West.⁹⁸ Neben den Bezügen zur konkreten Kritik an der militärischen Situation gab es ebenso die Verbindung von politischer Ohnmacht und Abhängigkeit mit primär wirtschaftlichen Themen. Der *Mannheimer Morgen* schrieb 1957 zur Möglichkeit, steigende Kosten der europäischen Kohleförderung mit Hilfe von Importen zu senken: „Importe eines derart wichtigen Grundstoffes stehen von vornherein unter dem Schatten des politischen Risikos.“ Gegen Ende des Artikels, der sich mit einer Tagung der Europa-Union zur Bedeutung der Atomkraft befasste, wird die-

⁹⁴ Z. B. für die Kritik an „innereuropäischer Entwicklung“: Marcel Schulte, „Stockhiebe“, *Frankfurter Neue Presse*, 6.10.1959; für Kritik an der Opposition: „Vom europäischen ABC“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 2.8.1952.

⁹⁵ „,Einigung Europas – Herzenssache der Jugend““, *Saarbrücker Zeitung*, 24.3.1953.

⁹⁶ „Europagedanke bleibt lebendig“, *Saarländische Volkszeitung Saarbrücken*, 3.3.1956.

⁹⁷ Siehe hierzu die folgenden Abschnitte, 3.2 „Werte: Freiheit, Friede, Demokratie“; 3.3 „Ziele: Wiedervereinigung, Aussöhnung, Zusammenschluss“.

⁹⁸ „Europa nur ein Traum?“, *Nürnberger Nachrichten*, 24.2.1955; „Ziel: Die Einheit ganz Europas“, *Der Mittag Düsseldorf*, 23.1.1958; „Vier im europäischen Gespräch“, *Frankfurter Neue Presse*, 22.3.1954.

ses Risiko präzisiert. Es bestehe darin, „von den großen Mächten dieser Welt überspielt zu werden“.⁹⁹

Trotz dieser Überschneidungen lohnt es sich, wie bereits erwähnt, die kontinuierlich geäußerten Kritikpunkte in konkreteren Feldern zu betrachten. Sie waren sicher weniger bedeutsam und wurden mit geringerer Intensität verbreitet, dennoch konnten vor allem in der Analyse der militärischen und wirtschaftlichen Lage Bedrohungen stärker anschaulich gemacht werden. Auf die Veränderungen der verbandseigenen Europapolitik in Details vor allem der wirtschaftlichen Ideen wird im folgenden Kapitel eingegangen. Auch Konstanten sind in beiden Aspekten auszumachen. Im militärischen Feld zentral ist die angesprochene Beschwörung einer „Gefahr aus dem Osten“, beinahe ein Mantra, das nachfolgend verschiedene Publikationen aus der DDR als „Bedrohungslüge“ zu entlarven versuchten.¹⁰⁰ Mit der Anerkennung einer militärischen Gefahr war schon zu Beginn des Untersuchungszeitraums oft der Ruf nach einer Aufrüstung verbunden, wobei es in der Bundesrepublik nur etwa fünf Jahre nach Kriegsende sehr deutliche Kritik an derartigen Plänen gab.¹⁰¹ Die Europa-Union verband ihre indirekte Forderung nach einer Aufrüstung der Bundesrepublik und damit auch Westeuropas mit der Ablehnung einer Nationalarmee.¹⁰² Ihre Positionen einer westeuropäisch organisierten, solidarischen Aufrüstung und Verteidigung wurden aber nicht nur kritisiert, weil Kommentatoren der jungen Bundesrepublik so kurz nach Kriegsende deutsche Soldaten für unvorstellbar hielten. Der *Industriekurier*, die Zeitung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), welcher später maßgeblichen Einfluss auf die Europa-Union gewann¹⁰³, kritisierte die von ihr erhobene Forderung nach einer gleichartig entschlossenen Verteidigung des gesamten westeuropäischen Territoriums: „Das hört sich ganz gut an, aber viel mehr als eine eben aus politischen Gründen unternommene Beruhigungs- und Ermutigungsaktion ist das nicht.“¹⁰⁴ In den Vorstellungen der Europa-Union und ihrer Bundesgremien, die die Idee einer „gerechten“ europäischen Verteidigung und einer entsprechenden Einbindung der neu zu schaffenden bundesrepublikanischen Streitkräfte vertraten, ist als eines der zentralen Grundmotive in der Kritik an der militärischen Situation ebenfalls die Gleichberechtigung der Bundesrepublik gegenüber den westlichen Mächten erkennbar. Das Themenfeld des Militärs

⁹⁹ Hans-Joachim Deckert, „Hoffnung auf das europäische Atom“, *Mannheimer Morgen*, 2.11.1957.

¹⁰⁰ Z. B. Georg Grasnik, *Anatomie der Bedrohungslüge*, Berlin 1981; Gerhard Kade, *Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*, Berlin 1981.

¹⁰¹ Hans Habe, „Soll Rettung kommen?“, *Trierischer Volksfreund*, 23.8.1950.

¹⁰² „Keine Neutralität“, *FAZ*, 18.11.1951; Otto Blessing, „Europäische Bundesversammlung“, *Deutsche Tagespost Regensburg*, 15.3.1952.

¹⁰³ Siehe den Unterabschnitt 4.1.2 „Ernst Friedlaender – Präsident von 1954-1957 und Friedrich Carl von Oppenheim – Präsident ab 1958“.

¹⁰⁴ „Wir liegen im Vorfeld...“, *Industriekurier Düsseldorf*, 25.9.1952.

wird durch seine Staatsnähe in den Artikeln zur Europa-Union besonders häufig mit generellen politischen Einschätzungen verbunden.¹⁰⁵ Teils dramatisch wurde in der Tagespresse die Angst vor einem dritten Weltkrieg geschürt. Vor dem Hintergrund des atomaren Zeitalters war eine solche Möglichkeit ein geeignetes Schreckensbild, um Lösungsvorschlägen und Forderungen Kraft zu verleihen.¹⁰⁶ Das unvorstellbare Grauen eines dritten und atomaren Weltkrieges wurde in Situationen, in denen der Kalte Krieg sich merklich verschärfte, wie z. B. beim Eingreifen des Warschauer Paktes in Ungarn 1956, beschworen.¹⁰⁷

Aber auch das rhetorisch weniger gewichtige Bild einer „möglichen Aggression der Sowjetunion“ diente als Kritik an der zeitgenössischen Gegenwart der Gestaltung einer vorgestellten Zukunft, die den politischen Zielen der Europa-Union näher kam, indem die „stärkste Zusammenfassung aller militärischen und moralischen Kräfte“ des Westens „und insbesondere der europäischen Staaten“ gefordert wurde.¹⁰⁸ Tagungen der Europa-Union brachten das Thema auch während ruhigerer Phasen zwischen den militärischen Machtblöcken in die Tagespresse, indem sie z. B. 1958 eine Erfahrung der Vergangenheit, nämlich die Situation im Juni 1953 „in Ost-Berlin und Mitteldeutschland“ in die Zukunft projizierte und mit den militärischen Entwicklungen der atomaren Bewaffnung in Ost und West kombinierte. In diesem Zusammenhang wurde bei allen Ungewissheiten und Gefahren auf die Wichtigkeit der Bündnistreue verwiesen und die Bedeutung der europäischen Integration für die Sicherheit der Bundesrepublik betont.¹⁰⁹ Als ein wichtiger Faktor ist in diesem Fall wieder die Frage nach der Gleichberechtigung der Deutschen erkennbar. In der Kritik an der unsicheren Situation der Gegenwart und der möglichen Zukunft wird eine Notwendigkeit zu gleichberechtigter, verbündeter Akzeptanz der Bundesrepublik im Westen suggeriert.

Diese Grundtendenz gab es auf ähnliche Weise in wirtschaftlichen Fragen. Bei allen Veränderungen der Europa-Union im Hinblick auf die europäischen Wirtschaftsinstitutionen, die impliziten und expliziten Wünsche nach Gleichstellung gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern des Westens waren auch in den wirtschaftlichen Kritikpunkten und Bedrohungsanalysen über den Untersuchungszeitraum hinweg präsent. Selbst bevor die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Wirklichkeit wurde, beschworen Redner auf Veranstaltungen der Europa-Union die westliche Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet und verwiesen

¹⁰⁵ Adelbert Weinstein, „Was wird aus Europa?“, *FAZ*, 16.3.1953.

¹⁰⁶ „Die Fahne allein genügt für die Europa-Idee nicht“, *Passauer Neue Presse*, 26.8.1954.

¹⁰⁷ „Friedländer: Der kalte Krieg geht weiter“, *Kieler Nachrichten*, 17.11.1956.

¹⁰⁸ „Ziel des Bolschewismus unverändert“, *General-Anzeiger für Bonn und Umgegend*, 22.10.1956.

¹⁰⁹ Ernst Ney, „In Europa ist alles ungewiß“, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung Essen*, 9.6.1958; Robert Strobel, „Ist der kleine Atomkrieg möglich“, *Stuttgarter Nachrichten*, 10.6.1958.

auf die Gefahr einer Herauslösung Deutschlands bzw. der Bundesrepublik aus diesem ökonomischen System. Im Zusammenhang mit der sogenannten „Stalin-Note“ dokumentierte die *Frankfurter Rundschau* eine solche Aussage:

„Die Annahme dieses Vorschlages werde jedoch den Ausschluß Deutschlands aus der Wirtschaftsgemeinschaft der westlichen Welt, damit Rückfall in die Verarmung, soziale Spannungen, Ohnmacht gegenüber der sowjetischen Machtstellung und letztlich die Bolschewisierung bedeuten.“¹¹⁰

Teilweise wurde in den Artikeln zu Veranstaltungen auch mangelnde Wirtschaftskompetenz bei den Teilnehmern, die der Europa-Union angehörten oder von ihr eingeladen wurden, kritisiert. Damit wiesen die entsprechenden Zeitungen auf die Wichtigkeit des Themas hin und betonten das mögliche Bedrohungspotential, das – wie in einem anderen Bericht beispielhaft aufgezählt wurde – von „15 verschiedenen Ländergrenzen, Devisen und Zollgrenzen“ herühre.¹¹¹ Oftmals versuchten Europa-Union und Tagespresse, die Auswirkungen von noch spezielleren wirtschaftlichen Sachverhalten wie denen der genannten Grenzen auf den gesamten Komplex der europäischen Einigung deutlich zu machen. Auch hier waren die Übergänge zwischen Kritik an wirtschaftlichen Regelungen, wie der „Devisenzwangswirtschaft“ oder Bestimmungen des GATT und der Kritik im Feld der allgemeineren Politik daher fließend.¹¹² Wie schon im Zitat zur Reaktion auf die „Stalin-Note“ erkennbar, wurde die Verbindung von wirtschaftlichen und politischen Themen betont und auf dem Wege des „Lebensstandards“ die wirtschaftliche Situation und ihre Bedeutung oft mit den persönlichen Erfahrungen und Erwartungen des Publikums verknüpft. „Welche Wirkung würde es auf die Massen ausüben, wenn der Lebensstandard in Westeuropa dagegen [im Vergleich mit dem der Sowjetunion, J.G.] sinke?“, war die appellative Frage der *Saarländischen Volkszeitung*, die wohl Erinnerungen an Kriegs- und Mangelzeiten wecken sollte.¹¹³

Alle drei angesprochenen Themenfelder rechtfertigen jeweils eine eigene Würdigung. Der Aspekt der politischen Ohnmacht ist von den anderen zu unterscheiden, weil er als allgemeine politische Bedrohung grundlegend war, während auf dem Gebiet der militärischen und wirtschaftlichen Situation jeweils speziellere Probleme gesehen wurden. Die militärische Lage war wiederum staatsnäher als die ökonomischen Probleme, doch auch hier waren die Re-

¹¹⁰ „Kundgebung gegen die ‚Ohne-mich-Parole‘“, *FR*, 17.3.1952.

¹¹¹ Kritik an mangelnder Wirtschaftskompetenz z. B.: „Europa in Deutschland“, *Die Welt*, 15.9.1951. Bericht: „Wider den europäischen Egoismus“, *Mannheimer Morgen*, 31.10.1950.

¹¹² „Die Europäische Einigung wird kommen!“, *Volksstimme Saarbrücken*, 27.6.1955; „Viele Schranken müssen noch fallen“, *Handelsblatt Düsseldorf*, 19.4.1957.

¹¹³ Dieter Schröder, „England und die Zukunft Europas“, *SZ*, 12.1.1959; „Aschenbrödlerrolle für Europa?“, *Saarländische Volkszeitung*, 10.3.1958.

gierungen als Verantwortliche für die grundlegenden Rahmenbedingungen die Adressaten. In ihrer Verschiedenheit sind diese Aspekte durch die in der Kritik bereits implizierte Forderung nach Verbesserung verbunden. Diese beinhaltete nämlich eine Grundtendenz zur Verstärkung der Gleichbehandlung der Bundesrepublik im europäischen Kontext, auch nachdem die Souveränität 1955 staatsrechtlich annähernd wieder hergestellt worden war. In der Zeit bis 1955 wurde zudem in deutschen Qualitätszeitungen die Gleichberechtigung explizit über die Souveränität gestellt, die zugunsten einer europäischen Einigung beschnitten werden könne.¹¹⁴ Selbst im speziellen Feld der Ökonomie ergaben sich in der von der Tagespresse transportierten Kritik solche allgemeinpolitischen Grundtendenzen, die einerseits die Einwände durch das Erklären der Gefahren und Probleme verständlich machen, andererseits Wertorientierungen und konkrete Ziele schlüssig erscheinen lassen sollten. Grundlage der Kritik war neben weiter zurückliegenden Erfahrungen vor allem die Entwicklung der Rahmenbedingungen der europäischen Einigung in den 1950er Jahren. Die Kontinuitäten der Berichterstattung im Hinblick auf Ziele und grundlegende Werte, aus historischer Sicht noch wichtiger, sind somit vor diesem Hintergrund und der geäußerten Kritik in den drei beschriebenen thematischen Feldern zu betrachten.

¹¹⁴ Markus Kiefer, *Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949 – 1955*, Frankfurt a. M., Berlin, Bern u. a. 1992 (Reihe Europäische Hochschulschriften: Reihe 3. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 525), S. 73-90.

3.2 Werte: Freiheit, Friede, Demokratie

Werte als Grundlagen der Ideen, die im Zusammenhang mit der Europa-Union in den 1950er Jahren in der Tagespresse genannt wurden, bilden argumentativ das Fundament für konkretere Ziele. Beide wiederum, Wert- und Zielvorstellungen der eigenen Zukunftskonzepte, stehen in enger Beziehung zu den kontinuierlichen Äußerungen von Kritik, den sich trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen ähnelnden Bedrohungsanalysen, welche die Artikel zur Europa-Union prägten. Hypothetisch kann daher davon ausgegangen werden, dass auch in Bezug auf die Werte eine grundlegende Konstanz den Untersuchungszeitraum bestimmte. Des Weiteren ist zu prüfen, ob auch bei den Wertvorstellungen Verbindungen zur Grundforderung der Gleichberechtigung des westdeutschen Staates gegenüber den westlichen Nachbarn und Verbündeten bestehen.

Ein wichtiger Grundbaustein war für die Vertreter der Europa-Union wie für die berichtenden Journalisten augenscheinlich die immer wieder geforderte Freiheit.¹¹⁵ Die Freiheit als eine Grundforderung über den gesamten Untersuchungszeitraum bildete eine enge Verbindung zu dem Thema der deutschen Frage, die auch über zehn Jahre nach der Kapitulation Deutschlands nicht an Brisanz eingebüßt hatte und von der Europa-Union meist im gleichen Atemzug mit der Frage nach der Vereinigung West- und Osteuropas aufgeworfen wurde.¹¹⁶ Die Freiheit als Grundwert Europas und jedes als Ziel formulierten europäischen Zusammenschlusses war demnach eine von der Europa-Union mit genuin nationalem Interesse erhobene Forderung an die europäische Einigung: Sie war Grundvoraussetzung für eine Wiedervereinigung und ein zentraler Faktor, der in einer zukünftigen und letztlich utopischen Situation der Wiedervereinigung Gleichberechtigung zwischen den Bundesdeutschen, die sich als Alleinvertreter der Deutschen insgesamt betrachteten, und sämtlichen ehemaligen Kriegsgegnern herstellen sollte. Nach diesem Alleinvertretungsanspruch hätte jegliche zwangsweise Einschränkung der Souveränität und Bündnisfreiheit oder eine ebensolche Benachteiligung in etwaigen Zusammenschlüssen gegen die freiheitlichen Prinzipien verstoßen.

Zumal in Situationen, in denen die ehemaligen Alliierten verhandelten, z. B. bei den Gesprächen in Genf 1955 zur Beilegung der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken in Asien, erhob die Europa-Union an erster Stelle die Forderung nach Freiheit:

¹¹⁵ „, Vereinigung Europas oder Untergang‘“, *FR*, 21.9.1951.

¹¹⁶ „Die Zukunft Europas und der Takt“, *Basler Nationalzeitung*, 25.3.1958. Aufgrund des Erscheinungsdatums wurde hier auf eine Schweizer Zeitung zurückgegriffen, die Schlussfolgerungen deckten sich mit entsprechender deutscher Berichterstattung, z. B. „Europa-Union fordert UNO-Polizei für Ungarn“, *Schwäbische Landeszeitung / Augsburgs Zeitung*, 12.11.1956.

„Eine Entspannung könne daher nur insoweit eintreten, als Freiheit an Stelle von Unfreiheit gesetzt wird. Die Europa-Union fordere deshalb von der Genfer Konferenz, „daß alles geschieht, um die Spaltung Deutschlands und Europas zu beseitigen.“¹¹⁷

Wie in dem zitierten Beispiel erkennbar, wurden die „freiheitlichen Werte Europas“ besonders in der dezidiert antikommunistischen Tagespresse betont¹¹⁸, doch auch politisch weiter links stehende Zeitungen, wie etwa die *Frankfurter Rundschau*, druckten Appelle an die „freien Verbände und [...] freien Menschen“ oder Resolutionen, in denen ein europäischer Zusammenschluss und die Wiedervereinigung Deutschlands „in Freiheit und mit freiheitlichen Mitteln“ beschworen wurde.¹¹⁹ Von gelegentlich an Veranstaltungen der Europa-Union Deutschland teilnehmenden Vertretern der Schweizer Europa-Union wurde in Analogie zur Schweiz auf einen möglichen „freiheitlich-genossenschaftlichen Zusammenschluß der Staaten zur gemeinsamen Wahrung der gemeinsamen Interessen“ und damit auf „den gemeinsamen Schutz der nationalen und individuellen Freiheiten“ verwiesen.¹²⁰ Die enge Beziehung solcher Beschwörungen vom Wert der Freiheit bei gleichzeitig sprichwörtlicher Betonung der Gemeinsamkeiten und den Kritikpunkten, die im Zusammenhang mit der Europa-Union kontinuierlich geäußert wurden, lässt sich am Beispiel der „Stalin-Noten“ illustrieren. In der Zeit wurden nicht nur Bedrohungslagen dargestellt und zukunftsbezogene Kritik an möglichen Zugeständnissen an die UdSSR geübt, auch indem auf die mangelnde Freiheit in einem solchen Schritt hingewiesen wurde, wurde das sowjetische Angebot als „Köder“ diskreditiert.¹²¹

Nach dem Ungarnaufstand 1956 appellierte die Europa-Union auf ihrem IX. ordentlichen Kongress an die „freie Welt“, angesichts der „Unfreiheit von 17 Millionen Deutschen ebenso wie der Völker in Ost- und Mitteleuropa“ eine „neue und eindeutige Politik“ gegenüber der UdSSR zu verfolgen.¹²² Gleichzeitig mit der beschriebenen Warnung vor einem dritten Weltkrieg wurde gefordert, die Entwicklung positiv zu nutzen, indem einerseits die mit der kurz

¹¹⁷ „Spaltung beseitigen!“, *Berliner Morgenpost*, 19.7.1955.

¹¹⁸ Hans Zehrer, „Das rote Tuch“, *Die Welt*, 24.8.1954. Zu dem anfänglichen Einfluss des ehemaligen Chefredakteurs der „konservativ-revolutionären“ Zeitschrift der Weimarer Republik *Die Tat* auf den Verleger Axel Springer, der *Die Welt* 1953 erworben hatte, siehe den etwas polemischen Beitrag von Michael Jürgs, Mystiker auf Sylt. Axel Springer und Hans Zehrer, in: Lutz Hachmeister; Friedemann Siering, *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München 2002 (Reihe Beck'sche Reihe, Bd. 1457), S. 196-212. Gudrun Kruij setz den offeneren Konservatismus später an und geht von einer „vermeintlich unpolitischen Ausrichtung aller Publikationen des Springer-Verlags“ in den 1950er Jahren aus, Gudrun Kruij, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1999 (Reihe Ordnungssysteme, Bd. 3), S. 121.

¹¹⁹ Otto Blessing, „Bedingungen – hier und da“, *FR*, 5.10.1950; „Das Ziel ist ganz Europa“, *FR*, 24.9.1951. Siehe auch FN 115.

¹²⁰ „Europäische Probleme – nicht aus nationalistischer Sicht“, *Saarbrücker Zeitung*, 29.6.1955.

¹²¹ „Neutralisierung Deutschlands ist Europas Tod“, *Kasseler Zeitung*, 16.6.1953. Zu den in diesem Kontext geäußerten Bedrohungsszenarien siehe S. 36 im vorangegangenen Abschnitt.

¹²² Philipp Baude, „Moralische Offensive“, *Echo der Zeit Recklinghausen*, 18.11.1956.

zuvor erfolgten britisch-französischen Intervention am Suez-Kanal als gefährdet angesehene Zusammenarbeit des Westens wiederhergestellt, andererseits die sowjetische Aggression für die zukünftige moralische Überlegenheit eines „freiheitlichen“ Zusammenschlusses Europas gegenüber dem Zwangssystem der UdSSR genutzt werden sollte.¹²³

Selbst wenn auf Veranstaltungen der Europa-Union auf „vitale Interessen der Sowjets“ eingegangen wurde, geschah dies unter der Prämisse, dass sogar „der Gedanke der deutschen Wiedervereinigung zurücktrete hinter der Freiheit Osteuropas“.¹²⁴ Bemerkenswert ist, dass die Forderung nach Freiheit in Gesamteuropa als grundsätzlicher Wert über das konkretere Ziel der Wiedervereinigung gestellt wurde. Die Freiheit ergab sich als Grundbaustein der von der Europa-Union im Untersuchungszeitraum in der Presse vertretenen Ideen aus der Kritik der jeweiligen Situation und wirkte auch auf die Zukunftsentwürfe, die von den Verbandsmitgliedern öffentlichkeitswirksam vertreten wurden.

1959 zeigte eine Episode um einen prominenten Europa-Aktivisten, wie ernst die Europa-Union diesen Grundbaustein nahm. Der schon lange kritisch beäugte, kosmopolitische Richard Coudenhove-Kalergi wurde in der Tagespresse scharf wegen einer Denkschrift kritisiert, die nach Meinung der Europa-Union die Freiheit verriet.¹²⁵ Schließlich wurde Coudenhove-Kalergi aus diesem Grund aus der Europa-Union der Schweiz, in der er Mitglied war, ausgeschlossen.¹²⁶ Die Freiheit als wichtigster Teil des gedanklichen Fundaments wirkte somit nach innen und nach außen. Sie wurde als Schlagwort oft von weiteren Werten flankiert, eine Tatsache, die ebenfalls für die zentrale Bedeutung eines freiheitlichen Weltbildes in den Pressereaktionen auf die Europa-Union spricht.

Geradezu komplementär zu der geschilderten Kritik an der militärischen Situation und der Sicherheit in Europa war die Friedens-Vorstellung. Friede als Grundlage der politischen Zielsetzung in der Zeit des Kalten Krieges mutet zwar einerseits eigenartig an, ist andererseits in einem Zeitraum, in dem der katastrophale und von Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg den Erfahrungsraum der allermeisten Deutschen bestimmte, kaum verwunderlich. Angesichts der wahrgenommenen Auswirkungen des Kalten Krieges und der genannten kontinuierlichen

¹²³ Weitere Artikel zu dieser Resolution, z. B.: „Europa, nun erst recht!“, *Bayerische Staatszeitung München*, 17.11.1956; „Friedländer: Der kalte Krieg geht weiter“, *Kieler Nachrichten*, 17.11.1956. Zur „Knechtschaft“ der „Völker Osteuropas“ z. B.: „Sinn des Wollens: Friede – Einigkeit“, *Bremer Nachrichten*, 20.1.1958.

¹²⁴ G. Beneke-Kracht, „Zehnter Kongreß der Europa-Union“, *SZ*, 18.1.1958.

¹²⁵ „Europa-Union gegen Coudenhove-Kalergi“, *Generalanzeiger für Bonn und Umgegend*, 19.2.1959; „Die Europaunion lehnt ab“, *FAZ*, 19.2.1959. Zu Coudenhove-Kalergi siehe Vanessa Conze, *Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas*, Gleichen 2004 (Reihe Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 165).

¹²⁶ „Coudenhove-Kalergi aus der Europa-Union ausgeschlossen“, *Basler Nationalzeitung*, 3.6.1959; „Europa-Union ohne Coudenhove-Kalergi“, *SZ*, 4.6.1959.

Kritik ist es wiederum verständlich, dass dieser Ruf nach Friede bzw. friedlichen Lösungen die gesamte untersuchte Zeit über nicht verebbte.¹²⁷

Im Zusammenhang mit diesem Ruf lag die Beschwörung der Freiheit natürlich nahe, auch weitere konkrete Ziele wurden diesen Grundwerten an die Seite gestellt, wobei es durchaus auf die politische Orientierung der jeweiligen Redner ankam. Die Rede des Sozialisten Paul Henri Spaak wurde beispielsweise auf einer Hamburger Kundgebung im Jahre 1951, an der auch die Europa-Union beteiligt war, von der *Hamburger Freien Presse* mit entsprechender Wortwahl zusammengefasst:

„Der belgische Sozialistenführer, der seine Rede auf Französisch hielt, fasste die Ideale Europas in drei Forderungen zusammen: Soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Individuums, Frieden für alle.“¹²⁸

Bezeichnend ist, dass der Autor des Artikels die drei Forderungen als Ideale beschreibt, ein Begriff, der die enthaltenen utopischen und grundsätzlichen Erwägungen treffend beschreibt. Ähnliches wurde in der Darstellung auch durch die Verwendung des Ideen-Begriffs erreicht. Die Einstellung des Europa-freundlichen SPD-Senatspräsidenten von Bremen, Wilhelm Kaisen, wurde in einem Bericht zum X. Jahreskongress der Europa-Union 1958 wie folgt beschrieben: „Kaisen forderte eine Besinnung auf die große Idee der menschlichen Solidarität, auf der allein der Frieden aufgebaut werden könne.“¹²⁹

Auch in diesem Fall gewann der Frieden in einer zukünftigen Weltordnung den Charakter eines Grundwertes, indem er mit der sozialdemokratisch geprägten Idee der Solidarität verknüpft wurde. Der Frieden war eine Vorstellung für die Zukunft, da viele Zeitgenossen die Spannung zwischen den Weltmächten USA und UdSSR eben als unfriedlichen „Kalten Krieg“ wahrnahmen. Zwar nicht explizit, so doch unausgesprochen, drückte der Ruf nach Solidarität auf zwischenstaatlicher Ebene letztlich den Wunsch nach einer gleichberechtigten Rolle für die Bundesrepublik aus. In den meisten Fällen war der Wert des Friedens wie im zitierten Beispiel in unterschiedlicher Weise an eine Gleichberechtigung der Bundesrepublik in dieser zukünftigen Friedensordnung gekoppelt, für die als politische Zielsetzung von der Europa-Union immer ein europäischer Zusammenschluss vorgesehen wurde.

¹²⁷ Hermann Eibel, „Eindrücke aus Straßburg“, *Allgemeine Zeitung / Neuer Mainzer Anzeiger*, 13.12.1950; „Sinn des Wollens: Friede – Einigkeit“, *Bremer Nachrichten*, 20.1.1958; „Wiedervereinigung und Europa“, *Kölnische Rundschau*, 28.10.1960.

¹²⁸ „Das Ziel: Freies, geeintes Europa“, *Hamburger Freie Presse*, 21.9.1951.

¹²⁹ „Dritte Kraft wirklichkeitsfremd“, *Die Welt*, 18.1.1958.

Die Demokratie war ein Grundwert, der noch stärker den gedanklichen Anspruch auf Gleichberechtigung in sich trug. Auch sie spielte im gesamten Zeitraum eine Rolle, sie sollte – wenn auch nachgeordnet – die Ideen der Europa-Union in der Presse untermauern. Zumal teilweise eine Verbindung zwischen den Werten Demokratie und Frieden hergestellt wurde.¹³⁰

Allerdings wurde der Verband seinem Ideal von Demokratie in den Augen mancher Beobachter in den eigenen Reihen nicht immer gerecht und so fanden im Zuge von internen Auseinandersetzungen, auf die im folgenden Kapitel ausführlicher eingegangen wird, auch vorwurfsvolle Worte ihren Weg in die Berichterstattung. Die *Kölnische Rundschau* zitierte die ungewöhnlich offene Kritik des niederländischen Europa-Aktivisten Alfred Mozer auf dem Jahreskongress der Europa-Union 1954:

„ ‚Aber meine Damen und Herren!‘ rief er, ‚ich finde Ihre Bescheidenheit unerklärlich, mit der Sie sich mit diesem Kongreß zufrieden geben, dessen Inhalt Sie selbst zu bestimmen hatten! Der Herr Vorsitzende hat Sie behandelt wie ein rohes Ei, während Sie sich aufführen, als sei Demokratie nichts anderes als organisiertes Misstrauen. Sie ist indessen organisiertes Vertrauen!‘ “¹³¹

Im Zuge von internen Auseinandersetzungen wurde zumindest in diesem Fall mehr demokratischer Wagemut eingefordert – denn der Kongress befasste sich fast ausschließlich mit organisatorischen Fragen, beschloss unter anderem die wichtige Umbildung des Führungsgremiums in ein engeres und ein weiteres Präsidium.¹³² Derartige Selbstkritik machte die Forderungen nach Demokratie im Hinblick auf andere Institutionen, welche im Zusammenhang mit der Europa-Union und ihren Ideen und Zielen von Bedeutung waren, glaubwürdiger. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fanden z. B. Forderungen, die „demokratische Kontrolle der Streitkräfte und ihres inneren Gefüges zu sichern“ in der Presse Gehör.¹³³ Auch unausgesprochen und ohne dass die Europa-Union dieses Thema unbedingt forcierte, wurde der Aspekt der Volkssouveränität von Kommentatoren im europäischen Kontext betont, wenn sie statt eines „Europas der Experten“ ein „Europa des Volkes“ einforderten.¹³⁴ Die wichtige Unterscheidung zwischen einem europäischen Volk oder den europäischen Völkern, die beim Wandel der verbandseigenen Europapolitik der Europa-Union im europäischen Kontext zentrale Bedeutung hatte¹³⁵, war beim Grundwert Demokratie

¹³⁰ Otto Blessing, „Bedingungen – hier und da“, *FR*, 5.10.1950; Betonung von Frieden durch Demokratie: „Kundgebung für den Europagedanken“, *Stuttgarter Nachrichten*, 13.5.1957.

¹³¹ „Keine zehn Minuten für Europa“, *Kölnische Rundschau*, 9.5.1954.

¹³² Eickhorn (Hrsg.), *Für ein föderales Europa*, S. 31; Ruppert, *Die Europa-Union Deutschland*, S. 37.

¹³³ Robert Botzat, „Der Weg nach Europa ist nicht versperrt“, *NZ*, 3.11.1954.

¹³⁴ Marcel Schulte, „Das Europa der Experten“, *Frankfurter Neue Presse*, 14.5.1953.

¹³⁵ Für Ernst Friedlaender war in der Rückschau die Rede vom europäischen Volk eine „Verkennung aller Realitäten“, Ernst Friedlaender, *Wie Europa begann*, Köln 1965 (Reihe Europäische Schriften des

letztlich unerheblich. Zumal bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums in der Berichterstattung auch der Begriff der (europäischen) Völker im Plural benutzt wurde.¹³⁶ Gegen Ende der 1950er Jahre hatte sich die Rede von den Völkern weitestgehend durchgesetzt, auch die Unterscheidung zwischen west- und osteuropäisch trat nun mit der Verfestigung des Kalten Krieges häufiger auf.¹³⁷ Bei all diesen Veränderungen blieb der weniger oft artikuliert Wert der Demokratie bestehen, was letztlich auch in der Haltung gegenüber dem eher aristokratisch orientierten Grafen Richard Coudenhove-Kalergi erkennbar wurde. Zuerst übte sich die Europa-Union in öffentlicher Zurückhaltung und gegen Ende des Zeitabschnitts erfolgte der vollständige Bruch mit dem statusbewussten Grafen.¹³⁸

Der in diesem speziellen Fall deutlich „kritische“ Aspekt der Grundwerte der Europa-Union, der sich hier in der Kritik äußerte, eine Person habe implizit einen solchen Wert „verraten“, macht die Verbindung zu den stabilen Feldern der Kritik deutlich. Die Darstellungen dieser Werte in der Tagespresse waren darüber hinaus ebenso Argumente für einen gleichberechtigteren Umgang mit der Bundesrepublik im internationalen Kontext. Aus Kritikpunkten und Grundwerten konnten außerdem bestimmte, kontinuierlich verfolgte Ziele entwickelt werden.

Bildungswerks Europäische Politik, Bd. 9), S. 64; siehe Unterabschnitt 4.2.2 „Die sukzessive Spaltung des Dachverbandes als Reaktion auf das Scheitern der EVG 1954“.

¹³⁶ „Internationale europäische Bewegung diskutiert über ‚Deutschland und Europa‘“, *NZ*, 8.9.1951.

¹³⁷ „Sinn des Wollens: Friede – Einigkeit“, *Bremer Nachrichten*, 20.1.1958.

¹³⁸ Zur Zurückhaltung: Robert Botzat, „Der Weg nach Europa ist nicht versperrt“, *NZ*, 3.11.1954. Zu den Umständen des Ausschlusses siehe vorliegenden Abschnitt, S. 35.

3.3 Ziele: Wiedervereinigung, Aussöhnung, Zusammenschluss

Unter den Zielen der Europa-Union, die in den 1950er Jahren in entsprechender Berichterstattung der Tagespresse weiten Raum einnahmen, werden im Folgenden in Abgrenzung zu den erwähnten Grundwerten auf einzelne Umstände bezogene Vorstellungen und Ideen verstanden. Sie hatten durchaus einen ähnlich zukünftig-utopischen Charakter, machten sich aber im größeren Maße an einzelnen kritisierten Sachverhalten der zeitgenössischen Gegenwart fest. Wie gezeigt wurde, standen Kritikpunkte und Grundwerte, die im Zusammenhang mit der Europa-Union genannt wurden, in enger Beziehung zu der oftmals impliziten Argumentation für einen gleichberechtigteren Umgang mit der Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob auch bei konkreten Zielsetzungen, wie der Wiedervereinigung Deutschlands, der deutsch-französischen Aussöhnung oder der Schaffung eines europäischen Zusammenschlusses solche Momente eine Rolle spielten.

Ein zentrales Thema der 1950er Jahre, welches in den Artikeln zur Europa-Union durchgehend einen größeren Raum einnahm, als dies aus der Zielsetzung des Verbandes auf Anhieb erkennbar wäre, war die Frage nach der deutschen Wiedervereinigung. Daher wurde im Rahmen der Berichterstattung die Überwindung der deutschen Teilung besonders herausgehoben behandelt. Die deutsche Frage und die Bekräftigung, sie durch eine Wiedervereinigung zu lösen, wurde vielfach noch vor Vorschlägen zu gemeinsamen europäischen Institutionen oder auch den beschriebenen Grundwerten wie Freiheit und Frieden genannt.¹³⁹ Schon der vorangegangene Abschnitt hat deutlich gemacht, dass in einer Abwägung gegeneinander – wie sie von den Stalin-Noten provoziert wurden – der Grundwert der Freiheit für die Europa-Union größeres Gewicht besaß als selbst ein herausragendes Ziel wie die Wiedervereinigung.

Eine andere Akzentuierung mit zumindest von Seiten der Europa-Union Deutschland ähnlicher Zielsetzung bildet die zu Beginn der 1950er Jahre noch erhobene Forderung nach den auch semantisch Ähnlichkeiten zu den USA aufweisenden „Vereinigten Staaten von Europa“, ein Ausdruck, der oft auf Winston Churchill zurückgeführt wird.¹⁴⁰ Die Appelle, diese Vereinigung mit einer verfassungsgebenden Versammlung zu erreichen, wurden von der Europa-Union unterstützt. In ihnen findet sich kein Hinweis auf die deutsche Frage, doch kann davon ausgegangen werden, dass die deutschen Europa-Aktivisten zu dieser Zeit auf

¹³⁹ „Europa-Fahne eingeholt“, *Hamburger Abendblatt*, 24.9.1951; „Lassen wir Deutschland im Stich?“, *Weser-Kurier Bremen*, 18.1.1958.

¹⁴⁰ Der erste Satz seiner berühmten Züricher Rede vom 19.9.1946 lautete gleichwohl: „Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.“, *Europa*, Bd. 1, S. 113.

eine mittelfristige Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines solchen Bundesstaates spekulierten.¹⁴¹ Teilweise wurde dieser Zusammenhang in den Zeitungsberichten ausgesprochen, gelegentlich kam dabei zudem die Sprache auf die Stellung des zukünftig vereinigten Deutschlands. Anlässlich einer Tagung in Hamburg 1951 schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*:

„Der Zusammenbau Europas und die Einheit Deutschlands dürften nur in Freiheit und mit friedlichen Mitteln verwirklicht werden. [...] Innerhalb einer europäischen Gemeinschaft müsse Deutschland ein Partner sein, der die gleichen Rechte genieße wie die anderen Partner.“¹⁴²

Der zweite Satz macht offensichtlich, dass das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses eng mit dem Wunsch nach einer stärkeren Gleichberechtigung verknüpft wurde, auch wenn dies gerade in den Presseberichten nicht immer in dieser Klarheit aufschien. In der großen Mehrheit der Berichte wurde dagegen explizit die deutsche und die europäische „Einheit“ miteinander in engen Bezug gesetzt. Eine Ausnahme bildete eine vom späteren Präsidenten der Europa-Union Ernst Friedlaender im Rahmen einer „europäischen Bilanz 1954“ kurz vor dem Scheitern der EVG im selben Jahr gemachte Aussage, welche die *Frankfurter Neue Presse* wiedergab:

„Europa werde nur Wirklichkeit werden, wenn es gelinge, für alle beteiligten Nationen eine neue Form des europäischen Zusammenlebens zu gewinnen. Schließlich warnte Friedländer vor der irrigen Auffassung, eine Vereinigung Europas führe zu einer Wiedervereinigung Deutschlands.“¹⁴³

Trotz der seltenen Offenheit, mit der in diesem Artikel das eher europäisch anmutende Ziel des „Zusammenlebens“ und das eher national konnotierte der „Wiedervereinigung Deutschlands“ gedanklich getrennt wurden, zeigt doch der vorangehende Satz, dass die „neue Form“ auf einen Weg hinauslaufen sollte, der eine größere Gleichberechtigung bedeutete.

Damit behielt das Ziel der Wiedervereinigung seine Gültigkeit. Die deutsche Einheit wurde in der Zukunft in einer Weise erwartet, die der Bundesrepublik als Stimme der Deutschen eine gleichberechtigte Position verleihen sollte. Nach dem Scheitern der EVG bejahte Friedlaender auf einem Diskussionsforum des Kreisverbandes Frankfurt die in Reaktion darauf abge-

¹⁴¹ „Europäische Föderalisten wollen die Initiative ergreifen“, *Die Welt*, 22.3.1952. Zu den Appellen zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung siehe auch Unterabschnitt 4.2.1, „Die Aktion Bundespakt – 1950 bis 1953“.

¹⁴² „Neutralisierung dient nicht dem Frieden“, *FAZ*, 25.9.1951.

¹⁴³ „Nur neue Wege führen zum Ziel“, *Frankfurter Neue Presse*, 12.7.1954. Möglicherweise wurde hier eine Aussage von Friedlaender missverständlich wiedergegeben. Zu den Hintergründen der Wahl Friedlaenders siehe Unterabschnitt 4.1.2 „Ernst Friedlaender – Präsident von 1954 bis 1957 und Friedrich Carl von Oppenheim – Präsident ab 1958“.

schlossenen Pariser Verträge, lobte jeden Schritt, der eher zu einer europäischen Föderation hinführe und hielt Kritikern, die eine Verhinderung der Wiedervereinigung befürchteten, entgegen, die Europa-Union befürworte keine Politik, die nur utopische Hoffnung auf eine Einigung über die Wiedervereinigung im Rahmen einer Viermächtekonferenz setze.¹⁴⁴ Aus dieser Erwägung stellt sich die Wiedervereinigung im Untersuchungszeitraum für die Europa-Union als ein Ziel dar, welches unter der Prämisse größerer Gleichberechtigung verfolgt wurde und welches auf diese Weise mit weiteren konkreten Zielen – in der genannten Veranstaltung wurde vor allem auf die Schaffung einer „europäischen Föderation“ verwiesen – in engem Zusammenhang stand.

Ein zweites Ziel, das die Berichterstattung zur Europa-Union im Untersuchungszeitraum charakterisiert, ist das der deutsch-französischen Aussöhnung. Als Quellenbegriff ist über die gesamte Zeit zumeist der etwas weniger emotionale Begriff der „Verständigung“ verbreiteter.¹⁴⁵ Auf einer Landestagung der Europa-Union dokumentierte die regionale Tagespresse sowohl den Wunsch des Verbandes nach der deutschen Wiedervereinigung, als auch gleich im Anschluss den einprägsamen Ausspruch, die „Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich“ sei der „Schlüssel zu Europa“.¹⁴⁶

Der Schlüssel zu Europa, das bedeutete, dass das Ziel einer umfassenden Verständigung, eben einer Aussöhnung mit den vormaligen „Erbfeinden“, die erste Hürde auf dem Weg zu einem europäischen Zusammenschluss darstellte. Aufgrund dieser Einschätzung wurde statt des Begriffes der „deutsch-französischen Verständigung“ auch von einigen Veranstaltungen die Formulierung „deutsch-französische Zusammenarbeit“ in die Artikel getragen.¹⁴⁷ Besonders in Teilen der deutschen Wirtschaft, die im Laufe der 1950er Jahre maßgeblichen Einfluss in der Europa-Union gewannen und damit ihre Positionen massiv in den Verband hineintrugen, war die Aussöhnung mit Frankreich eines der wichtigsten Ziele. Exportinteressen bildeten hier den Rahmen, in dem die Idee einer Aussöhnung konkretisiert wurde. Daher wurde im Vorfeld der Verhandlungen zur EWG ihre unbedingte Notwendigkeit betont.¹⁴⁸

¹⁴⁴ „Schwierige Frage Vereinigung“, *FAZ*, 24.11.1954.

¹⁴⁵ Z. B. „Keine Neutralität“, *FAZ*, 18.11.1951; „Deutschland und Europa“, *Neue Zürcher Zeitung*, 20.11.1960.

¹⁴⁶ „Landestagung der Europa-Union in Rastatt“, *Stuttgarter Zeitung*, 10.1.1955.

¹⁴⁷ „Europa-Woche in München beendet“, *SZ*, 31.3.1958.

¹⁴⁸ Philipp Baude, „Moralische Offensive“, *Echo der Zeit Recklinghausen*, 18.11.1956. Zu Zielen und Einfluss der Wirtschaft siehe Unterabschnitt 4.1.2 „Ernst Friedlaender – Präsident von 1954 bis 1957 und Friedrich Carl von Oppenheim – Präsident ab 1958“ und Thomas Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse. Die Deutsche Industrie und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Stuttgart 1999 (Reihe Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beihefte, Bd. 152), S. 72; Zur Verbindung von Interesse und Ideen vgl. Jachtenfuchs, Die Konstruktion Europas, S. 31.

Aber nicht nur in Richtung einer Verständigung der Nachbarn am Rhein kämpfte die Europa-Union und erhielt dabei Unterstützung von verschiedensten Blättern der Tagespresse, auch die Staaten Mittel- und Osteuropas spielten in den Bemühungen um ein zukünftig besseres nachbarschaftliches Verhältnis eine Rolle.¹⁴⁹ Beide Zielvorstellungen von einer „Verständigung“ mit den vormals bekriegten Nachbarn lassen ebenfalls die Bemühung erkennen, die Rolle der Bundesrepublik zu verändern. Sie sollte von der Außenseiterin im vom Zweiten Weltkrieg gekennzeichneten Europa zu einer Macht wie die anderen europäischen Mächte werden. Zusammen sollten die europäischen Staaten gleichberechtigt in die Zukunft blicken. In engem Zusammenhang standen diese genannten Vorstellungen mit den kritischen Äußerungen zur politischen Ohnmacht, denn es ergab sich daraus die Notwendigkeit zur Annäherung als Grundlage einer wirksameren Zusammenarbeit.

Eine gedankliche Abfolge, die auf eine dritte Zielsetzung der Europa-Union verweist, die schon im Namen des Verbandes deutlich werden sollte: Die Schaffung eines europäischen Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Politik. Trotz aller Wandlungen, welche die Europa-Union intern und in der Berichterstattung der Presse vollzog, blieb dieses Ziel unverändert, wenn sich auch die Wege dorthin und die konkrete Formulierung teilweise erheblich unterschieden.¹⁵⁰ Beispielsweise reichten die Begriffe, die für das beabsichtigte europäische Einigungswerk verwendet wurden, vom kompromisslosen „europäischen Staat“ noch 1951 über die erwähnten „Vereinigten Staaten von Europa“ bis zu der vorsichtigeren Beschreibung eines „institutionell vereinigten Europas“ bzw. einer „politischen Vereinigung“ 1960, welche schon die kommende Auseinandersetzung der Europa-Union mit den Konzepten des französischen Präsidenten Charles de Gaulle erahnen ließ.¹⁵¹ Der berühmte General, eine französische Identifikationsfigur, löste einen Richtungsstreit über die Zukunft der Sechsergemeinschaft aus, der erst in der ersten Jahreshälfte 1961 klar sichtbar wurde und damit auch für die Europa-Union eine neue Phase der eigenen Positionierung einleitete.¹⁵² Weitere Begriffe, die sich sowohl zeitlich als auch konzeptionell zwischen den beiden Polen eines Bundesstaates nach US-amerikanischem Vorbild und eines lockereren institutionellen Zusammenhaltes einordnen lassen, sind unter anderem die „Föderation“ und der „Bundesstaat Europa“.¹⁵³

¹⁴⁹ „Europa-Union schlägt Ansiedlung von Flüchtlingen in Frankreich vor“, *NZ*, 4.2.1953; „Verständigung auch mit Osteuropa“, *Mannheimer Morgen*, 25.10.1955.

¹⁵⁰ Zum Wandel der Europa-Union in der westdeutschen Tagespresse in den 1950er Jahren siehe Kapitel 4.

¹⁵¹ „Das ganze Europa muß es sein“, *Hamburger Echo*, 24.9.1951; „Europa im West-Ost-Gegensatz“, *Bremer Nachrichten*, 17.9.1960.

¹⁵² Elvert, *Die europäische Integration*, S. 75-77; Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 360.

¹⁵³ „Europagespräch im Geiste Karls des Großen“, *Aachener Volkszeitung*, 31.3.1952; „Der Europa-Kongreß feierlich eröffnet“, *Schwäbische Landeszeitung / Augsburgische Zeitung*, 10.11.1956.

Unklar waren jedoch die aufgrund des Mediums Zeitung allzu oft nur kurzen Beschreibungen der Konzeptionen, die sich hinter den Begriffen verbargen. Ein relativ geschlossenes Bild ergibt sich nur im Hinblick auf die Charakteristik der Über- oder Supranationalität, welche von einem Kommentator bei der Beschreibung von internen Querelen der verschiedenen nationalen Verbände als „Dogma“ der „Europa-Unionen“ kritisiert wurde.¹⁵⁴ Auch gegen Ende des Untersuchungszeitraumes, als mit der Etablierung der EWG und EAG eher ein Kompromiss zwischen zwei unterschiedlichen Konzeptionen der wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit realisiert wurde, forderten immer noch Teile der Europa-Union einen konsequenten Ausbau supranationaler Lösungen.¹⁵⁵ Neben dem Kompromiss zwischen Freihandel und übernationaler Verwaltungspraxis fand sich im Artikel 2 des EWG-Vertrages jedoch nur eine Andeutung, dass die Vereinbarung dazu diene, „engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.“¹⁵⁶

Von Forderungen, ein „supra-nationales Parlament und eine entsprechende Regierungsgewalt“ einzurichten, bzw. eine „Europa-Regierung“ als „übernationale parlamentarische Autorität“ zu schaffen, wie es in den Artikeln zu Beginn der 1950er Jahre gefordert wurde¹⁵⁷, hatte sich die Darstellung der Verbandslinie in ihren Zielsetzungen im Laufe der Zeit nicht weit entfernt. Jedoch bemerkten besonders Kommentatoren, dass sich die Geschwindigkeit, mit der dieses Ziel verfolgt wurde, verlangsamt hatte. So wurde anlässlich eines Kongresses im Januar 1959 gemahnt, dass „die wirtschaftliche Integration nur als ein Mittel zum politischen Zweck“ Sinn mache.¹⁵⁸

Wie bei den beiden anderen Zielen war auch beim Streben nach einem europäischen Zusammenschluss wichtig, dass in der Vorstellung der Europa-Union und entsprechender Zeitungsberichte die Deutschen keinen Status zweiter Klasse in einer solchen übernationalen politischen Institution haben sollten. Das Argument der Gleichberechtigung war daher über den gesamten Untersuchungszeitraum in den konkreten, kontinuierlich vertretenen Zielen des Verbandes präsent und half, einen Konsens auch in den langfristigen Absichten zu etablieren. Ein Konsens, der auf einer anderen Ebene in der wiederkehrenden Verwendung bestimmter Versinnbildlichungen beobachtet werden kann. Denn Zeichen und Rituale sollten in der Darstellung die Ziele und Werte des Verbandes symbolisieren.

¹⁵⁴ Joachim Schwelien, „Die Militanten und die Müden“, *FAZ*, 29.2.1956.

¹⁵⁵ „Europa-Union tagt“, *Berliner Morgenpost*, 5.11.1959.

¹⁵⁶ Gasteyger, *Europa zwischen Spaltung und Einigung*, S. 146.

¹⁵⁷ „Vom europäischen ABC“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 2.8.1952; „Wahlen für ein europäisches Parlament“, *SZ*, 2.8.1952.

¹⁵⁸ „Um die politische Einheit Europas“, *Flensburger Tageblatt*, 14.1.1959.

3.4 Versinnbildlichungen: Flagge, Austausch, gemeinsame Institutionen?

Als letzter Punkt ist bei der Frage nach Kontinuitäten in der Berichterstattung zur Europa-Union der Umgang mit Symbolen und symbolisch verstandenen Begebenheiten zu betrachten. Den Überlegungen von Krzysztof Pomian folgend kann von einer „europäischen Zivilisation“ ausgegangen werden, welche sich auch durch eine Ähnlichkeit auszeichnet, Gefühle auszudrücken und Rituale auszubilden.¹⁵⁹ Im Hinblick auf die zukunftsbezogenen Aspekte der Darstellung, also besonders den Werten und Zielen, war dieser Umgang mit Ritualen ein manifester Ausdruck, eine Versinnbildlichung der Ideen des Verbandes. Auch auf dieser Ebene erfolgte eine Inszenierung, um den Symbolen Sinn zu verleihen. Sowohl der Verband selbst trug dazu bei, als auch die Journalisten, welche Versinnbildlichungen beschrieben.

Gerade in Zeitungsberichten kommt dem „Aufhänger“ eine große Bedeutung zu, also einer Einzelheit, die den Anfangspunkt des Artikels, den „Einstieg“ für den Leser bildet. Der journalistische Text muss die Aufmerksamkeit des Lesers gewinnen.¹⁶⁰ Versinnbildlichende Einzelheiten wie beispielsweise zur Schau gestellte Symbole oder repräsentative Gesten bieten sich in diesem Fall an, daher ist bei der Auswertung von Presseberichten mit einer großen Zahl solcher Versinnbildlichungen zu rechnen, die wiederum bestimmten Mustern folgen können.

Das mit Abstand am häufigsten derartig verwendete Symbol im Untersuchungszeitraum ist die „Europa-Flagge“. Dabei handelte es sich in diesem Fall nicht um die Flagge des Europarates, die später durch kreisförmig angeordnete gelbe Sterne auf blauem Grund bestimmt wurde. Im Rahmen ihrer offiziellen Einführung Mitte der 1950er Jahre empfahl die parlamentarische Versammlung auch die Embleme der übrigen europäischen Institutionen entsprechend anzupassen, was jedoch lange Zeit nicht geschah.¹⁶¹ Während die blaue Fahne mit den zwölf Sternen heute sicherlich die Stellung des „wichtigsten europäischen Symbols“ beanspruchen kann, handelt es sich um eine neuere Karriere, die erst mit einer zunehmender Politisierung der Entscheidungen der Gemeinschaften seit den 1980er Jahren begann.¹⁶² Im Zusammenhang der Untersuchung handelte es sich bei der „Europa-Flagge“ um eine grün-

¹⁵⁹ Krzysztof Pomian, *Inférieures? Supérieures? Égales? La civilisation européenne et les autres*, in: Ders.; Henri Dupuis (Hrsg.), *De l'Europe-Monde à l'Europe dans le Monde*, Brüssel 2004, S. 35-48, S. 35-36.

¹⁶⁰ Emil Dovifat; Jürgen Wilke, *Zeitungslehre I*, Berlin 1976 (Reihe Sammlung Götschen, Bd. 2090), S. 167.

¹⁶¹ Roland Bieber, *Die Flagge der EG. Rechtsprobleme politischer Symbolik an einer Nahtstelle von Staats-, Europa- und Völkerrecht*, in: Wilfried Fiedler; Georg Röss (Hrsg.), *Gedächtnisschrift für Wilhelm Karl Geck*, Köln, Berlin, Bonn u. a. 1989, S. 59-77, S. 64f.

¹⁶² Kaelble, *Wege zur Demokratie*, S. 164, 176.

weiße Fahne, auf der ein großes „E“ zu sehen war. Diese „Farben“ der Europa-Union nutzten Journalisten bereits früh, um ihren Artikeln Plastizität zu verleihen. Ein Kommentar der *Stuttgarter Zeitung* aus dem Jahre 1950 lässt offen, ob die Fahnen, die bei der beschriebenen Aktion aus Protest gegen zu den zu langsamen Fortschritt der europäischen Einigung an Stelle von nationalen Flaggen gehisst wurden, das „E“ oder ein anderes Flaggensymbol zeigten.¹⁶³

Dass mit der Beschreibung „Europafahne“ oder „Europa-Flagge“ tatsächlich das Symbol der europäischen Verbände gemeint sein konnte, zeigt sich, wenn man die zahlreichen Berichte zu einer Tagung mit dem Thema „Deutschland und Europa“ in Hamburg Anfang der 1950er Jahre vergleicht. Die Veranstaltung kam unter Beteiligung der Europa-Union als Teil der Europäischen Bewegung zu Stande. In den Artikeln ist sowohl davon die Rede, dass an vielen Gebäuden „die Europa-Flagge neben der Bundesfahne heißt“ war, als auch ausdrücklich vom „E“ in der grünweißen Europafahne“, die „den Kranz der Nationalfarben überragte“.¹⁶⁴

Diese Europa-Fahnen waren durchaus noch gegen Ende des Untersuchungszeitraumes in der Tagespresse präsent.¹⁶⁵ Auf eine gewisse Gewöhnung an das Symbol „Europaflagge“ weist auch die in dieser Zeit teilweise geäußerte und in der Berichterstattung wiedergegebene Kritik hin – vom Vergleich mit „der langen Herrenunterhose“ bis zum deutlichen Urteil, die Fahne der Europa-Union sei „ausgesprochen scheußlich“.¹⁶⁶

Auf diese Weise kritisiert werden konnte nur ein Symbol, das im Laufe der Zeit augenscheinlich immer bekannter geworden war und wahrscheinlich auch aus diesem Grund in der Tagespresse öfter erwähnt wurde, oftmals im Zusammenhang mit besonderen Protesten oder repräsentativen Anlässen, wie schon das genannte Beispiel der *Stuttgarter Zeitung* zeigt. Eine solche symbolhafte Handlung besonders zu Beginn der 1950er Jahre waren die sogenannten „Grenzpfehl-Aktionen“. So leitete z. B. *Die Welt* ihren Bericht des Aachener Kongresses der UEF 1952 folgendermaßen ein:

„In Aachen tagte der vierte Kongreß der Union der Europäischen Föderalisten [...]. Man kennt sie, man kennt die grüne Fahne mit dem weißen ‚E‘, und wenn man nichts anderes von ihr gehört hat, doch wenigstens, daß da und dort ihre jungen aktiven Mitglieder Grenzpfehle eingerissen und verbrannt haben [...].“¹⁶⁷

¹⁶³ „Gesetzesübertreter“, *Stuttgarter Zeitung*, 26.9.1950.

¹⁶⁴ „Tagung der Europa-Bewegung in Hamburg“, *Saarbrücker Zeitung*, 21.9.1951; „Das Ziel: Freies, geeintes Europa“, *Hamburger Freie Presse*, 21.9.1951.

¹⁶⁵ „Europa darf nicht 15 Jahre auf die Einigung warten“, *Ruhr-Nachrichten Dortmund*, 21.1.1958.

¹⁶⁶ „Nur Frankreich wurde freigesprochen“, *FAZ*, 12.1.1959.

¹⁶⁷ K. W. Böttcher, „Utopisten wurden Pioniere“, *Die Welt*, 2.4.1952.

Die Europaflaggen wurden zum Symbol des aktiven Eintretens für die genannten Ziele und Grundwerte, sowie eine Kritik an der zeitgenössischen Situation in der beschriebenen Art und Weise. Insofern waren diese Symbole Zeichen für die neue, gleichberechtigte Rolle, die ihre deutschen „Zeichenträger“ in Europa spielen wollten.

Die Berichterstattung zeigt ebenfalls, dass der Umgang der Europa-Union mit ihrem „Markenzeichen“ nicht ganz einheitlich war. Die *Saarbrücker Zeitung* wählte bei einer Veranstaltung der Europa-Union an der Saar einen ähnlichen Einstieg wie *Die Welt* bei dem etwa ein Jahr zuvor erschienenen Artikel:

„Die Fahne der Europa-Union, das grosse grüne ‚E‘ auf weissem Feld, ist längst kein unbekannter Begriff mehr! Die europäische Idee ist überall lebendig, besonders bei denen, die unter den Folgen des letzten Krieges sehr gelitten und dadurch erkannt haben, dass Kriege in Europa nur Rückschritt bringen, selbst bei den Siegern.“¹⁶⁸

Neben der unmittelbaren Verbindung zwischen der Flagge und dem Grundwert des Friedens, zeigt sich ebenfalls die Uneinheitlichkeit der Gestaltung des Erkennungszeichens. Zwar waren Farbkombination und Erkennungszeichen gleich, jedoch war die Farbverteilung – wenn man den zeitgenössischen Zeitungsberichten Glauben schenkt – gegensätzlich!¹⁶⁹ An diesem Detail lassen sich die Schwierigkeiten plakativ darstellen, auf die private Verbände bei der Etablierung von bis dato vor allem staatlichen Symbolen stoßen konnten. Selbst bei den internationalen Flaggen von UNO, Europarat und später EG war die rechtliche Lage nicht von Beginn an eindeutig, weil die existierenden Normen für die Verwendung derartige Urheber nicht vorsahen.¹⁷⁰ Im erwähnten Artikel ist darüber hinaus dokumentiert, wie sich neue Symbolik in diesem Zusammenhang mit älteren Ritualen verband, die vermutlich unbeabsichtigte Assoziationen hätte wecken können. Neben Ansprachen und der Geste, zahlreiche Luftballons mit dem Europasymbol (also in diesem Fall einem grünen „E“) steigen zu lassen, wurde die Kundgebung nämlich mit einem Fackelzug beschlossen.¹⁷¹ Diese Art der Inszenierung durch die Europa-Aktivistinnen und ihre unkritische Vermeldung in der Tagespresse zeigt eine erstaunliche Parallelität zur nationalsozialistischen Zeit, die augenscheinlich in Verbindung mit Symbolen und Veranstaltungen der Europa-Union nicht als schädlich angesehen, bzw. gar nicht registriert wurde. Bei nationalen Symbolen war die Zurückhaltung dage-

¹⁶⁸ „Einigung Europas – Herzenssache der Jugend““, *Saarbrücker Zeitung*, 24.3.1953.

¹⁶⁹ Kiefer spricht im Zusammenhang mit der Diskussion um mögliche Symbole für die Bundesrepublik in der *FAZ* ebenfalls vom „weißen E auf grünem Grund“, Kiefer, *Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit*, S. 66.

¹⁷⁰ Bieber, *Die Flagge der EG*, S. 65-76.

¹⁷¹ Ebd.

gen größer.¹⁷² Ein Grund für die hier beispielhaft vorliegende Tendenz mag gewesen sein, dass die ehemaligen Gegner des Nationalsozialismus im Journalismus der 1950er Jahre im Vergleich zur Zeit der Lizenzpresse in die Defensive gerieten.¹⁷³ Die größere Problematik nationaler Symbole machte die Kennzeichen der Europa-Union offensichtlich nicht nur für den Verband selbst, sondern auch für die berichtenden Journalisten interessant, so dass die Europa-Flagge sogar in Überschriften aufgenommen oder als zentrales Bildmotiv Artikeln hinzugefügt wurde.¹⁷⁴

Eine weitere symbolische Begebenheit, die in vielen Berichten eine Rolle spielt, ist der gleichberechtigte Austausch, sowohl was Europa-Aktivisten und Politiker anging, als auch was „einfache“ Mitglieder der Europa-Union und ausländische Verbände betraf. Bei der ersten großen Tagung der Europa-Aktivisten in Hamburg widmete sich beispielsweise ein dreispaltiger Artikel im *Hamburger Abendblatt* ausführlich dem Hintergrund der Dolmetscher, welche die Redebeiträge in die drei Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch übersetzten. Fast stolz vermeldete die Tageszeitung, dass der Chefdolmetscher Hans Jacob früher in leitender Position für Gustav Stresemann gearbeitet habe und heute im Sekretariat der UNESCO in Paris beschäftigt sei, nicht ohne jedoch am Ende des Porträts vielsagend hinzuzufügen, Jacob trage „einen amerikanischen Paß in der Tasche“.¹⁷⁵ Solche kommentarartigen Hinweise, welche Journalisten in Berichten über Veranstaltungen und Projekte der Europa-Union einstreuten, sind vielsagend. Der Verfasser des Porträts über Jacob zeigt mit diesem Zusatz eine psychologische Motivation, an Stelle der durch die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs äußerst belasteten nationalen deutschen Identifikation eine neue zu setzen. Das gleichberechtigte Eintreten für eine übergeordnete Sache erscheint als Möglichkeit, trotz der Vergangenheit eine positive gemeinsame Ebene zu finden.

Schon das Wort „Austausch“ verweist in den Berichten auf diese beabsichtigte Kommunikation und Identifikation auf gleicher Augenhöhe. Die Jugendorganisation JEF (Jeunes Européennes Fédéralistes) des europäischen Dachverbandes der Europa-Union ging sprachlich noch einen Schritt weiter und rief 1952 pressewirksam die „Kampagne der internationalen Freundschaft“ ins Leben, die einen solchen Austausch vor allem zwischen Schülern und jun-

¹⁷² Kiefer, Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit, S. 57-71.

¹⁷³ Hodenberg, Konsens und Krise, S. 277, zählt ausdrücklich auch Eugen Kogon (siehe Abschnitt 4.1.1 „Eugen Kogon – Präsident von 1950 bis 1953“) zu dieser Gruppe.

¹⁷⁴ „Pressekongreß unter der Europa-Fahne“, SZ, 29.4.1953; „Europa-Fahnen wehten in Münster“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 7.5.1956; „Schon vor zehn Jahren kamen Europa-Freunde zusammen“, *Schwäbische Landeszeitung / Augsburgische Zeitung*, 9.11.1956.

¹⁷⁵ „Sprachgenies im Curio-Haus“, *Hamburger Abendblatt*, 24.9.1951.

gen Arbeitern fördern sollte.¹⁷⁶ Solche symbolischen Gesten waren eng mit den Zielen der Europa-Union, besonders der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, verbunden. Auf die Bedeutung der jungen Generation wurde auch im Zusammenhang mit dem Ziel eines vereinigten Europas hingewiesen.¹⁷⁷ Aber nicht nur die Jugend, auch spezielle Berufsgruppen sollten durch den Austausch eine persönliche Ebene über nationale Ländergrenzen hinweg finden und einander kennen lernen.

So waren „[...] ständige Austausche verschiedenster Art, wie z. B. der Austausch von Arbeitern zwischen den Automobilwerken Renault (Boulogne-Billancourt bei Paris) und DKW (Düsseldorf) [...]“, die ersten Aktivitäten, die bei einem Bericht der *Westfälischen Nachrichten* aus Münster über die Landesversammlung der Europa-Union in Nordrhein-Westfalen aufgeführt wurden.¹⁷⁸ Im Untersuchungszeitraum spielten diese symbolischen Begegnungen sowohl für die Europa-Union, als auch für die berichtende Tagespresse als fassbares Abbild der Zielsetzungen und Werte eine wichtige Rolle, allerdings führte die zunehmende Reisefreiheit und die Zunahme von Privaturlaube im Ausland in Deutschland zu einer abnehmenden Attraktivität der Austausch-Aktivitäten¹⁷⁹. Trotzdem wurde auch noch gegen Ende der 1950er Jahre die Wichtigkeit solcher Begegnungen von Verantwortlichen unterstrichen.

In einem Gesprächsbericht anlässlich der Einbeziehung des Bremer Landesverbandes in diese Art der Kommunikation gab der *Weser-Kurier* den Leiter des Austauschprogramms der Europa-Union zum Sinn der gegenseitigen Besuche folgendermaßen wieder:

„Der Sinn der Austauschaktion ist, wie Dr. Adams erläutert, daß die Besucher das Familienleben und die sozialen Verhältnisse in den europäischen Nachbarstaaten aus eigener Anschauung kennenlernen sollen. Damit werden viele Vorurteile überwunden.“¹⁸⁰

Eine Identifikation mit europäischen Institutionen, die kurz vor Beginn oder auch erst im Untersuchungszeitraum geschaffen wurden, war hingegen nur in Verbindung mit beispielsweise Besuchs- und damit oft auch Austauschreisen in der Presse zu finden. Augenscheinlich bildeten diese Einrichtungen noch keine Bezugspunkte, die ein europäisches Selbstverständnis symbolisieren und repräsentieren konnten, sieht man von der gelegentlichen

¹⁷⁶ „Ich bin Europäerin“, *Aachener Volkszeitung*, 24.3.1952.

¹⁷⁷ „Das vereinigte Europa muss kommen“, *Kölnische Rundschau*, 12.6.1953.

¹⁷⁸ „Europa-Fahnen wehten in Münster“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 7.5.1956.

¹⁷⁹ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 356.

¹⁸⁰ „Vorurteile durch Auslandsbesuche überwinden“, *Weser-Kurier Bremen*, 27.1.1958.

Verwendung der Fahne des Europarates ab. Wenige Ausnahmen, wie eine Sonderseite des *Wiesbadener Kuriers* aus dem Jahre 1959 bestätigen diesen Eindruck eher.¹⁸¹

Die regionale Verbindung scheint hier eine größere Rolle gespielt zu haben. Referenzen auf Münster als Stadt des Westfälischen Friedens, die ganz Europa in ihren „Bannkreis“ gezogen habe oder die Weltoffenheit von Bremen, die eine besondere Aufgeschlossenheit gegenüber dem „Europa-Gedanken“ bedinge, sind Beispiele für diese Verbindung von lokaler und europäischer Identifikation.¹⁸² Als noch heute wichtiges Ritual ist die bereits 1950 geschaffene Tradition der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen zu nennen. Der Preis war ebenfalls eines der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen „europäischen Foren“, die lokalen Bezüge wurden in der Berichterstattung allerdings sehr betont.¹⁸³ Die Verbindung zwischen lokaler Geschichte und europäischer Symbolik wurde bereits zwei Jahre später beim IV. Jahreskongress der UEF in Aachen vom Präsidenten des französischen Rates der europäischen Bewegung und Hohen Kommissar André Francois-Poncet überschwänglich gelobt. Die *Aachener Volkszeitung* zitierte etwas ungenau:

„ ,Bereits [heute] ist Aachen Hauptstadt der europäischen Bewegung geworden. In dieser Hinsicht ergriff sie bereits die klügste Initiative, wie die Stiftung des Karlspreises bekundet. Dadurch verdient sie Dank und Anerkennung all derer, welche Vorkämpfer und Pioniere der neuen Zeit sind. ‘¹⁸⁴

Dieser Rückzug in die Regional- und Lokalpatriotismen ist ein Hinweis auf die andauernden Unsicherheiten hinsichtlich der Gleichberechtigung der Bundesrepublik als ein Nationalstaat unter den anderen westlichen Nationalstaaten. Von den deutschen Qualitätszeitungen hob besonders *Die Welt* generell die Bedeutung der naturrechtlichen Verwurzelung in einer lokalen oder regionalen Heimat hervor. Wie in diesem Fall, so ist auch in den vorangegangenen Beschreibungen zu Austauschpraxis und Flaggenverwendung deutlich geworden, dass darüber hinaus auch andere Ursprünge für diese Versinnbildlichungen plausibel erscheinen. Bei der Behandlung des Themas durch *Die Welt* lässt sich z. B. auch an die Vertriebenen-Thematik denken.¹⁸⁵

¹⁸¹ Bsp. für eine Besuchsreise: „Sie waren sechs Tage wirklich Europäer“, *Kölnische Rundschau*, 31.10.1956. „Europa wächst und merkt es kaum“, *Wiesbadener Kurier*, 10.1.1959. Kaelble, *Europäer über Europa*, S. 11.

¹⁸² „Europa-Fahnen wehen in Münster“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 7.5.1956; „ ,Entscheidend ist der Geist Europas‘“, *Bremer Nachrichten*, 17.1.1958.

¹⁸³ Vgl. Kaelble, *Wege zur Demokratie*, S. 172.

¹⁸⁴ „Sie repräsentieren die Zukunft“, *Aachener Volkszeitung*, 31.3.1952.

¹⁸⁵ Kiefer, *Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit*, S. 81-83. Kruij, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags*, S. 133. Kruij weist darauf hin, dass der Begriff „Heimat“ ab den 1960er Jahren aus dem Vokabular des Verlags verschwand, ebd., S. 135.

Zusammenfassend lassen sich neben der Stärkung der Rolle der Bundesrepublik auch für die in den anderen Kapitelabschnitten geschilderten Inhalte der Berichterstattung leicht weitere Ursachen ausmachen. Dennoch können alle vier angesprochenen Aspekte, seien es die Kritikpunkte, die Wertvorstellungen, die Ziele oder die Versinnbildlichungen der Europa-Union zum Teil auf den Wunsch nach gleichberechtigter Anerkennung zurückgeführt werden. Bei dieser bemerkenswerten Konstanz wandelte sich gerade die Berichterstattung zur Europa-Union in anderer Hinsicht im Untersuchungszeitraum deutlich, was mit den im vorherigen Kapitel geschilderten Weichenstellungen der europäischen Integration zusammenhängt.

4 Veränderungen innerhalb des Verbandes und in der verbandseigenen Europapolitik – Wandel der Berichterstattung zur Europa-Union

Die 1950er Jahre können als entscheidende Phase für die Grundsteinlegung der europäischen Integration verstanden werden. Wechselnde internationale Konstellationen vor dem Hintergrund des Ost-West Konfliktes hatten an dieser Entwicklung einen wichtigen Anteil.¹⁸⁶ Die Europa-Union wurde in der Tagespresse trotz der charakteristischen Konstanten mit diesen Veränderungen in Beziehung gesetzt. Da Medien im Allgemeinen dazu neigen, „das Unmittelbare mit dem Bedeutungsvollen zu verwechseln“¹⁸⁷, darf bei der Interpretation der Bestandteile der Berichterstattung, die sich auf damals aktuelle Ereignisse bezogen, der grundlegende Belang der Kontinuitäten nicht vernachlässigt werden. Gerade die Tageszeitungen sind auch nach neueren Erkenntnissen auf Aktualitäts-Vermittlung ausgerichtet.¹⁸⁸ Trotzdem kann die Fokussierung auf den Wandel der Zeitungsberichte sowohl im Hinblick auf die jeweils wichtigen Präsidenten und Präsidiumsmitglieder der Europa-Union und ihre Aktivitäten (Abschnitt 4.1), als auch auf die Einordnung des Verbandes im internationalen Kontext (Abschnitt 4.2) aufschlussreich sein. Die gleichartigen Aussagen zu Kritikpunkten und Zukunftsvisionen wirkten dabei einerseits als Motivation für Berichterstatter und Beobachter der Tagespresse, auf Nuancen und interne Veränderungen zu achten, andererseits machte der Wandel der Artikel über die Europa-Union Relevanzverschiebungen deutlich.

¹⁸⁶ Vgl. Gerhard Brunn, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bonn 2005 (Reihe Schriftenreihe // Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 472). S. 17.

¹⁸⁷ Volker Ackermann, Presseartikel, in: Bernd-A. Rusinek; Volker Ackermann; Jörg Engelbrecht (Hrsg.), Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt Neuzeit, Paderborn 1992 (Reihe UTB für Wissenschaft; Uni-Taschenbücher, Bd. 1674), S. 232–252, S. 251.

¹⁸⁸ Dovifat; Wilke, Zeitungslehre I, S. 17, FN 1e.

4.1 Die Verbandsleitung und ihr Bild in der Presse

4.1.1 Eugen Kogon - Präsident von 1950 bis 1953

Im folgenden Unterabschnitt soll die Europa-Union unter der Führung des Publizisten Eugen Kogon, Herausgeber der einflussreichen Zeitschrift *Frankfurter Hefte*, in der Tagespresse zu Beginn der 1950er Jahre beleuchtet werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den besonders von ihm als prominenten Präsidenten vertretenen Positionen in der Europapolitik sowie der sich verändernden Berichterstattung in Bezug auf ihn selbst, als auch auf seine Positionen ab Januar 1953. Der Wandel in der Art der Darstellung lässt sich zwar in diesem Zeitraum sehr gut an der Person Eugen Kogon festmachen, er betrifft zudem aber auch Teile der von der Europa-Union vertretenen Ideen. Mit den personellen Veränderungen beginnt eine Modifikation der Verbandspolitik und deren Darstellung in der Presse.

Eugen Kogon war zur Zeit der Weimarer Republik bis kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ein rechtskatholischer Anhänger des „Reichsgedankens“ in Österreich gewesen, er vertrat vereinzelt auch antisemitische Ansichten.¹⁸⁹ Nach dem „Anschluss“ Österreichs wurde der mittlerweile gegen den Nationalsozialismus arbeitende Publizist festgenommen und schließlich im Konzentrationslager Buchenwald interniert, wo er einen prägenden Wandel vom Rechts- zum Linkskatholiken vollzog.¹⁹⁰ Dieser Hintergrund und sein Erfolg als Autor des Buches „Der SS-Staat“, welches aus einem Bericht über das Lager Buchenwald hervorging, machten ihn zu einem vielbeachteten Vorkämpfer für die Einigung Europas. Schon in diesem Text vom Herbst 1947 war die Grundüberzeugung des ehemaligen KZ-Häftlings offenkundig. Aus der Erfahrung der Terrorherrschaft des „SS-Staates“ folgte für ihn die Überwindung des Nationalismus in Form einer europäischen Gemeinschaft.¹⁹¹

Die Anerkennung galt für Kogon als Publizist und Präsident der Europa-Union nicht nur in Deutschland, sondern besonders auf internationaler Ebene. Beispielsweise druckte die *Hamburger Freie Presse* anlässlich einer Tagung der Europäischen Bewegung 1951 auf der Titelseite Kogons Konterfei und kurzen Kommentar neben so illustren Namen wie Paul Henri Spaak und Duncan Sandys. Die *Westfälischen Nachrichten* aus Münster druckten seine Klarstellung zu einem Interview mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, obwohl es nicht von ihm,

¹⁸⁹ Karl Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik, Heidelberg 1984 (Reihe Siegen; Germanistische Abt., Bd. 53). Zum Thema Antisemitismus siehe ebd., S. 65-68.

¹⁹⁰ Conze, Das Europa der Deutschen, S. 224-231.

¹⁹¹ Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt a. M. 1959 [1947], S. 409f. Bei der Ausgabe von 1959 handelt es sich um einen bis auf das Vorwort unveränderten Neudruck, siehe ebd., S. V.

sondern von Ernst Friedlaender geführt worden war. Wegen einer missverständlichen Übersetzung hatte die Befragung für Aufregung in Frankreich gesorgt. Im gleichen Artikel vermeldete die Zeitung wie selbstverständlich die Wiederwahl Kogons in den Zentralausschuss des europäischen Dachverbandes UEF.¹⁹² Wichtiger noch als diese internationale Anerkennung war für die Tagespresse das Gewicht, welches die Äußerungen Kogons in seiner Funktion als Präsident der Europa-Union und Vorsitzender des Exekutivkomitees des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung – obwohl dieser ein repräsentatives Gremium war – in der Berichterstattung genossen.¹⁹³ Seine Kritik an der Europapolitik und seine Lösungsvorschläge, die auf einen weitreichenden europäischen Zusammenschluss hinausliefen, nahmen oft die ersten Zeilen entsprechender Artikel ein. Die *Frankfurter Rundschau* gab in der Berichterstattung im Rahmen der genannten Konferenz in Hamburg Kogons Referat wie folgt wieder:

„Er erklärte, daß noch immer viel zu wenig erkannt werde, daß Europa keine Utopie, sondern eine zwingende realpolitische Forderung sei. Die Welt sei heute in Probleme verstrickt, die nur im großen eine Lösung finden könnten.“¹⁹⁴

In diesem Zitat finden sich exemplarisch zentrale Bestandteile der Überzeugungen Kogons, die zu Beginn der 1950er Jahre oft im Zusammenhang mit ihm und der Europa-Union von der Presse wiedergegeben wurden.¹⁹⁵ Zum einen umfassende Kritik an der weltpolitischen Situation, die vom beginnenden Kalten Krieg geprägt war und in der sich die Europäer zwischen den Polen Ost und West befanden. Zum anderen einen „großen“ Lösungsansatz, der eine eigenständige Rolle Europas zwischen den Machtblöcken ermöglichen sollte. Entgegen der obigen Darstellung war diese Überzeugung im Wortsinne „utopisch“, denn sie setzte auf eine nicht – oder zumindest noch nicht – mit der Wirklichkeit vereinbare Lösung der konstatierten europäischen bzw. globalen Probleme. Wenn auch gelegentlich sein Name nach denen bekannter Politiker genannt wurde, seine Zielsetzung für die Europa-Union wurden auch über die Tagespresse weiterverbreitet.¹⁹⁶ Otto Blessing, der Generalsekretär der Europa-Union und enger Vertrauter Kogons, kommentierte gelegentlich selbst das aktuelle Geschehen und

¹⁹² „Sie alle arbeiten für die Einheit Europas“, *Hamburger Freie Presse*, 21.9.1951; „Interview falsch ausgelegt“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 30.4.1952.

¹⁹³ Kogon wurde im Zusammenhang mit dem repräsentativen und exklusiven Rat meist an erster Stelle genannt, z. B.: „Europa-Gespräch in Hamburg“, *Kieler Nachrichten*, 19.9.1951. Zum Rat vgl. Wilfried Loth, *Das Europa der Verbände: Die Europa-Union im europäischen Integrationsprozess (1949-1969)*, in: Jürgen Mittag; Wolfgang Wessels (Hrsg.), „Der kölnische Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 217–236, S. 218f.

¹⁹⁴ „Vereinigung Europas oder Untergang“, *FR*, 21.9.1951.

¹⁹⁵ „Wir wollen Europa endlich einig sehen“, *Frankfurter Neue Presse*, 20.11.1950; Hermann Eibel, „Eindrücke aus Straßburg“, *Allgemeine Zeitung / Neuer Mainzer Anzeiger*, 13.12.1950.

¹⁹⁶ Wichtig waren die prominenteren Namen z. B. beim Bericht über Aktionen in Straßburg, am Sitz der Europarats-Versammlung: „Der letzte Ausweg“, *Frankfurter Neue Presse*, 6.11.1950.

verbreitete so die Forderungen und die Hoffnung der Europa-Union auf die „direkte Demokratie“, auf die „Initiative der freien Verbände und der freien Menschen“.¹⁹⁷

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums wurde die Europa-Union – wie die Beispiele zeigen – vor allem mit dem Namen Kogon in Verbindung gebracht, seine Konzeptionen bestimmten das Presseecho des Verbandes. Wie kam es zum internen Wandel, an deren vorläufigem Schlusspunkt Eugen Kogon als Präsident der Europa-Union zurücktrat?

In der Forschung wird die Ablösung des bekanntesten Mitstreiters der Europa-Union mit seinem Geschäftsgebaren erklärt, welches demnach spätestens im Juni 1953 zur faktischen Arbeits- und Geschäftsunfähigkeit des Bundesverbandes führte.¹⁹⁸ Auch andere Geschäftsbeziehungen Kogons legen einen zumindest unkonventionellen Umgang mit Finanzen im Rahmen seiner zahlreichen publizistischen Projekte schon in früherer Zeit nahe. Bereits 1950 kam es zwischen Kogon und Wilhelm Cornides, dem Herausgeber des Europa-Archivs, einer wissenschaftlichen Dokumentation der Europapolitik, deshalb zum Streit um eine Import-GmbH für ausländische Bücher.¹⁹⁹ Jedoch gibt es auch Erinnerungen eines Europa-Aktivisten, die ihn als „Intellektuellen im Regen“ darstellen.²⁰⁰ Natürlich ließen sich solche Finanzprobleme nicht lange vor der Presse verheimlichen. Karlheinz Koppe behauptet sogar, dass die kritische Vokabel des „Speseneuropäers“ in diesem Zusammenhang aufgetaucht sei.²⁰¹

Dieser Begriff des „Speseneuropäers“ bietet sich als Thema eines kleinen Exkurses an, der auch im Hinblick auf die Rolle von Kritik und Zukunftskonzepten in der Tagespresse aufschlussreich ist. In diesem Zusammenhang wird der Blick teilweise auf Wochenzeitungen erweitert, da insbesondere das konservative katholische Wochenblatt *Rheinischer Merkur* zunehmend Kritik an der Europa-Union und an ihrem Vorkämpfer Eugen Kogon übte. Im Titel eines Artikels der Tagespresse taucht der Begriff im Quellenbestand erstmals am 7. Januar 1953 – also etwas vor dem von Koppe angenommenen Zeitraum – auf und bezog sich nicht so sehr auf Europaverbandsmitglieder, obwohl auch deren interne Zwistigkeiten kritisiert wurden, sondern auf Mandatsträger, die nach Meinung des Kommentators ihrer Hauptaufgabe nicht nachkämen:

¹⁹⁷ Zitate aus: Otto Blessing, „Bedingungen – hier und da“, *FR*, 5.10.1950; Otto Blessing, „Revolution in Raten“, *Stuttgarter Zeitung*, 12.11.1949. Siehe zu diesem Thema im internationalen Kontext auch Unterabschnitt 4.2.1 „Die Aktion Bundespakt – 1950 bis 1953“.

¹⁹⁸ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 323.

¹⁹⁹ Siehe NL Cornides, Ordner „E.[ugen] K.[ogon]“, beispielsweise Wilhelm Cornides an Eugen Kogon, 23.3.1950; Eugen Kogon an Wilhelm Cornides, 13.4.1950.

²⁰⁰ Zitat in: Joseph Rován, *Erinnerungen eines Franzosen, der einmal ein Deutscher war*, Wien 2000, S. 285.

²⁰¹ Koppe, *Das grüne E setzt sich durch*, S. 67.

„Gemeint sind jene Politiker, die unter dem Vorzeichen Europa von Versammlung zu Versammlung reisen und, wie es manchmal scheint, darüber hinaus ihre Hauptaufgabe versäumen, nämlich Gesetzesschöpfer und Volksvertreter in Bonn zu sein.“²⁰²

Koppe erklärt das Aufkommen des kritischen Begriffs in Bezug auf die Verantwortlichen der Europa-Union damit, dass vom Verband versprochene Reisebeihilfen für am „Europäischen Presstreffen“ vom 27. bis 29. April 1953 in Venedig teilnehmende deutsche Journalisten aufgrund der Finanzprobleme des Frühlings 1953 nicht ausgezahlt wurden. Die geschädigten Teilnehmer am Treffen hätten mit dieser Wortschöpfung, welche die mangelnde finanzielle Zuverlässigkeit pointiert beschreiben sollte, Angriffe gegen die Europa-Union und ihren Präsidenten lanciert.²⁰³ Tatsächlich zeigen schon Reportagen direkt von der Veranstaltung ein durchwachsenes Bild, es gibt im umfangreichen Presseecho sowohl eher positive, als auch eher kritische Artikel.²⁰⁴ Dennoch wurden die Verantwortlichen der Europa-Union tendenziell gelobt: „[...] und so klangen auch diese Tage, für die man der ‚Europa-Union‘ Dank wissen muß, in Harmonie aus.“²⁰⁵ Es gab auch Kritik, die nun bereits die „Europa-Experten“ insgesamt einbezog, welche die Kluft zwischen sich selbst und „dem europäischen Volk“ wahrnehmen müssten. Führe die Konferenz in Zukunft nicht zu dieser Einsicht, sei „die Reise, verbunden mit Kraft, Mühe und Arbeitsausfall, vertan.“²⁰⁶

Augenscheinlich versuchte die Pressestelle der Europa-Union zumindest noch bis in den Juli des Jahres 1953 hinein, die Teilnehmer des Presstreffens in ihrer Meinung positiv zu beeinflussen und verwies z. B. auf eine in Kooperation mit dem Kreisverband der Europa-Union herausgegebene „Europa-Seite“ im *Generalanzeiger der Stadt Wuppertal*. Diese habe „bei der Bevölkerung grosse Resonanz gefunden.“²⁰⁷ Doch mit der zumindest in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 weitgehend unmöglichen Pressearbeit der Europa-Union ließen sich kritische Kommentare nicht lange vermeiden. Im Dezember des gleichen Jahres erschien ein Artikel im *Rheinischen Merkur*, der sich explizit auf Eugen Kogon bezog und „Speseneuropäer a. D.“ betitelt war. In dem Text bezog sich der Kommentator, Paul Wilhelm Wenger,

²⁰² „Speseneuropäer“, *General-Anzeiger für Bonn und Umgegend*, 7.1.1953.

²⁰³ Koppe, Das grüne E setzt sich durch, S. 67.

²⁰⁴ Eher positiv z. B.: „Pressekongreß unter der Europa-Fahne“, *SZ*, 29.4.1953; Otto Baumgard, „Noch viel guter Wille erforderlich“, *Essener Allgemeine Zeitung*, 3.5.1953. Eher kritisch beispielsweise Helmuth Meyer-Dietrich, „Der gefährdete Weg nach Europa“, *Berliner Morgenpost*, 3.5.1953; Marcel Schulze, „Das Europa der Experten“, *Frankfurter Neue Presse*, 14.5.1953.

²⁰⁵ Otto Baumgard, „Noch viel guter Wille erforderlich“, *Essener Allgemeine Zeitung*, 3.5.1953.

²⁰⁶ Marcel Schulze, „Das Europa der Experten“, *Frankfurter Neue Presse*, 14.5.1953.

²⁰⁷ Brief der Europa-Union, Presse-Stelle, Peter Beckert, an die Teilnehmer der U.E.F.-Presseseminare in Venedig und Bellagio, 3.7.1953. BPA-DOK, Bestand 103-30.2.5.

auf einen bereits „vor drei Jahren“ veröffentlichten Artikel, in dem der Begriff zum ersten Mal gefallen sei.²⁰⁸

Das geschilderte Beispiel der presseinternen Fortentwicklung des kritischen Ausdrucks „Speseneuropäer“ zeigt meines Erachtens, wie vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Etablierung bestimmter Kritikpunkte und Lösungsvorschläge im Hinblick auf einen europäischen Zusammenschluss tendenziell ein Wandel der spezifischen Kritik von den politisch handelnden Personen in Richtung der „echten Eiferer“²⁰⁹ in der Europa-Union stattfand. Diese Veränderung während der Herausbildung „eines vagen Zielbildes eines Vereinten Europas“²¹⁰ in der Bundesrepublik wurde nicht nur von der Presse verbreitet – wobei es durchaus vereinzelt positivere Stimmen gab – sie wurde auch intern registriert. Letztlich trug sie zu einem Richtungswandel in der Europa-Union bei, auf den im nächsten Unterabschnitt eingegangen wird.

Die finanziell bedingte Arbeitsunfähigkeit, die sich auf die Pressearbeit der Europa-Union negativ auswirkte, beförderte die spekulative Berichterstattung zum Rücktritt Kogons bzw. seinen vom Bundesverband erzwungenen Verzicht auf eine Wiederwahl auf dem Bundeskongress der Europa-Union am 5. Dezember 1953. Der oben erwähnte Kommentar in der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* gehört zum Komplex des ungewöhnlichen Informationsflusses dieser nicht ganz unbedeutenden Neuigkeit. Der Kommentator selbst bezog sich nämlich auf einen Artikel, „Dramatischer Wechsel im Vorstand der Europa-Union“, den der *Weser-Kurier* aus Bremen am 8. Dezember veröffentlicht hatte.²¹¹ Augenscheinlich war diese Meldung aber noch nicht als bestätigt eingestuft. *Die Welt* meldete am gleichen Tag, an dem der *Rheinische Merkur* den Kommentar „Speseneuropäer a. D.“ druckte, unter Berufung auf den Herausgeber der *Frankfurter Hefte*:

„Eugen Kogon wird voraussichtlich im Februar 1954 als Präsident der Europa-Union und des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung zurücktreten. Er begründete seine Absicht am Donnerstag damit, daß er in der nächsten Zeit eine nach seiner Meinung dringend erforderliche Theorie des europäischen Föderalismus ausarbeiten will.“²¹²

Spätestens am Vorweihnachtstag des Jahres 1953 waren dann allerdings die Berichte auf einer – bis in Details der nicht öffentlichen Zusammenkunft erstaunlich einheitlichen – Linie. Die

²⁰⁸ Paul Wilhelm Wenger, „Speseneuropäer a. D.“, *Rheinischer Merkur Koblenz*, 18.12.1953.

²⁰⁹ Helmuth Meyer-Dietrich, „Der gefährdete Weg nach Europa“, *Berliner Morgenpost*, 3.5.1953.

²¹⁰ Loth, *Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik*, S. 77.

²¹¹ Paul Wilhelm Wenger, „Speseneuropäer a. D.“, *Rheinischer Merkur Koblenz*, 18.12.1953.

²¹² „Kogon zieht sich zurück“, *Die Welt*, 18.12.1953. Diese Meldung war sachlich richtig, ließ aber jegliche „Dramatik“ des Rückzugs von Kogon unerwähnt.

Lokalzeitungen *Düsseldorfer Nachrichten* und *Main-Post Würzburg* vermeldeten in teilweise gleichlautenden Berichten, dass Kogon und der damalige geschäftsführende Vizepräsident Otto Blessing zurückgetreten seien und ein dreiköpfiges Direktorium die Geschäftsführung übernommen habe, welches sich aus dem ehemaligen bayerischen Justizminister Josef Müller, dem Publizisten Ernst Friedlaender und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Leverkuehn zusammensetzte.²¹³ Eine leicht abgeänderte und gekürzte Version des Düsseldorfer Berichts findet sich zwei Tage später auch in einer weiteren Düsseldorfer Zeitung.²¹⁴ In einer Pfälzer Lokalzeitung, in der die Vorgänge in Beziehung zum benachbarten Saargebiet gesetzt wurden, erschien der gleiche Bericht mit einem zusätzlichen, kritischen Kommentar erst nach der Jahreswende. Im ersten Absatz des Berichts wurde sowohl auf die *Düsseldorfer Nachrichten*, als auch auf den *Rheinischen Merkur* Bezug genommen.²¹⁵ Noch am 14. Januar 1954 wurde der Amtsverzicht Kogons zum Anlass genommen, einen Kommentar über „Das Dilemma der Halbstaatlichen“ in der Presse zu lancieren. Der anonym bleibende und als „gelegentlicher Mitarbeiter“ vorgestellte Verfasser kam zu dem kritischen Schluss, dass die Frage bliebe, „ob nicht heute in der Bundesrepublik etwas zuviel Vereinspolitik getrieben wird, die statt zu klären und zusammenzuführen, mehr verwirrt und entzweit.“²¹⁶ Auch der erste Düsseldorfer Bericht hatte bereits in einem Absatz auf die kolportierten internen Konfliktlinien verwiesen:

„Wenn man sich auch angesichts dieser Sachlage nicht ganz des Eindruckes erwehren kann, als seien persönliche Feindschaften mit die Ursache für die Anti-Kogon-Kampagne, so ist es doch unbestreitbar, daß die Finanzmanipulationen Kogons bereits soviel internen Staub aufgewirbelt haben, daß sich auch die Union Europeenne des Federalistes (UEF) veranlaßt sah, in die Auseinandersetzungen einzugreifen.“²¹⁷

Vanessa Conze sieht den Auslöser für die Finanzkrise in der Tatsache, dass das „American Committee of European Integration“ 1952 die finanzielle Unterstützung der Europa-Union einstellte. Hinter dem Komitee stand der US-amerikanische Geheimdienst CIA, der in der Konstellation des Kalten Krieges keinerlei Konzepte finanzieren wollte, die von einer Überbrückung des Gegensatzes zwischen östlicher und westlicher Welt in Europa ausgingen.²¹⁸ Diese Hintergrundinformation wurde damals nur andeutungsweise von der Presse kolportiert. Im Artikel „Dilemma der Halbstaatlichen“ schreibt der Kommentator:

²¹³ „Europäer und Manager“, *Düsseldorfer Nachrichten*, 23.12.1953; „ ‚Unternehmer‘ Kogon“, *Main-Post Würzburg*, 23.12.1953.

²¹⁴ „Sagten Europa und meinten Geld“, *Der Fortschritt Düsseldorf*, 25.12.1953.

²¹⁵ „Entlarvte Spesen-Europäer“; „Die Wünschelrute schlug nicht aus“, *Deutsche Saarzeitung Bad Kreuznach*, Januar 1954; das genaue Datum ist auf der Mikroverfilmung des Quellenbestands nicht zu erkennen.

²¹⁶ „Das Dilemma der Halbstaatlichen“, *Hamburger Anzeiger*, 14.1.1954.

²¹⁷ „Europäer und Manager“, *Düsseldorfer Nachrichten*, 23.12.1953.

²¹⁸ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 323.

„Amerikanischerseits hingegen erfolgten Zuweisungen nur namentlich an eine bestimmte Vertrauensperson, die dann ihrerseits wie wohl auch im Falle der Europaunion als Geldgeber auftritt. Die bis nach Paris [in die Zentrale der UEF, J. G.] reichende Vertrauenskrise um Professor Kogon dürfte nach Ansicht seiner Mitarbeiter vor allem auf diesen Punkt zurückgehen, weil außer ihm selbst niemand die genaue Höhe und den Rhythmus solcher Zahlungen kennen kann.“²¹⁹

Dieser Hinweis kann sich jedoch auch auf die US-amerikanische Hochkommission beziehen, die finanzielle Unterstützung ebenfalls von einem Abtreten des bekannten Präsidenten abhängig machte.²²⁰ Die kritische Haltung Eugen Kogons gegenüber der bürgerlichen, nationalstaatlichen „Restauration“, sein Eintreten für eine eigenständige europäische Föderation war nicht im Sinne dieser ehemaligen Förderer.²²¹ An dieser Kritik muss wiederum bemängelt werden, dass trotz der festgeschriebenen parteipolitischen Unabhängigkeit der Europa-Union das Verhältnis von europäischer Föderation und Nationalstaaten einem weltanschaulich geschlossenen Gesellschaftsbild entsprang.²²² Die Rolle der Vereinigten Staaten als „Geburtshelfer Europas“, der nicht nur auf die französische und bundesdeutsche Regierung Druck ausübte, um einen verbündeten westeuropäischen Zusammenschluss zu erlangen²²³, wurde in diesem Zusammenhang von der Presse unterschätzt, auch weil die Europa-Union möglichst wenig Informationen nach außen dringen lassen wollte.²²⁴

Es dauerte einige Zeit, bis sich die Presse nach dem Verwehen des internen Staubes wieder orientierte und sich damit die Pressereaktionen auf die Europa-Union weiter wandelten. Natürlich vernachlässigte die Berichterstattung die Grundpositionen und Kritikpunkte des Verbandes nicht vollständig, aber die Stimmen der Europa-Union veränderten sich. Im Fall des wichtigen politischen und aktuellen Ereignisses des Aufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 hatte der Hauptverband keinerlei Stellungnahme abgegeben.²²⁵ Dabei hatte das Thema in deutschen Zeitungen zu einer Infragestellung der europäischen Integration, insbesondere der EVG geführt. Die *Süddeutsche Zeitung* z. B. hoffte nach den Unruhen, Moskau würde die

²¹⁹ „Das Dilemma der Halbstaatlichen“, *Hamburger Anzeiger*, 14.1.1954.

²²⁰ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 324.

²²¹ Zum Begriff der „Restauration“ der wichtige Artikel „Die Aussichten der Restauration – über die gesellschaftlichen Grundlagen der Zeit“, *Frankfurter Hefte* vom März 1952, abgedruckt in: Eugen Kogon, Eugen Kogon – ein politischer Publizist in Hessen. Essays, Aufsätze und Reden zwischen 1946 und 1982, herausgegeben von Hubert Habicht, Frankfurt a. M. 1982, S. 238-254, bes. S. 248 u. 253f.

²²² Vgl. Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 319-321. Dort auch Nachweise zu erster interner Kritik an Kogons Linkskatholizismus. Siehe auch Sander, *Die Europa-Union Deutschland von 1949-1957*, S. 100, bes. FN 100 mit weiteren Nachweisen zu Kogons Haltung dem westlichen System gegenüber.

²²³ Beate Neuss, *Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945-1958*, Baden-Baden 2000, S. 224.

²²⁴ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 324, FN 140. Bei dem von Conze dort zitierten Artikel in der Zeitung *Die Welt* ist das genannte Datum 6.1.1953 unwahrscheinlich, vermutlich ist das Jahr 1954 gemeint. Die in diesem Zusammenhang zitierte Begründung für Kogons Abtreten wurde gleichlautend in der genannten Meldung am 18.12.1953 veröffentlicht, „Kogon zieht sich zurück“, *Die Welt*, 18.12.1953.

²²⁵ Koppe, *Das grüne E setzt sich durch*, S. 67.

diskreditierte Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) fallen lassen und machte nach der Stabilisierung des SED-Regimes dem Westen Vorwürfe, nicht eindringlicher auf Neuwahlen in der DDR gedrungen zu haben.²²⁶ In dieser kritischen Phase befanden sich andere Führungsmitglieder der Europa-Union bereits auf der Suche nach einem neuen Sprachrohr für den Verband. Eugen Kogon blieb zwar publizistisch aktiv und erweiterte seinen Wirkungsbereich auf das neue Medium Fernsehen. Er übernahm beispielsweise von 1964 bis 1965 die Redaktionsleitung des Magazins „Panorama“. Dort knüpfte er thematisch an seinen ersten großen Erfolg im Nachkriegsdeutschland an und trug dazu bei, dass Thema der nationalsozialistischen Verbrechen und der Belastung weiter Kreise der bundesrepublikanischen Gesellschaft publik zu machen.²²⁷ Auch in einer wichtigen Ansprache erinnerte er:

„Faschistische Überreste wirken vergiftend nach, [...] treiben in der Dialektik der Machtauseinandersetzung unter der Losung, daß es den Schutz der Freiheit gelte, autoritäre Gegenideologien hervor [...].“²²⁸

In der Autobiographie eines Freundes Eugen Kogons heißt es, dieser habe die persönlichen Schulden, die ihm durch sein Scheitern als Präsident der Europa-Union entstanden, nur durch die guten Honorare für Fernsehsendungen im Laufe von Jahrzehnten zurückzahlen können.²²⁹ Für die Europa-Union als einflussreicher Verband in der Diskussion um die deutsche Europapolitik sollten dagegen nun andere sprechen. Zu ihnen zählte auch der zukünftige Schatzmeister und spätere Präsident der Europa-Union, der Bankier Friedrich Carl von Oppenheim. Außerdem engagierte sich Ernst Friedlaender, wie Kogon bekannter Publizist und ehemaliger Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*. Aus diesen internen Entwicklungen ergaben sich Reaktionen, welche die zweite Hälfte des Untersuchungszeitraumes kennzeichnen.

²²⁶ Uta Hallwirth, *Auf der Suche nach einer neuen Identität? Zum nationalen Selbstverständnis in der westdeutschen Presse 1945 – 1955*, Frankfurt a. M., Bern, New York u. a. 1987 (Reihe Erlanger historische Studien, 13), S. 254-256.

²²⁷ Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 270f., 303, 341;

²²⁸ *Auschwitz und eine menschliche Zukunft*, Rede zum Buß- und Bettag 1964 in der Frankfurter Paulskirche, abgedruckt in: Kogon, *Eugen Kogon – ein politischer Publizist in Hessen*, S. 100-111, S. 104.

²²⁹ Allerdings nimmt Rovon zum Vorwurf, Kogon hätte private und Verbandsgeschäfte vermischt, keinerlei Stellung. Rovon, *Erinnerungen eines Franzosen, der einmal ein Deutscher war*, S. 285.

4.1.2 Ernst Friedlaender – Präsident von 1954 bis 1957 und Friedrich Carl von Oppenheim – Präsident ab 1958

Die wichtigste Phase für die einschneidenden Veränderungen in der Europa-Union bildet die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst des Jahres 1954. Dieser Zeitabschnitt ist begrenzt durch den endgültigen Rücktritt Eugen Kogons und die Wahl Ernst Friedlaenders zum Präsidenten der Europa-Union. Im Folgenden soll sowohl auf die Hintergründe dieses internen Macht- und Richtungswechsels, als auch auf seinen direkten und zeitverzögerten Niederschlag in der Presse eingegangen werden. Betrachtet man diese Aspekte im Zusammenhang mit den geschilderten Rahmenbedingungen und Kontinuitäten in der Berichterstattung über die Europa-Union, wird ein Teil des Wandels in der Berichterstattung, auch im Hinblick auf einige Kritikpunkte und Zukunftskonzepte, erkennbar. Die Leitfrage dieses Unterabschnitts lautet daher: Wie veränderte sich die Berichterstattung, welche Hintergründe wurden reflektiert und welche Hypothesen lassen sich aus diesen Veränderungen ziehen?

Auffällig ist, dass bereits kurze Zeit nach den aufgeregten Presseberichten zu Eugen Kogons faktischem Rücktritt pressewirksam aus Landesverbänden die Forderung erhoben wurde, die Europa-Union solle sich insgesamt verstärkt mit wirtschaftlichen Themen beschäftigen. So forderte der ehemalige bayerische Staatsminister Josef Müller auf der Jahresversammlung des hessischen Landesverbandes, „daß Wirtschaft und Industrie stärker als bisher zur Mitarbeit in der Europaunion [heranzuziehen seien.]“²³⁰ Auch der niederländische Sozialist Mozer forderte bei einem „europäischen Omelett-Essen“ des Europa-Union-Kreisverbandes der Grenzstadt Bocholt, die wirtschaftliche Einigung Europas nicht aus den Augen zu verlieren.²³¹ Bereits früh wurde allerdings auch über vereinzelte Gegenstimmen berichtet, so über die Mahnung des Vorsitzenden des hessischen Landesverbandes, Hans Albert Kluthe, die Europa-Union müsse eine unabhängige „politische Bewegung“ bleiben.²³² Doch zeigt die Wortwahl, dass sich die Europa-Union zu dieser Zeit in einem Wandlungsprozess befand, der bereits von der Presse registriert wurde.

Auch die vereinsrechtliche Bestätigung des Rücktritts Eugen Kogons und die damit verbundene Neuwahl des CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Leverkuehn auf dem Jahres-

²³⁰ „Europabewegung soll sich mehr mit Wirtschaftsfragen befassen“, *Frankfurter Neue Presse*, 8.3.1954.

²³¹ „Jeder gab ein Ei dazu“, *Neue Rhein-Zeitung Köln*, 31.5.1954.

²³² „Avantgarde Europa-Union“, *FAZ*, 12.7.1954. Zu Kluthe siehe auch Conze, *Das Europa der Deutschen*, bes. S. 248-259.

kongress der Europa-Union am 2. Mai 1954 brachte weitergehende Veränderungen der internen Struktur des Verbandes mit sich. So schrieben die *Aachener Nachrichten*, es sei

„bezeichnend für die zukünftige konsolidierte Form der ‚Europa-Union‘, daß einer der führenden Privatbankiers in der Bundesrepublik Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim (Köln) als Vizepräsident das Amt des Schatzmeisters der ‚Europa-Union Deutschland e.V.‘ übernommen hat.“²³³

Andere Artikel beschrieben lediglich die neuen Personen und die neue Struktur des Verbandes²³⁴ oder kommentierten eher skeptisch, dass die „Freude an Europa“ schon größer als gegenwärtig gewesen sei.²³⁵ In einem sehr kritischen Bericht mit der Unterüberschrift „Keine zehn Minuten für Europa“ prangerte die *Kölnische Rundschau* das gegenseitige Misstrauen der Delegierten an.²³⁶

Hier zeigt sich, dass die neue Organisation des Verbandes auf Bundesebene mit einem engeren und einem erweiterten Präsidium und auch die stärkere Einbindung von Wirtschaft und Industrie, wie sie zuvor schon gefordert worden war, im Zusammenhang mit der wahrgenommenen Verschlechterung der europapolitischen Rahmenbedingungen eher abwartend bis alarmiert kommentiert wurde.²³⁷ Der Blickwinkel der Presse auf die Verbandsaktivitäten änderte sich in dieser Orientierungsphase, was nicht zuletzt mit der personellen Neuaufstellung zu tun hatte.

Während nämlich der genannte Privatbankier Friedrich Carl von Oppenheim nach seiner Wahl zum Schatzmeister verstärkt die finanzielle Sanierung der Europa-Union vorantrieb, war er gleichzeitig einer der Gründerväter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Diese bildete eine Plattform, aus deren Personenkreis sich auch die weitere personelle Neuaufstellung der Europa-Union maßgeblich speisen sollte.²³⁸

Beispielsweise unterstützten die konservativen Professoren Hans Rothfels und Arnold Bergstraesser schon früh die DGAP, Bergstraesser wurde mehr und mehr auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen von Veranstaltungen der Europa-Union aktiv.²³⁹ Beide Intellektuellen waren durch die Emigrationserfahrung in den USA zu konservativen Unterstützern der jungen

²³³ „Ein ‚Europa‘ ohne Zynismus“, *Aachener Nachrichten*, 6.5.1954.

²³⁴ „Europa zu lebendiger Kraft wachsen lassen“, *Kölner Stadt-Anzeiger*, 3.5.1954.

²³⁵ „Europäische Antreiber“, *Weser-Kurier Bremen*, 5.5.1954.

²³⁶ „Keine zehn Minuten für Europa“, *Kölnische Rundschau*, 9.5.1954.

²³⁷ Zur neuen organisatorischen Struktur siehe Ruppert, Die Europa-Union Deutschland, S. 31-44; Koppe, Das grüne E setzt sich durch, S. 71, FN 1.

²³⁸ Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955-1972, München 1999 (Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Bd. 66), S. 62-81; Conze, Das Europa der Deutschen, S. 335.

²³⁹ Siehe z. B. „Wahlergebnis stärkt Hoffnung auf Europa“, *Mannheimer Morgen*, 14.9.1953.

Bundesrepublik geworden.²⁴⁰ Zwar spiegelten sich diese Entwicklungen zu einer stärker konservativ-wirtschaftlichen Basis der Europa-Union nicht in gleicher Weise in der Berichterstattung der Tagespresse wieder wie die offenkundigeren organisatorischen Umstrukturierungen. Doch die von Anfang an sichtbare personelle Neugestaltung in der Umstrukturierung wurde mit anders gelagerter Kritik und anderen Zukunftsprognosen bzw. Erwartungen an die Europa-Union verbunden. Der Verband näherte sich mit den eher atlantisch orientierten Europa-Aktivisten auch der Grundorientierung der Presselandschaft der 1950er Jahre an.

Dies lässt sich bis hinein in die Lokalberichterstattung über Aktionen der Kreisverbände schon im Vorfeld des Jahreskongresses in Köln verfolgen. Zum Beispiel beendete der *Mannheimer Morgen* einen Artikel über das „Europäische Gespräch an der Bergstraße“ mit dem „optimistischen Ausblick“, dass die Vereinigung Europas langsam aber sicher kommen werde. Explizit wurde der Ansatz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie er in der BeNeLux-Gemeinschaft beschritten werde, als Erfahrungswert genannt.²⁴¹ Diese anders akzentuierten Erfahrungsräume und daraus folgenden Ansätze für Kritik und Zukunftserwartungen im europäischen Kontext sollten sich nach der Orientierungsphase noch stärker bemerkbar machen. Doch die Maxime des neugewählten Präsidenten Leverkus, „praktische Arbeit“ zu leisten, wurde zeitnah interpretiert und kritisiert.²⁴² Die Präsidiums-Aufnahme von Persönlichkeiten wie Ernst Friedlaender, Wilhelm Beutler, Otto Bach, Hans Albert Kluthe, Friedrich von Oppenheim und Dieter Roser, die zwar nicht „parteilich über Gebühr abgestempelt“ waren, aber doch dem außenpolitischen Kurs der Westbindung deutlich aufgeschlossener gegenüberstanden, als es die Europa-Union unter Eugen Kogon gewesen war, wurde in ihrer Tragweite eher unterschätzt.²⁴³ Der *Kölner Stadt-Anzeiger* berichtete in diesem Zusammenhang zwar von der Aufnahme von „Hauptgeschäftsführer Dr. Wilhelm Beutler“ in das engere Präsidium, erläuterte aber nicht näher, dass es sich um den Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) handelte, immerhin einer

²⁴⁰ Zur Bedeutung dieser Wissenschaftleremigranten für die bundesdeutsche Demokratie Arnd Bauerkämper, Demokratie als Verheißung oder Gefahr? Deutsche Politikwissenschaftler und amerikanische Modelle 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre, in: Ders.; Konrad Jarausch; Marcus M. Payk (Hrsg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970*, Göttingen 2005, S. 253-280, S. 259-265. Zur Bedeutung des Exils siehe Schilmar, *Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933-1945*.

²⁴¹ „Entscheidende Aufgabe: die Grundlagen der Politik Europas ändern“, *Mannheimer Morgen*, 22.3.1954. Weniger stark machte diesen Aspekt der Diskussionsrunde der Artikel der *Frankfurter Neuen Presse*: „Vier im europäischen Gespräch“, *Frankfurter Neue Presse*, 22.3.1954.

²⁴² „Europäische Antreiber“, *Weser-Kurier Bremen*, 5.5.1954.

²⁴³ „Europa zu lebendiger Kraft wachsen lassen“, *Kölner Stadt-Anzeiger*, 3.5.1954 (Zitat ebenda); „Ein ‚Europa‘ ohne Zynismus“, *Aachener Nachrichten*, 6.5.1954.

der wichtigsten Wirtschaftsverbände in der frühen Bundesrepublik. Im ausführlichen Bericht der *Aachener Nachrichten* fehlt diese Information völlig.²⁴⁴

Neben der Wahl Paul Leverkuehns war der Zeitraum vom Frühling bis zum Herbst 1954 gekennzeichnet durch seinen baldigen Rücktritt aufgrund der Folgen eines Autounfalls und Vorwürfen aus der DDR von Otto John, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die auf Leverkuehns Rolle im Nationalsozialismus abzielten. In der Presse wurde über diese Ereignisse zumeist nur sehr zurückhaltend und knapp berichtet, der unerwartete Rücktritt wurde häufig mit dem Verweis auf „Gesundheitsgründe“ erklärt.²⁴⁵ Auf einer Veranstaltung des Bundes Europäischer Jugend kommentierte dessen Vorsitzender Wolfgang Kanngießer zwar den „Fall John“, ohne dass dies in der Berichterstattung der Lokalzeitung jedoch mit dem damals noch amtierenden Präsidenten der Europa-Union Paul Leverkuehn verbunden wurde.²⁴⁶

Durch den in zwei Stufen erfolgenden Aufstieg des Publizisten Ernst Friedlaender geriet dieser zum Ende des besagten Zeitraumes mehr in den Fokus der Tagespresse. Im Juli zog der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung in Düsseldorf eine „europäische Bilanz 1954“, in der Friedlaender, noch als Vertreter der Publizistik, „neue Wege“ in der Europapolitik anmahnte.²⁴⁷ Bereits im September wurde er zum Präsidenten des Rates gewählt. Die Presse klärte aus diesem Anlass kurz über das Selbstverständnis des Rates als ein Gremium führender „Politiker und Vertreter des öffentlichen Lebens und der europäischen Organisationen“ auf.²⁴⁸ Als direkt danach der Rücktritt Paul Leverkuehns bekannt wurde, gab es anfangs noch Spekulationen, ob der ehemalige bayerische Staatsminister Josef Müller sein Nachfolger werde, dann schien durch dessen Verzicht auf eine Kandidatur die Wahl vorab für Friedlaender entschieden.²⁴⁹

„Der dramatischste Wahlgang, der je in der Europa-Union stattgefunden hat“, von dem Koppe zu berichten weiß²⁵⁰, fand wenig Niederschlag in den Zeitungsberichten über den VII. Ordent-

²⁴⁴ Ebd. Zur Bedeutung des BDI vgl. Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 43-50.

²⁴⁵ „Leverkuehn zurückgetreten“, *Die Welt*, 14.9.1954; „Europa-Union sucht Präsidenten“, *SZ*, 17.9.1954. Zu den Vorwürfen gegen Leverkuehn: Koppe, Das grüne E setzt sich durch, S. 72.

²⁴⁶ „Die Fahne allein genügt für die Europa-Idee nicht“, *Passauer Neue Presse*, 26.8.1954.

²⁴⁷ „Nur neue Wege führen zum Ziel“, *Frankfurter Neue Presse*, 12.7.1954; „Europäische Bilanz 1954“, *FR*, 13.7.1954.

²⁴⁸ „Deutscher Rat der Europäischen Bewegung“, *Stuttgarter Zeitung*, 13.9.1954; unter dem gleichen Titel veröffentlichte am selben Tag auch die *Frankfurter Neue Presse* eine kürzere Meldung. Norbert Frei meint allerdings, Friedlaender sei schon im Jahr 1953 Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung gewesen. Frei, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze, S. 30.

²⁴⁹ „Europa-Union sucht Präsidenten“, *SZ*, 17.9.1954; „Europa-Union wählt neuen Präsidenten“, *SZ*, 21.10.1954.

²⁵⁰ Koppe, Das grüne E setzt sich durch, S. 73. Gegen Friedlaender wurde zuerst der damalige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Kurt-Georg Kiesinger, aufgestellt. Nach dessen Rückzug wurde in Abwesenheit Bundestagsvizepräsident Max Becker ins Rennen geschickt, der in der Abstimmung unterlag.

lichen Kongress der Europa-Union vom 29. bis 31. Oktober 1954 in Hannover. Die Kampfabstimmung und auf die Wahl zum Präsidenten folgende Ansprache Ernst Friedlaenders wurden meist nur als Information über die Wahl an sich vermeldet. Den profilierten ausländischen Gästen, allen voran Robert Schuman, wurde hingegen größerer Raum gewidmet.²⁵¹ Die Einheitlichkeit dieser Tatsache lässt auch hier auf eine relativ restriktive Informationspolitik des Verbandes im Hinblick auf interne Veränderungen schließen, ähnlich wie im vorherigen Unterabschnitt beschrieben. Doch auch die für die Öffentlichkeit bestimmten Informationen lösten einen Wandel in der Berichterstattung der Tagespresse über die Europa-Union aus.

Neben Ernst Friedlaender, auf den im Anschluss detailliert eingegangen wird, wurde dieser Wandel besonders durch die Berücksichtigung Wilhelm Beutlers bestimmt. Wie beschrieben, bildete der Hauptgeschäftsführer des BDI seit dem Frühling 1954 das Bindeglied zwischen Europa-Union und dem Industrie-Verband. Mit der Wahl Ernst Friedlaenders wurde auch seine Stimme noch mehr durch die Presse verbreitet. Gut sichtbar macht dies ein Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zum Kongress in Hannover, der sich ausschließlich mit dem Referat des Hauptgeschäftsführers des BDI beschäftigte. Ausführlich wurden hier wirtschaftspolitische Argumente gegen eine „Integration in größerem Umfang“ aufgeführt.²⁵² Auch in der weiteren Berichterstattung der Tagespresse im Untersuchungszeitraum ist diese herausragende Rolle Beutlers als wichtigstem in der Europa-Union engagierten Industriellen-Vertreter offenkundig.²⁵³ Wie der Artikel in der *FAZ* deutlich macht, übernahm die Europa-Union mit ihm einen spezifischen, wirtschaftsliberalen Ansatz in der Beurteilung der europapolitischen Entwicklungen. Das vorherrschende Interesse im Verband war eine Liberalisierung und Intensivierung des Warenverkehrs in Europa, ohne sich jedoch von einer „kleineuropäischen“ Behörde bevormunden zu lassen. Diese Veränderungen der verbandseigenen Ideen, besonders im Hinblick auf eine Kritik der Fortsetzung der „méthode Monnet“ und der Forderung nach einer Handelsliberalisierung im „Gemeinsamen Markt“, deckten sich dabei weitgehend mit den Vorüberlegungen zu einer weiteren Wirtschaftsintegration, wie sie im Bundeswirtschaftsministerium angestellt wurden.²⁵⁴

²⁵¹ „Europäertum ist kein Modeartikel“, *Hamburger Fremdenblatt*, 30.10.1954; „Kongreß der Europa-Union“, *FR*, 1.11.1954; „Miß Josefy ist von den Deutschen entzückt“, *Weser-Kurier Bremen*, 2.11.1954; „Für den Zusammenschluß Europas“, *SZ*, 2.11.1954; „Der Weg nach Europa ist nicht versperrt“, *NZ*, 3.11.1954.

²⁵² „Deutschland hält am Schuman-Plan fest“, *FAZ*, 1.11.1954.

²⁵³ Z. B. „Schon vor zehn Jahren kamen Europa-Freunde zusammen“, *Schwäbische Landeszeitung / Augsburgische Zeitung*, 9.11.1956, „Europa-Verträge mit Leben erfüllen“, *Bremer Nachrichten*, 18.1.1958. Vgl. Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 333.

²⁵⁴ Rhenisch, *Europäische Integration und Industrielles Interesse*, S. 86-87.

Insgesamt verkörperte niemand diesen – nicht nur in Bezug auf die Wirtschaft spürbaren – Wandel so deutlich wie Ernst Friedlaender, der in Hannover neu gewählte Präsident der Europa-Union. Sein besonderes Gewicht in der bundesdeutschen Publizistik als einer der ersten Leitartikler der damals schon bekannten Wochenzeitung *Die Zeit* ließ ihn bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraumes zu einer wichtigen Figur im Umgang der Europa-Union mit der Presse werden. Sein Unterliegen im redaktionsinternen Konflikt gegen den mehr und mehr nach rechts rückenden Chefredakteur Richard Tüngel im Mai 1950 schmälerte seinen Einfluss nicht.²⁵⁵ Er bestritt z. B. die Pressekonferenz zur internationalen Tagung „Deutschland und Europa“ 1951 mit dem damaligen Vizepräsidenten der Europa-Union, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Spiecker.²⁵⁶ Friedlaender nutzte seine nach Ende des Engagements bei der Wochenzeitung auch in der Tagespresse erscheinenden Kommentare, um seine eigene Überzeugung in Bezug auf Europa auszudrücken. Die genannte Tagung, auf der er auch ein Leitreferat hielt, nahm er beispielsweise zum Anlass, für die Westbindung der Bundesrepublik einzutreten:

„Nicht die Teilung Deutschlands, nicht eine etwaige Möglichkeit deutscher Neutralität, nicht eine etwa noch vorhandene Chance Deutschlands, zwischen Ost und West zu wählen oder zwischen Ost und West zu schaukeln, trennen uns von dem übrigen Europa [...]. Politische Wirklichkeit und Notwendigkeit weisen beide eindeutig in die Richtung einer echten deutschen Partnerschaft mit dem Westen, einer Partnerschaft in Freiheit.“²⁵⁷

In dieser Passage finden sich zentrale Grundannahmen, welche die Haltung Friedlaenders charakterisieren und mit seiner Wahl zum Präsidenten der Europa-Union Bedeutung für den Wandel der verbandseigenen Ideen wie auch für entsprechende Pressereaktionen erlangten. Zum einen kritisierte er jegliches deutsche Zögern bei einer pragmatischen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den westlichen Nachbarn. Zum anderen gab es für ihn keine andere Lösung der deutschen Probleme als eben jene Partnerschaft mit dem Westen, was auch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich einschloss.

Ein weiteres prägendes Element, welches in engem Zusammenhang mit den beschriebenen Grundannahmen steht, war seine große Übereinstimmung und sein persönlicher Bezug zu

²⁵⁵ Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 129. Zu Friedlaenders Rolle in der Zeit-Redaktion auch Frei, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze, S. 14-28. Zu Friedlaenders Rolle in der Europa-Union sind leider keinerlei aktuelle Forschungen zu erwarten, speziell unter dem Gesichtspunkt der „Westernisierung“ der Bundesrepublik beschäftigt sich derzeit Christian Haase mit dem Publizisten. Gemeinsam mit Axel Schildt (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg) untersucht er zudem die Rolle der Wochenzeitung *Die Zeit* in der Bonner Republik.

²⁵⁶ „Internationale europäische Bewegung diskutiert über „Deutschland und Europa“, *NZ*, 8.9.1951.

²⁵⁷ Ernst Friedlaender, „Europa in Hamburg“, *Stuttgarter Nachrichten*, 22.9.1951.

Bundeskanzler Konrad Adenauer und dessen europäischer Außenpolitik der frühen 1950er Jahre. Nach einem bekannten „Interview“ mit dem Kanzler für die Zeit, dass in Wahrheit von Friedlaender allein verfasst worden war, führte der Publizist noch zahlreiche weitere und ließ sich in dieser Position als „Kanzler-Interviewer“ auch mit dem europäischen Dachverband der Europa-Union in Verbindung bringen. In einem nach dem Tode Adenauers veröffentlichten autobiographischen Bericht beschrieb Friedlaender sein erstes „Interview“ im absoluten Provisorium der jungen Bundesrepublik als Möglichkeit, seinen eigenen europapolitischen Entwurf zu einer Erklärung des Regierungschefs zu machen.²⁵⁸ Die größere Übereinstimmung mit der Europapolitik des Kanzlers ließ die Wahl Friedlaenders zum Präsidenten der Europa-Union zu einem Einschnitt in der Berichterstattung zum Verband werden. Kritikpunkte und Lösungsvorschläge zur Europapolitik wurden tendenziell deckungsgleicher mit der offiziellen Regierungspolitik. Damit verschob sich hier der Blickwinkel, mit der geschilderten größeren Rolle der Vertreter der Wirtschaft, insbesondere auf ökonomische Detailfragen der europäischen Einigung.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass sich unmittelbar nach Friedlaenders Wahl seine Idee von der besten politischen Taktik zur Erreichung des strategischen Ziels der Westbindung immer mehr von der Adenauers unterschied, was schließlich im Sommer 1956 auch Niederschlag in Pressekommentaren des Publizisten fand. Mit Norbert Frei kann die Vermutung angestellt werden, dass diese offenen Differenzen über die rechte Taktik in der Europapolitik zum Abschied Friedlaenders vom Präsidentenamt der Europa-Union 1957 beitrugen.²⁵⁹

Die zu verfolgende Strategie stand für die Europa-Union unter ihm und unter seinem Nachfolger, Friedrich Carl von Oppenheim, jedoch fest: Die klare Orientierung in Richtung der westlichen Partner der Bundesrepublik, mit dem besonderen Augenmerk auf der Aussöhnung mit Frankreich.

In der Presse wurden auch mit diesem Führungswechsel Akzentverschiebungen in der Politik des Verbandes angenommen, was sich schon aus den unterschiedlichen Biographien des Publizisten Friedlaender und des Bankiers von Oppenheim ergab. So analysierte *Die Welt* den X. Jahreskongress der Europa-Union im Januar 1958 in Bremen, auf dem der neue Präsident

²⁵⁸ „Interview falsch ausgelegt“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 30.4.1952. Zum ersten Kanzler-„Interview“ Friedlaenders vom Herbst 1949 siehe Norbert Frei; Franziska Friedlaender (Hrsg), Ernst Friedlaender: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946-1950. München, Wien 1982, S. 244-256 (dort auch ein Abdruck, gekürzt ebenfalls abgedruckt in der Sonderbeilage „60 Jahre die Zeit – 60 Jahre Zeitgeschichte 1946 bis 2006. Erster Teil 1946-1966“, *Die Zeit*, Februar 2006, S. 46).

²⁵⁹ Die Bemerkungen des vorangegangenen Absatzes beruhen auf der Darstellung von Frei, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze, S. 31.

offiziell gewählt wurde, als eine interne Verlagerung des „Schwergewichts“ im Verband zur „weltwirtschaftlichen Seite“.²⁶⁰ Spätestens mit dieser personellen Veränderung wurden die erwähnten internen Verbindungen mit Industrie und Wirtschaft offenkundig.

Die Wirtschaftsexperten der Europa-Union, allen voran Wilhelm Beutler, vertraten eine besonders „weltwirtschaftliche“ Sicht, was sich zunehmend in der Berichterstattung wiederfand. Auf dem wirtschaftspolitischen Referat des gleichen Jahreskongresses forderte Beutler unter anderem, um die gerade in Kraft getretene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft müsse eine europäische Freihandelszone geschaffen werden, dies müsse wiederum vor einem politischen Hintergrund geschehen: „Die Einordnung Europas in die übergreifende atlantische Gemeinschaft sei ein Gebot der Stunde und eine Forderung der politischen Vernunft.“²⁶¹ Solche Forderungen wurden in vielen anderen Berichten über den Jahreskongress ebenfalls ausführlich wiedergegeben.²⁶² Sie sind beispielhaft für den immer größeren Raum, den die wirtschaftspolitischen Ansätze seit der Präsidentschaft Friedlaenders und verstärkt seit dem offiziellen Antritt seines Nachfolgers in der Presse einnahmen. Zwar wurden von der Europa-Union auch in zahlreichen anderen Themen – genannt seien hier nur die Schulbildung, insbesondere die „europäische“ Ausbildung der Geschichtslehrer und die Rolle der Frauen in der Herausbildung eines „europäischen Bewusstseins“ – in der Presse lanciert, doch ist ein „weltwirtschaftlicher“ Fokus in jenen Jahren unverkennbar.²⁶³ Dies zeigt sich auch in der Beschäftigung mit einem auf den ersten Blick anders gelagerten und zudem durch die beginnende Dekolonisation aktuelleren Thema wie der Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent.²⁶⁴ Gerade bei internationalen Zusammenkünften, die ein größeres Presseecho auslösten, scheinen die Kernpunkte zwar weiterhin die kontinuierlich geforderten zu sein, doch spielen hier besonders die ausländischen Gäste eine Rolle. Die medienwirksamsten Führungsmitglieder, Wilhelm Beutler und Friedrich Carl von Oppenheim, stellten meist dezidiert wirtschaftspolitische Forderungen.²⁶⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz einer Themenerweiterung nach einer Orientierungsphase der Europa-Union diese auch in der Presse immer stärker mit ihrer wirtschafts-

²⁶⁰ Gerhard Mielau, „Europäische Wirtschaftspolitik“, *Die Welt*, 20.1.1958.

²⁶¹ „Europa-Verträge mit Leben füllen“, *Bremer Nachrichten*, 18.1.1958.

²⁶² „Jetzt rasch die Freihandelszone“, *FAZ*, 18.1.1958; „Zehnter Kongreß der Europa-Union“, *SZ*, 18.1.1958; „Wirtschaftliche Gemeinschaft erfordert politische Einheit“, *Weser-Kurier Bremen*, 18.1.1958; „Europa kann keine ‚Dritte Kraft‘ sein“, *Rheinische Post Düsseldorf*, 18.1.1958.

²⁶³ Beispiele für Pressereaktionen auf die Themen Geschichtsdidaktik und weibliches Europaengagement: „Neue Aufgaben der Europa-Union“, *Kieler Nachrichten*, 13.8.1954; „Europa-Spielzeug‘ gefordert“, *Tagesspiegel*, 20.4.1956; „Im Mittelpunkt der Europagedanke“, *Westfälische Rundschau Dortmund*, 3.9.1959.

²⁶⁴ „Ich denke immer an den einfachen Afrikaner“, *FR*, 4.7.1960; „In Afrika muß Vertrauen investiert werden“, *Deutsche Tagespost Regensburg*, 18.5.1960.

²⁶⁵ „Einheit Europas verlangt“, *Kölnische Rundschau*, 12.1.1959.

politischen Kritik am Fortgang der europäischen Einigung in Verbindung gebracht wurde. Zugehörige Lösungsvorschläge entsprangen den Ideen und Interessen von Teilen der deutschen Industrie. Dies führte soweit, dass Zeitungen im Hauptteil der Ausgabe einen kleineren Artikel druckten, in dem auf die ausführliche Berichterstattung im Wirtschaftsteil hingewiesen wurde.²⁶⁶

Dazu trug auch der Umstand bei, dass die „gaullistische Herausforderung“ für die Europa-Union nicht unmittelbar nach Amtsantritt des neuen französischen Präsidenten am 1. Juni 1958 erkennbar wurde.²⁶⁷ Bis Ende 1960 waren nur vorsichtige Stellungnahmen des Verbandes zu den bis dahin wenig konkreten Plänen in der Tagespresse zu finden.²⁶⁸ Darüber hinaus trug die Übereinstimmung der Präsidenten Friedlaender und von Oppenheim mit der Westintegrations-Politik der Bundesregierung allmählich zu einer geringeren Brisanz der politisch-strategischen Kritikpunkte bei. Diese These kann auch trotz der zunehmenden Kritik an insbesondere Adenauers Vorgehen durch Friedlaender zum Ende seiner relativ kurzen Amtszeit und der eigenen Akzente der Europa-Union in Wirtschaftsfragen für die gesamte zweite Hälfte der 1950er Jahre aufrechterhalten werden.²⁶⁹ Der Beginn dieser Entwicklung fällt zeitlich zusammen mit dem „Drama der EVG“. Wegen der internationalen Auswirkungen des quälenden Prozesses bis zum endgültigen Scheitern am 30. August 1954 lohnt es sich, nach den Entwicklungen innerhalb des Verbandes in einem zweiten Schritt die Berichterstattung auf die Bewertung und Beschreibung der Europa-Union in ihrer Funktion als ein Verband der europäischen Dachverbände zu untersuchen.

²⁶⁶ „Dritte Kraft wirklichkeitsfremd“, *Die Welt*, 18.1.1958.

²⁶⁷ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 361-372.

²⁶⁸ „Europaunion für Fusion der Exekutiven“, *Handelsblatt Düsseldorf*, 29.11.1960.

²⁶⁹ Vgl. auch Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 348, die in dieser Zeit die Europa-Union eher in einer Phase sieht, in der sie auf aktuelle Entwicklungen reagierte.

4.2 Verbandseigene Europapolitik im europäischen Kontext

4.2.1 Die Aktion Bundespakt – 1950 bis 1953

Die Aktion Bundespakt war ein zentrales Anliegen der Europa-Aktivisten in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums. Das Vorhaben betraf nicht nur die Europa-Union, sondern auch den föderalistischen Dachverband UEF, in dem sie seit Ende der 1940er Jahre Mitglied war. Diese Aktion prägte neben den beginnenden internen Querelen, welche im vorherigen Unterabschnitt ausführlich dargestellt wurden, auch die Arbeit der Europa-Union nach Unterzeichnung des EVG-Vertrages im Mai 1952. Es stellt sich die Frage, wie diese Bemühungen, die auf gleichartigen Mobilisierungsversuchen des Jahres 1950 basierten, in der Presse eingeschätzt wurden.²⁷⁰ Bei der Beurteilung der Aktion, die mit ihrem Forderungskatalog noch über das Integrationsvorhaben der Europäischen Politischen Gemeinschaft hinausging, spielte die internationale politische Entwicklung, die durch das „Drama der EVG“²⁷¹ gekennzeichnet ist, eine wichtige Rolle. Dies gilt umso mehr, als das Projekt der EPG mit der EVG unauflöslich zusammenhing. Wilfried Loth stellt zur Untersuchung der Beziehung zwischen Verteidigungsgemeinschaft und EPG die These auf, dass „die EVG nicht an einem Zuviel an Supranationalität gescheitert [ist], sondern eher an einem Zuwenig“²⁷² und rechtfertigt so im Nachhinein das Eintreten der Europa-Union für eine weitergehende politische Zusammenarbeit. In der zeitgenössischen Berichterstattung könnten daher Kritikpunkte und Lösungsvorschläge, die im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Ratifikation des EVG-Vertrags geäußert wurden, auf positive oder negative Weise die Einschätzung der Europa-Union und ihrer Unterstützung der Aktion Bundespakt beeinflusst haben.

Die vermehrten Bemühungen der Europa-Union und der europäischen Dachverbände, allen voran der UEF, wurden in der Tagespresse schon im Jahre 1950 eng mit der damaligen politischen Situation verknüpft. Eine Befürchtung war zu dieser Zeit, dass die Aufforderung an die Regierung des Saargebietes, dem Europarat beizutreten, die Deutsche Bundesregierung von einem zukünftigen Beitritt abhalten werde. Dieser Reaktion müsse die Europa-Union in ihrem Werben für die Aktion Bundespakt entgegenwirken.²⁷³ Auch die „Bedrohung aus dem Osten“,

²⁷⁰ Walter Lippens, Die Bedeutung des EVG-Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, in: Hans-Erich Volkmann; Alfredo Breccia (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985 (Reihe Militärgeschichte seit 1945, Bd. 7), S. 9-30, S. 19.

²⁷¹ Loth, Der Weg nach Europa, S. 91.

²⁷² Loth, Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, S. 191.

²⁷³ Europa, Bd. 1, S. 587-594, besonders S. 593.

sowie die angenommene Unterstützung der USA für eine europäische Einigung spielte zu dieser Zeit bereits eine wichtige Rolle in der Forderung nach schnellen, einvernehmlichen Lösungen.²⁷⁴ Die gängige Meinung zum sichtbaren Erfolg der Bemühungen der Europa-Union um den Bundespakt, die sich in einer Bundestagsresolution mit gleichlautender Forderung im Juli 1950 manifestierte, bringt am besten der Artikel der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* schon im Titel zum Ausdruck: „Die Macht der Tatsachen“. Der Erfolg wird hier nicht nur gewürdigt, sondern auch mit Probeabstimmungen der Europa-Union in Breisach und Castrop-Rauxel sowie nicht zuletzt dem Ausbruch des Korea-Krieges verbunden.²⁷⁵ Da „die offizielle Politik“ in den Augen der Europa-Union „kaum weitergekommen“ war, wurde der Bundespaktvorschlag weiter differenziert; so sollte der Beschluss in zwei Etappen vor sich gehen, die Überlegung war:

„[...] zuerst einen Vertrag über die Einberufung einer europäischen verfassungsgebenden Bundesversammlung abzuschließen, deren Aufgabe die Ausarbeitung des Bundespakts als einer Art europäischen Grundgesetzes wäre. In der zweiten Etappe sollte dann der Bundespakt durch Ratifizierung des Vertragsentwurfs durch eine bestimmte Mindestanzahl europäischer Länder abgeschlossen werden.“²⁷⁶

Mit der Konkretisierung der Pläne zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Frühjahr 1952 wurden die Forderungen der Europa-Union, mit einer Europäischen Bundesversammlung eine Politische Gemeinschaft herzustellen, wieder aktuell. Der damalige Vize-Präsident und enge Vertraute Eugen Kogons, Otto Blessing, schrieb in einem Zeitungsbeitrag in Bezug auf die Verhandlungen zum EVG-Vertrag:

„Die Entwicklung der letzten Wochen hat gezeigt, daß der Plan der europäischen Verteidigungsgemeinschaft vielleicht nicht zustande kommen, daß er aber sicherlich nicht funktionieren wird, wenn nicht sofort die Bildung einer übergeordneten politischen Instanz für das neu sich formierende Europa des Kontinents in Angriff genommen wird.“²⁷⁷

Mit dieser Forderung war die Europa-Union ganz auf der Linie des europäischen Dachverbandes UEF, der in der Person des Präsidenten ihres Zentralkomitees, Eugen Kogon, ebenfalls erneut auf den Abschluss eines europäischen Bundespaktes drängte und eine große Aktion

²⁷⁴ Gert Gerlach, „Das Jahr 1950 wird entscheiden ...“, *NZ*, 8.3.1950; „Zeitpunkt für Europa günstig“, *Mannheimer Morgen*, 27.3.1950; Gert Gerlach, „Es muß gesprungen werden“, *NZ*, 6.5.1950.

²⁷⁵ Rudolf Woller, „Die Macht der Tatsachen“, *Rheinischer Merkur Koblenz*, 29.7.1950. Ursprünglich war auch eine Probeabstimmung in einer westdeutschen Großstadt geplant, alle in Frage kommenden Städte unterstützten dieses Ansinnen jedoch nicht, Loth, *Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik*, S. 71.

²⁷⁶ Dieter Roser, „Europäischer Bundesstaat“, *Stuttgarter Zeitung*, 17.2.1951. Dieter Roser wurde im Zuge des internen Richtungswandels in der Europa-Union (siehe vorangegangenen Abschnitt) 1954 Mitglied im Präsidium der Europa-Union.

²⁷⁷ Otto Blessing, „Europäische Bundesversammlung“, *Deutsche Tagespost Regensburg*, 15.3.1952.

zum Erreichen dieses Ziels ankündigte. Dieser Aufruf fand im Frühjahr 1952 ein breites Presseecho.²⁷⁸

Die UEF und mit ihr die Europa-Union Deutschland – verbunden in der Person Eugen Kogon – nutzten in dieser Zeit die Kritikpunkte und Lösungsmöglichkeiten, die durch die Verhandlungen um die Verteidigungsgemeinschaft in der Tagespresse großen Raum einnahmen, um die Aktion Bundespakt nach den ersten Versuchen im Rahmen der Auseinandersetzungen um den Beitritt der Bundesrepublik und des Saarlandes zum Europarat erneut in die Schlagzeilen zu bringen. Wie im vorigen Abschnitt beschrieben, blieben die Forderungen, die in der Aktion Bundespakt greifbaren Ausdruck fanden, sehr weitreichend und visionär, was sicher auch zu ihrer Popularität beitrug. Sogar in den Überschriften ist dieser Vorgang abzulesen, so titelte *Die Welt* in einem Bericht zum Aachener Kongress der UEF vom 29. bis 31. März 1952, dessen Höhepunkt eine Kundgebung mit Bundeskanzler Konrad Adenauer bildete: „Utopisten wurden Pioniere“.²⁷⁹

Die Forderungen waren visionär, die trotz der gegenteiligen Behauptungen und Darstellungen enthaltenen utopischen Elemente verliehen ihnen Macht.²⁸⁰ Solche Wirkung gewannen sie, indem sie über die Vorstellungen hinausgingen, die sich nach Abschluss des EVG-Vertrages in der Konzeption der EPG niederschlugen. Dort war z. B. anfangs eine „parlamentarische“ Versammlung mit deutlich weniger Kompetenzen vorgesehen, was auch immer wieder von den Mitgliedern der Europa-Union pressewirksam kritisiert wurde.²⁸¹ Allerdings gab es diesbezüglich in der Tagespresse auch widersprüchliche Angaben. Die *Passauer Neue Presse* gab in einem langen Bericht zu den „Europäischen Wochen in Passau 1952“ Eugen Kogon zuerst mit der Forderung wieder, das „Schumanplan-Parlament“ müsse die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung übernehmen, dann wiederum mit der Ankündigung einer Unterschriftensammlung im Rahmen der Aktion Bundespakt, mit der die (nationalen) Parlamente zur Einberufung einer „europäischen verfassungsgebenden Versammlung“ aufgefordert wurden.²⁸²

²⁷⁸ „UEF fordert Abschluß eines europäischen Bundespaktes“, *NZ*, 22.3.1952; „Neue Initiative zur Einigung Europas“, *FR*, 22.3.1952, „Reif für ‚europäische Autorität‘“, *Generalanzeiger für Bonn und Umgegend*, 22.3.1952; „Europäische Föderalisten wollen die Initiative ergreifen“, *Die Welt*, 22.3.1952.

²⁷⁹ K. W. Böttcher, „Utopisten wurden Pioniere“, *Die Welt*, 2.4.1952.

²⁸⁰ Vgl. Koselleck, *Kritik und Krise*, S. 155.

²⁸¹ „Vom europäischen ABC“, *Westfälische Nachrichten Münster*, 2.8.1952; „Wahlen für ein europäisches Parlament“, *SZ*, 2.8.1952. Der erste Entwurf der Ad-hoc-Versammlung für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft vom 10.3.1953 sah allerdings ein vollgültiges Zweikammer-Parlament vor, abgedruckt in: Walter Lipgens (Hrsg.), *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung: Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments*, Bonn 1986, S.335-360.

²⁸² „Der dornenreiche Weg zur Einigung Europas“, *Passauer Neue Presse*, 6.9.1952.

Diese Unterschriftenaktion, die vermutlich einen Teil der finanziellen Problemen der Europa-Union im Jahre 1953 verursachte,²⁸³ wurde nach solchen Appellen in der Presse zwar noch begleitet, doch es gab auch kritische Stimmen, die vor allem die angeblich zu starke Verbindung der Aktion mit der Regierungspolitik anprangerten, wobei der Wahlkampf im Kontext der Bundestagswahl des Sommers 1953 die Stimmung aufheizte.²⁸⁴

Bereits nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrages im Mai 1952 hatte es Schwierigkeiten in allen sechs Unterzeichner-Ländern gegeben.²⁸⁵ Besonders groß waren die Vorbehalte in Frankreich, wo sie spätestens in der Zeit der Unterschriftenaktion der Europa-Union für den Bundespakt in der ersten Hälfte des Jahres 1953 deutlich sichtbar wurden.²⁸⁶ Dies schlug sich auch in den Einschätzungen der Tagespresse nieder. Neben der genannten Kritik wurde auch die „bürokratische Hybris“, welche das „Europa der Experten“ mit sich bringe, angegriffen.²⁸⁷ Die Vorwürfe der Abgehobenheit waren nicht aus der Luft gegriffen. Zwar erzielte die Aktion Bundespakt auf den ersten Blick ein beeindruckendes Ergebnis, indem bis zum 1. Juni 1953 1,7 Millionen Unterschriften in der Bundesrepublik Deutschland gesammelt wurden. Angesichts einer Gesamteinwohnerzahl von über 50 Millionen in Westdeutschland, Westberlin und dem Saargebiet wirkte diese Maßnahme der direkten Demokratie recht bescheiden, zumal in Anbetracht der weitreichenden politischen Forderungen. So verwundert dieser Vorwurf letztlich nicht. Dies gilt umso mehr, betrachtet man die anteilig noch geringeren 2,5 Millionen Stimmen, die von den Mitgliedsorganisationen der UEF in den BeNeLux-Ländern sowie in Frankreich und Italien für die Aktion Bundespakt gesammelt worden waren.²⁸⁸

Wenige Zeit nach dieser ersten Bilanz der Aktion Bundespakt trat aufgrund der beschriebenen internen Entwicklungen der Bundesverband der Europa-Union eine Zeit lang nicht mehr in

²⁸³ Vgl. den vorangegangenen Abschnitt.

²⁸⁴ Neben der Ankündigung bei den „Europäischen Wochen“ wurde auch auf anderen Veranstaltungen oder eigens dafür einberufenen Pressekonferenzen der Europa-Union auf die Aktion Bundespakt (teilweise auch „Feldzug der Völker für den europäischen Bundespakt“) verwiesen: „Zwischenfall im Kasseler Ständehausaal“, *Kasseler Zeitung*, 30.1.1953; „1 Million forderten Grundgesetz Europas“, *Kölnische Rundschau*, 1.4.1953. Kritische Stimmen oder Reaktion darauf: „Europäischer Bundespakt entspricht Grundgesetz“, *Frankfurter Neue Presse*, 10.2.1953; „Europa-Locarno“, *Freie Presse Bielefeld*, 8.6.1953.

²⁸⁵ Lipgens, Die Bedeutung des EVG-Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, S. 28.

²⁸⁶ Peter Fischer, Die Bundesrepublik und das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Ludolf Herbst; Werner Bühner; Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 279-299, S. 280. Zum Frühjahr 1953 Raymond Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Hans-Erich Volkmann; Alfredo Breccia (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985 (Reihe Militärgeschichte seit 1945, Bd. 7), S. 101-125, S. 114-124.

²⁸⁷ Marcel Schulze, „Das Europa der Experten“, *Frankfurter Neue Presse*, 14.5.1953.

²⁸⁸ Die Zahlen verbreitete das Bulletin des BPA vom 4.8.1953 aufgrund eines Berichtes der Europa Union, BPA-DOK, Bestand 103-30.2.5.

Erscheinung, während es durchaus noch lokale Nachrichten zu verschiedenen Aktivitäten gab, welche von der symbolischen Erklärung zur „Europa-Stadt“ bis zu „Europäischen Arbeitstreffen“ mit den Absolventen des neuartigen Europa-Kollegs in Brügge reichten, in denen aber die weitreichenden Forderungen des Bundespaktes keine große Rolle mehr spielten.²⁸⁹ In einer Situation der Verunsicherung in Bezug auf das konkrete Vorgehen zur Erreichung der auf den Grundwerten basierenden Ziele waren Versinnbildlichungen und symbolische Veranstaltungen eine Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Presse zu erlangen.²⁹⁰ Das Europa-Kolleg sollte aber vor allem dem konkreten Zweck dienen, Nachwuchskräfte für die europäischen Institutionen hervorzubringen.

Auch nachdem sich der intern aufgewirbelte Staub im Frühjahr 1954 zu legen begann, tauchte die Forderung nach einer europäischen Vereinigung, wie sie die Aktion Bundespakt vorgesehen hatte, in der Presse nicht mehr in gleichem Maße im Zusammenhang mit der Europa-Union auf, teilweise gab es noch Veranstaltungen, die das französische Misstrauen gegenüber „deutschen Verträgen“ thematisierten. Die Bezeichnung sollte das Unbehagen von vielen Franzosen ausdrücken, die den EVG-Vertrag und das mit ihm verbundene Projekt über die Einrichtung der EPG als zu vorteilhaft für den ehemaligen Kriegsgegner Deutschland kritisierten.²⁹¹ Einen positiveren Grundton schlugen dagegen Artikel über Aktionen der „französischen Europa-Union“ an. Schon die Begrifflichkeit für den französischen Föderalistenverband, der eigentlich Union Française des Fédéralistes hieß,²⁹² lässt gleichzeitig auf einen relativ großen Bekanntheitsgrad der Europa-Union Deutschland schließen. Augenscheinlich war die Europa-Union zum Synonym für die föderalistischen Europa-Verbände geworden und bedurfte keiner Erklärung mehr, wie dies noch 1950 in der *Neuen Zeitung* für nötig erachtet worden war.²⁹³ Auf die Aktionen in Frankreich kann hier der Untersuchungsgegenstand beispielhaft ausgeweitet werden, um die Wirkung der Veränderung der Kritikpunkte und Lösungsvorschläge im Vergleich zwischen eher inländischen und eher ausländischen Themen nachzuvollziehen. Es zeigt sich, dass die ausländischen Berichte nicht in gleicher Weise von der negativeren Grundstimmung geprägt waren. Eine Korrespondentin aus Paris schrieb in der *Rheinpfalz* aus Ludwigshafen über ein „Debattier-Dejeuner“:

²⁸⁹ „Röttingen erklärt sich zur ‚Europa-Stadt‘“, *NZ*, 1.9.1953; „Wahlergebnis stärkt Hoffnung auf Europa“, *Mannheimer Morgen*, 14.9.1953.

²⁹⁰ Zu den kontinuierlichen Versinnbildlichungen siehe auch Abschnitt 3.4 „Versinnbildlichungen: Flagge, Austausch, gemeinsame Institutionen?“.

²⁹¹ „Entscheidende Aufgabe: die Grundlagen der Politik Europas ändern“, *Mannheimer Morgen*, 22.3.1954. „Vier im europäischen Gespräch“, *Frankfurter Neue Presse*, 22.3.1954.

²⁹² Siehe Eickhorn (Hrsg.), *Für ein föderales Europa*, S. 30.

²⁹³ Gert Gerlach, „Das Jahr 1950 wird entscheiden ...“, *NZ*, 8.3.1950.

„Vielleicht war zu bedauern, daß nicht genügend Gegner der EVG anwesend waren, um hier einmal die große Ausstrahlungskraft der Europa-Idee zu verspüren. [...] Es ist jetzt an uns Franzosen, die wir die EVG-Idee überhaupt in die Welt getragen haben, der gleichen Welt zu zeigen, welches unsere Pflicht und welches unser Interesse ist ...“²⁹⁴

Die Betonung des Zusammenfallens von Idee – genauer „der Europa-Idee“ – und des eigenen Interesses ist in ihrem appellativen Charakter deutlich direkter als die Argumentation auf einer ähnlichen deutschen Veranstaltung. Dort wurde in einer Diskussion, die als „europäisches Gespräch“ firmierte, defensiv zugesichert, „daß Deutschland bestrebt sein werde, das wieder errungene Vertrauen nicht zu gefährden.“²⁹⁵

Neben den beschriebenen internen Querelen und ihrer Wirkung in der Presse wirkte sich auch die Erfahrung der mehrfach verschiedenartig propagierten Idee eines Bundespakts besonders in der Berichterstattung zur Europa-Union Deutschland negativ aus. Wie der Vergleich zeigt, wurde der deutsche Verband mit seinen Veranstaltungen defensiver dargestellt als von der Zielsetzung her ähnliche Veranstaltungen anderer der UEF angeschlossenen Verbände im Ausland. Die Form, in der die Europa-Union in der westdeutschen Tagespresse im Zusammenhang mit den europapolitischen Entwicklungen auftauchte, wandelte sich somit in den Jahren 1953 und 1954.

Fraglich bleibt, ob der Wandel der Berichterstattung seine Ursache in der „mangelnden politischen Überwölbung der militärischen Konstruktion“ (Loth), im „instrumentalen Charakter der Europaidee für die westdeutsche Aufrüstung“ (Maier), in der mangelnden Präsenz des Hauptverbandes „in den entscheidenden Monaten des Jahres 1954“ (Koppe) oder in einer sich verändernden Zielsetzung des Verbandes in dieser Zeit hatte.²⁹⁶ Möglicherweise bewirkte auch eine Kombination aus diesen Faktoren die Veränderung der in Verbindung mit der Europa-Union geäußerten Kritik. Ebenso können die weniger ambitionierten Zukunftskonzepte, die zunehmend mit dem Verband verknüpft wurden, erklärt werden.

In gewisser Weise nahm diese Veränderung den letzten Akt des Dramas der EVG voraus, die faktische Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung am 30.

²⁹⁴ Marguerite Chartrette, „Französische Europa-Union für EVG“, *Die Rheinpfalz Ludwigshafen*, 12.3.1954.

²⁹⁵ „Vier im europäischen Gespräch“, *Frankfurter Neue Presse*, 22.3.1954.

²⁹⁶ Loth, Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, S. 191; Klaus A. Maier, Politische Aspekte des Misserfolges der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Gilbert Trausch (Hrsg.), Die europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen und Mißerfolge; Beiträge des Kolloquiums in Luxemburg, 17. - 19. Mai 1989, Baden-Baden 1993 (Reihe Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bd. 4). Koppe, Das grüne E setzt sich durch, S. 69. Zum Hintergrund des internen Richtungswandels siehe den vorangegangenen Abschnitt 4.1. „Die Verbandsleitung und ihr Bild in der Presse“.

August 1954. Für die in der UEF zusammengeschlossenen Verbände war mit dieser Entscheidung der Vorhang allerdings nicht gefallen, doch sollte die Reaktion auf das Scheitern des Projektes und damit auch der geplanten EPG ein UEF-eigenes Drama begründen, das schließlich in der Spaltung des Dachverbandes resultierte. Dabei ging es – wie im folgenden Abschnitt im Einzelnen dargelegt wird – auch um die Frage, wie man das Scheitern der EVG/EPG erklärte. Schrieb man es einem „Zuviel an Supranationalität“ zu, was gleichzeitig auch eine entsprechende Kritik an der Aktion Bundespakt bedeutete, oder attestierte man im Gegenteil einen Mangel an Politischer Autorität und Eigenständigkeit?²⁹⁷ Die Presseberichterstattung zur Europa-Union Deutschland wies schon vor dem Ende des Projektes der Verteidigungsgemeinschaft eher auf erstere Möglichkeit. Diese Grundeinschätzung sollte sich im Großen und Ganzen nicht mehr grundlegend ändern, doch die verschiedenen Positionen innerhalb der UEF wurden nach und nach von der Presse registriert und beeinflussten wiederum die generelle Einschätzung der Europa-Union und ihrer ausländischen Entsprechungen, wie auch im nächsten Unterabschnitt gezeigt wird.

²⁹⁷ Vgl. Loth, Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, S. 191-194.

4.2.2 Die sukzessive Spaltung des Dachverbandes als Reaktion auf das Scheitern der EVG 1954

Die Frage nach der Bedeutung des Scheiterns der EVG/EPG war die Bewertung einer „verlorenen Schlacht“. Mit diesem Wort bedachte Robert Schuman, 1954 immer noch einer der bekanntesten „Europapolitiker“, das Scheitern der EVG auf dem VII. Kongress der Europa-Union in Hannover. Dieser kämpferische Ausspruch zusammen mit der Versicherung, der Krieg könne immer noch gewonnen werden, wurde von der Presse vielfach aufgegriffen.²⁹⁸

Die Frage sowohl für die Verantwortlichen der Europa-Union als auch die Journalisten, die Artikel zu entsprechenden Themen verfassten, blieb trotz dieser Ermunterung bestehen: Welche Schlussfolgerungen sollten aus dem Rückschlag gezogen werden? Dabei ging es um die Art der Kritik und der konkreten Lösungsvorschläge, die mit Blick auf die unveränderten Grundwerte und Ziele als hilfreich angesehen wurden. Vor der Abstimmung in der französischen Nationalversammlung hatten sich die verschlechternden Rahmenbedingungen für eine weitreichende europäische Einigung bereits ausgewirkt. In der Tagespresse trug zudem der interne Richtungswandel in der Europa-Union zum Rückgang der Unterstützung umfassender politischer Modelle bei. Dieser Trend setzte sich nach der EVG-Schlappe eher fort, neben dieser Entwicklung sind die folgenden internen Auseinandersetzungen auf der Ebene des Dachverbandes und ihr Niederschlag in der Presse zu analysieren.

Conze schätzt den Effekt der Verstärkung des existierenden Trends durch das Scheitern des EVG-Projekts und den damit verbundenen Entwürfen für eine Politische Gemeinschaft hoch ein:

„Mitauslösend für die ‚realpolitische‘ Wende der Europa-Union war, neben den personellen und organisatorischen Veränderungen im Präsidium, vor allem das Scheitern der EVG und des Projekts einer Europäischen Politischen Gemeinschaft. Der Traum eines politisch geeinten Europas war damit vorerst ausgeträumt.“²⁹⁹

Mit der unmittelbar vor der Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung gescheiterten Brüsseler Konferenz wurde auch die Berichterstattung kritischer. Zu einer Kundgebung des Bundes Europäischer Jugend (BEJ), der Jugendorganisation der Europa-Union, schrieb die *Passauer Neue Presse*:

²⁹⁸ „Schuman: Vor einem schweren Start“, *Bremer Nachrichten*, 30.10.1954; „Europäertum ist kein Modeartikel“, *Hamburger Fremdenblatt*, 30.10.1954; „Für den Zusammenschluß Europas“, *SZ*, 2.11.1954.

²⁹⁹ Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 345.

„Nun, der Saal den die Pessimisten schon vorsorglich statt der ursprünglich vorgesehenen Nibelungenhalle für die Veranstaltung bestimmt hatten, war kaum zur Hälfte gefüllt. So hing der Akzent des Themas eigentlich schon symbolisch über den schütter besetzten Stuhldreihen.“³⁰⁰

Nach dem endgültigen Scheitern der EVG versuchten die neuorganisierten Führungspersonlichkeiten, die Identifikation zwischen „Europa“ und der Verteidigungsgemeinschaft schnell vergessen zu machen. Ernst Friedlaender meinte zu diesem Thema in der Presse, „die Form dürfe nicht mit der Sache verwechselt werden.“³⁰¹ Sicher gab es in Teilen der Presse wie auch in der Europa-Union Stimmen, die sich nun, nach der misslungenen militärischen Lösung, eine Konzentration auf die politischen Einigungsbestrebungen, wie sie auch in der Aktion Bundespakt eingefordert wurden, erhofften.³⁰² Auf seinem Antrittskongress als Präsident der Europa-Union wurden von Friedlaender allerdings keinerlei konkrete Vorhaben in diese Richtung verkündet, er äußerte sich verstärkt in eher defensiver Weise, wonach die Europa-Union im Angesicht der weltpolitischen Lage den mittlerweile in Reaktion auf die gescheiterte EVG vereinbarten Weg einer zukünftigen Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO mitgehe, aber als Ziel die Einbindung in eine übernationale Gemeinschaft weiterverfolge.³⁰³ Vergleicht man diese vage Zielformulierung – die vor allem die nationale, staatliche Politik als wichtigsten europapolitischen Akteur sah und die Europa-Union selbst mehr als Wächterin denn als Antreiberin – mit einer kurz zuvor auch vom Generalsekretariat der Europa-Union verbreiteten Mitteilung für die Presse zu einer Resolution der UEF, werden die kommenden Konfliktlinien deutlich. Die dreiseitige Mitteilung bestand im Kern aus 18 Punkten, die teilweise sehr deutlich trotz und gerade wegen des Misserfolges der EVG den Weg des Bundespaktes proklamierten.³⁰⁴ Die deutsche Tagespresse kritisierte diese Haltung des Dachverbandes. Ein Kommentar in der *Frankfurter Neuen Presse* wurde deutlich:

„Wer heute noch darauf beharrt, einen europäischen Bundesstaat zu errichten, verdient zu den politischen Wunschträumern gezählt zu werden. [...] Die europäischen Föderalisten können sich auch in Zukunft als gute Europäer erweisen, wenn sie einsehen, daß der Föderalismus in Europa vorläufig keine Chance hat – und demgemäß handeln.“³⁰⁵

³⁰⁰ „Die Fahne allein genügt für die Europa-Idee nicht“, *Passauer Neue Presse*, 26.8.1954.

³⁰¹ „Deutscher Rat der Europäischen Bewegung“, *Stuttgarter Zeitung*, 13.9.1954.

³⁰² „Für den europäischen Bundesstaat“, *Stuttgarter Zeitung*, 6.10.1954.

³⁰³ „Kongreß der Europa-Union“, *FR*, 1.11.1954; „Miß Josefy ist von den Deutschen entzückt“, *Weser-Kurier Bremen*, 2.11.1954.

³⁰⁴ „Nach der Ablehnung der EVG geht der Kampf um die Europäische Föderation weiter“, Mitteilung für die Presse 6/54, Generalsekretariat der Europa-Union, 21.9.1954, BPA-DOK, Bestand 103-30.2.5. Ein Auszug der Resolution findet sich auch in Lipgens, 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, S. 366-367.

³⁰⁵ Martin Boos, „London begrub Föderalismus“, *Frankfurter Neue Presse*, 5.10.1954.

Die Haltung von Presse und Mitgliedern der Europa-Union war nach der „verlorenen Schlacht“ ungeordnet, in Mannheim wurde sogar der oftmals kritisierte Paneuropa-Vorkämpfer Richard Coudenhove-Kalergi unter anderem von der Europa-Union eingeladen, auf deren Jahreskongress er noch einen Monat zuvor scharf angegriffen worden war. Der Journalist, der diese Veranstaltung im *Mannheimer Morgen* kommentierte, verband diesen Anlass außerdem mit der Hoffnung, die EGKS könne in ihrem Wirkungsbereich erweitert werden und damit schließlich ein politischer Zusammenschluss der Sechsergemeinschaft erfolgen.³⁰⁶ Auch das Frühjahr 1955 war in dieser Hinsicht noch nicht einheitlich. Einerseits setzte sich in den Artikeln zur Europa-Union immer stärker eine Auffassung durch, welche die Pariser Verträge zwar als Form der Vergangenheit und nicht der Zukunft kritisierte, doch daraus keinesfalls weitreichende Pläne ableitete, wie sie noch in der Aktion Bundespakt gefordert worden waren. Ein Schwerpunkt ihrer Aktivität sollte nun auch aus der Sicht der Kommentatoren die „Erziehungsarbeit“ sein.³⁰⁷ Andererseits findet sich teilweise in den gleichen Artikeln die zumindest rhetorisch erhobene Forderung nach der Einberufung einer europäischen verfassungsgebenden Versammlung.³⁰⁸

Doch trotzdem erscheint es aus heutiger Sicht wahrscheinlich, dass verschiedene Erfahrungsräume, sowohl der lange zurückliegenden Zwischenkriegszeit mit ihren nationalstaatlichen Koalitionen als auch der aktuellen Rückschläge der übernationalen Einigungsvorhaben, ihren Teil zu einer Veränderung der Art der Kritik und des mit den Lösungsvorschlägen verbundenen Erwartungshorizontes beitrugen. Dieser Wandel wurde jedoch wegen den weiteren internationalen Entwicklungen zumindest in der Tagespresse auf den ersten Blick noch nicht sichtbar.

Die Abstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober 1955 brachte vor allem die Europa-Union an der Saar (EUS) in die Tagespresse. Insbesondere Zeitungen aus dem Saargebiet berichteten über Veranstaltungen, auf denen die EUS für das Saarstatut warb. Die entstandene Distanz zwischen EUS und der Europa-Union Deutschland wird in der Berichterstattung

³⁰⁶ Wilfried Herz-Eichenrode, „Stoßtrupp Europa“, *Mannheimer Morgen*, 2.12.1954. Die Kritik an Coudenhove-Kalergi wurde z. B. in der *Neuen Zeitung* wiedergegeben: „Der Weg nach Europa ist nicht versperrt“, *NZ*, 3.11.1954. Zum endgültigen Bruch zwischen Europa-Union und Coudenhove-Kalergi siehe Abschnitt 3.2 „Werte: Freiheit, Friede, Demokratie“.

³⁰⁷ „Landestagung der Europa-Union in Rastatt“, *Stuttgarter Zeitung*, 10.1.1955; „Europa nur ein Traum?“, *Nürnberger Nachrichten*, 24.2.1955. Ein Teil der Tagespresse, z. B. die *SZ*, sah nach dem Scheitern der EVG trotz der Entspannungsoffensive der UdSSR keinerlei Alternative zur schnellen Vollendung der Westintegration (d. h. der Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO), Hallwirth, Auf der Suche nach einer neuen Identität, S. 268-270.

³⁰⁸ „Die großen Europäer sind erfolglos geblieben“, *General-Anzeiger für Bonn und Umgegend*, 31.1.1955; „Europa nur ein Traum?“, *Nürnberger Nachrichten*, 24.2.1955; „Rückfall in die Nationalstaaterei“, *Frankfurter Neue Presse*, 4.4.1955.

durch die Tatsache deutlich, dass diese Veranstaltungen nicht durch Mitglieder aus dem Bundesverband, sondern durch ausländische Redner bestritten wurden.³⁰⁹ Die Saarbrücker Zeitung konnte Ende September des Jahres zwar vermelden, dass das Zentralkomitee der UEF das Saarstatut unterstützte, doch diesem gehörten zu dieser Zeit nur noch sechs deutsche Delegierte an.³¹⁰ Die Unterstützung durch den Bundesverband der Europa-Union war wenig enthusiastisch, was auch in der Pressereaktion nach der Ablehnung des Saarstatuts deutlich wurde.³¹¹ Der *Mannheimer Morgen* schrieb:

„Zur Lage nach der Abstimmung über das Saar-Statut sagte Ministerialrat Unger [ehemaliger Generalsekretär des Verbandes], daß die Europa-Union das Statut als keine echte europäische Lösung angesehen habe, sondern nur als einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Nach dem „Nein“ müsse zwischen beiden Ländern neu verhandelt werden.“³¹²

Erst nach dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik 1957 wurde die Eingliederung der EUS in die mittlerweile aus der UEF ausgetretene Europa-Union Deutschland ausgehandelt. Im Bericht zum Eingliederungskongress wird die unterschiedliche Akzentuierung mit der von Seiten der EUS stärkeren Betonung auf den „Bundespakt der europäischen Nationalstaaten“ als „Krönung der Entwicklung“ immer noch deutlich.³¹³

Nach dieser wichtigen Entscheidung mit europapolitischen Auswirkungen wurden mit der offensichtlichen Eskalation des sich seit der „verlorenen Schlacht“ ankündigenden Konfliktes schließlich auch die Tageszeitungen auf diese sich bei der UEF ankündigende interne Zerreißprobe aufmerksam. Ein Kommentar der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* titelte vor dem Kongress des Dachverbandes in Luxemburg, der vom 2. bis zum 4. März stattfand: „Die Militanten und die Müden“.³¹⁴ Im Laufe der Berichterstattung wurden aus den anfangs vermeldeten drei internen Richtungen noch zwei. Eine radikale – „militante“ – und um die Mobilisierung des „europäischen Volkes“ bemühte Gruppe um den Italiener Altiero Spinelli. Eine bedächtige – „müde“ – um den Niederländer Henri Brugmans, die zunächst auf eine euro-

³⁰⁹ Beispielsweise „Die europäische Einigung wird kommen!“, *Volksstimme Saarbrücken*, 27.6.1955; „Europäische Probleme – nicht aus nationalistischer Sicht“, *Saarbrücker Zeitung*, 29.6.1955.

³¹⁰ „Die UEF für Saarstatut“, *Saarbrücker Zeitung*, 28.9.1955.

³¹¹ Koppe, Das grüne E setzt sich durch, S. 80.

³¹² „Verständigung auch mit Osteuropa“, *Mannheimer Morgen*, 25.10.1955. Nach den Erinnerungen des Bundesvorsitzenden des BEJ, Heinrich Schneider, war Hans-Joachim Unger von Mitte 1952 bis zum Ende der „Ära Kogon“ Generalsekretär der Europa-Union, Heinrich Schneider, Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann: Persönliche Erinnerungen an Begegnungen mit Friedrich Carl von Oppenheim, in: Jürgen Mittag; Wolfgang Wessels (Hrsg.), „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 273-392, S. 355. Zeitweise wurde der Verdacht gehegt, Unger hätte Gelder veruntreut. Er wurde augenscheinlich rehabilitiert. Conze, Das Europa der Deutschen, S. 323.

³¹³ „Eingliederung der Europa-Union“, *Saarländische Volkszeitung Saarbrücken*, 18.1.1957; „Bundesstaat Europa bleibt das Ziel“, *Saarbrücker Zeitung*, 14.5.1957.

³¹⁴ Joachim Schwelien, „Die Militanten und die Müden“, *FAZ*, 29.2.1956.

päische Wirtschaftseinheit hinarbeiten wollte. Zu dieser Gruppe, von der schließlich vermeldet wurde, sie wolle sich eine neue Dachorganisation neben der UEF schaffen, wurde auch die Europa-Union unter Ernst Friedlaender gezählt. Er selbst meinte in einer 1965 verfassten Geschichte der europäischen Einigung, der Riss im Gefüge der Europa-Aktivisten habe auf „unterschiedlichen nationalen Temperamenten“ beruht: „In den romanischen Völkern hat das Revolutionäre oft eine stärkere Anziehungskraft als das Evolutionäre.“³¹⁵

Die „müde“ Haltung der Europa-Union in diesem internen Konflikt im Dachverband schlug indes auch auf die Art der Berichterstattung über diese Entwicklungen durch. Die Kritik auch an der Europa-Union selbst wurde im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen durchgreifender, sie solle sich einem Kommentar zufolge nicht ans „Dogma der Supranationalität klammern“, die letztendliche Spaltung der Dachverbände wiederum wurde als bedauerlich angesehen, sie werde „den schon angeschlagenen europäischen Gedanken nicht unerheblich lähmen.“³¹⁶

Die Wahrnehmung, dass die „Basis des Europagedankens“ schwächer geworden sei, die auch schon im Zusammenhang mit den internen Unstimmigkeiten der Europa-Union in den Jahren 1954/1955 in der Tagespresse aufgetaucht war, wurde mit der endgültigen Nachricht von der Etablierung zweier Dachverbände verstärkt.³¹⁷ Andererseits stellte die Mehrzahl der Tagespresse die Existenz der zwei Zusammenschlüsse, der Rest-UEF und des neuen Aktionszentrums Europäischer Föderalisten (AEF), welches allerdings in der Berichterstattung sehr viel seltener genannt wurde als zuvor die UEF, trotz oder gerade wegen der generell verstärkten Skepsis und Kritik gegenüber den Europa-Verbänden weder als große Chance noch als große Gefahr dar.³¹⁸ Nach der Spaltung werden wie selbstverständlich die übriggebliebenen und neuen ausländischen „Verbündeten“ der Europa-Union bei entsprechenden Berichten erwähnt, daneben existieren nun Artikel zu Versuchen der anderen Verbände, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Auch eine Minderheit von Mitgliedern der Europa-

³¹⁵ Friedlaender, *Wie Europa begann*, S. 65; Beispiele für die Zurechnung der Europa-Union Deutschland: „Europagedanke bleibt lebendig“, *Saarländische Volkszeitung*, 3.3.1956; „Spaltung der Europäer“, *Frankfurter Neue Presse*, 21.4.1956.

³¹⁶ Zitate in: Joachim Schwelien, „Die Militanten und die Müden“, *FAZ*, 29.2.1956 und „Spaltung der Europäer“, *Frankfurter Neue Presse*, 21.4.1956.

³¹⁷ Zur beginnenden Skepsis: „Europäische Antreiber“, *Weser-Kurier Bremen*, 5.5.1954. Zur endgültigen Etablierung zweier Dachverbände: „Europa-Union verläßt Dachverband“, *Frankfurter Neue Presse*, 31.7.1956; „Tragischer Streit“, *Frankfurter Neue Presse*, 2.8.1956.

³¹⁸ Beispiele für Hinweise auf den neuen Dachverband, allerdings bezeichnenderweise ohne die Abkürzung zu erwähnen: „Europa-Union verläßt Dachverband“, *Frankfurter Neue Presse*, 31.7.1956; Jürgen Buschkiel, „Europa im Kampf gegen die Diktatur“, *Mannheimer Morgen*, 20.10.1956; Dieter Schröder, „England und die Zukunft Europas“, *SZ*, 12.1.1959. Zur AEF ausführlicher nur die Festschrift der Europa-Union: Koppe, *Das grüne E setzt sich durch*, S. 95-99.

Union wechselte den Verband.³¹⁹ In den Artikeln zu den „Abtrünnigen“ wurde aber meist nicht auf diese Tatsache oder überhaupt auf die Europa-Union verwiesen. Daher kann man von einer Schwächung der Stellung des Verbandes in der Berichterstattung der Tagespresse ausgehen, auch wenn die „Alternativen“ in der Bundesrepublik nie recht Fuß fassen konnten.

Es ist sicherlich nicht dramatisierend, wenn man die Spaltung der Europa-Dachverbände als einen wichtigen Einschnitt in der Darstellung der Europa-Union in der Tagespresse beschreibt. Die verstärkt skeptische Berichterstattung belegt diesen Einschnitt. Die Kritik hob die Bedeutung der Europa-Union nicht mehr in gleichem Maße wie zuvor von der anderer nicht-staatlicher Akteure ab. Mit der geringen Wirkung der Aktion Bundespakt als großangelegter Werbemaßnahme im Kontext ungünstigerer europapolitischer Rahmenbedingungen begann ein Wandel, der sich schließlich in der unalarmierten Kenntnisnahme der Spaltung niederschlug. Das AEF verabschiedete zwar ebenfalls eine „EntschlieÙung über einen europäischen Bundespakt“, doch von diesem wurde nun angenommen, dass er „zwischen den europäischen Ländern“ abzuschließen sei. In der Satzung des AEF hieß es zudem, man sei bereit, „alle Ansatzpunkte, die zu einer Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa führen können, zu fördern“.³²⁰

In der Arbeit mit den auf der „pragmatischen“ Seite der Europa-Union verbliebenen ausländischen Verbänden kam es darüber hinaus zu einer Verbreiterung der verfolgten Themen. Somit wurde auch in darüber berichtenden Artikeln ein breites Spektrum abgedeckt: von der Förderung der weiblichen Mitarbeit in den eigenen Reihen, Informationen zu wichtigen europäischen Institutionen wie EGKS, OEEC und NATO, Kundgebungen zur Verdeutlichung der „europäischen Wirklichkeit“ des Europarates, bis hin zur Forderung nach Solidarität mit den Entwicklungsländern und Partnerschaft zwischen Europa und Afrika.³²¹ Hier kann ebenfalls von einer thematischen Auffächerung der von der Europa-Union verbreiteten Lösungsvorschläge für die weiterhin als zentral angesehenen Probleme einer ungenügenden europäischen Einigung gesprochen werden, die mit der veränderten Darstellung der Europa-Ver-

³¹⁹ Zu Aktivitäten mit ausländischen Vertretern beispielsweise: „Europagespräch“, *Kölner Stadt-Anzeiger*, 17.10.1956; Jürgen Buschkiel, „Europa im Kampf gegen die Diktatur“, *Mannheimer Morgen*, 20.10.1956; „Sie waren sechs Tage wirklich Europäer“, *Kölnische Rundschau*, 31.10.1956. Zu Aktivitäten der anderen Verbände: „Jugend schlägt Brücken“, *Neue Rhein-Zeitung Köln*, 6.3.1957; „Direkte Wahlen für Europa – Parlament ein erster Schritt“, *Hessische Nachrichten Kassel*, 17.5.1956.

³²⁰ EntschlieÙung abgedruckt in, Lipgens, 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, S. 400f.; Satzung abgedruckt in: Koppe, Das Grüne E setzt sich durch, S. 96f.

³²¹ Jürgen Buschkiel, „Europa im Kampf gegen die Diktatur“, *Mannheimer Morgen*, 20.10.1956; „Sie waren sechs Tage wirklich Europäer“, *Kölnische Rundschau*, 31.10.1956; „Kundgebung für den Europagedanken“, *Stuttgarter Nachrichten*, 13.5.1956; „Einheit Europas verlangt“, *Kölnische Rundschau*, 12.1.1959.

bände insgesamt und der Europa-Union im Speziellen seit der „verlorenen Schlacht“ und den vor allem daraus resultierenden inneren Unstimmigkeiten zusammenhing.

Im Fall der Berichterstattung zur Europa-Union kommt die im vorangegangenen Abschnitt dargestellte Reaktion der Presse auf die interne Neuaufstellung hinzu. Sie förderte in ähnlicher Weise eine allmähliche Einordnung der Berichte in das ganz normale Tagesgeschäft der westdeutschen Tagespresse. Insofern bildeten die interne Neuordnung und die Reaktion auf das Scheitern der EVG, die schließlich in der Spaltung der Dachverbände resultierte, zwei wichtige Einschnitte. Beide beschleunigten einen Wandel auch im Hinblick auf im Zusammenhang mit den Ideen der Europa-Union geäußerten Kritikpunkten und Lösungsansätzen. Diese Argumente lassen die Hypothese zu, dass die politische Brisanz und Bedeutung der Berichterstattung im Zusammenhang mit der Europa-Union und ihren Ideen im Untersuchungszeitraum eher zurückgingen.

5 Fazit: Die 1950er Jahre als maßgebliche Phase für den Verband in der westdeutschen Tagespresse

Bei der Beantwortung der Frage, wie die Europa-Union und ihre Positionen in der Tagespresse aufgenommen wurden, können einige Aspekte unterschieden werden. Bevor eine abschließende Beurteilung sinnvoll erscheint, werden die einzelnen Gesichtspunkte – Grundlagen, Konstanten und Wandel – pointiert zusammengefasst.

Die Grundlage der Berichterstattung bildete die trotz weitreichender Veränderungen gleichbleibend positive Einstellung zur parlamentarischen Demokratie bei der großen Mehrheit der Tagespresse. Im Zusammenspiel mit einem sich verstetigenden europäischen Selbstverständnis angesichts der Entwicklung westeuropäischer Zusammenarbeit – auch auf institutioneller Ebene – bot jene journalistische Zugewandtheit die Möglichkeit zur medialen Auseinandersetzung mit den Ideen der Europa-Union. Die internationalen Rahmenbedingungen lassen sich im Untersuchungszeitraum in zwei Phasen einteilen. Die erste Phase war gekennzeichnet durch die Hoffnung, über eine Verteidigungsgemeinschaft nach dem Vorbild der EGKS eine weitere Einigung Europas voranzubringen. Der EVG sollte schnell eine politische Gemeinschaft folgen. Nach der endgültigen Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung war die zweite Phase bestimmt von der Suche nach einer neuen Möglichkeit, das Ziel einer engeren europäischen Zusammenarbeit zu erreichen. Mit der Einrichtung zweier neuer Gemeinschaften, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, wurde in dieser zweiten Phase ein Kompromiss gefunden, der die Grundlage der heutigen Europäischen Union bildet.

Es zeigten sich bei dieser Konfrontation der Tagespresse mit den Anliegen des Verbandes charakteristische Konstanten im Hinblick auf Kritik, grundlegende Werte, konkretere Ziele und Versinnbildlichungen, die im Zusammenhang mit der Europa-Union über den gesamten Zeitraum eine wichtige Rolle spielten. Überwiegend stehen diese Konstanten bei den verschiedenen Artikelgattungen eng miteinander in Verbindung, es finden sich zumeist sowohl kritische Anmerkungen als auch affirmative Abschnitte, welche sich oft auf die aufgezählten Defizite beziehen. Eine Unterscheidung zwischen den einzelnen journalistischen Textgattungen ist daher unter diesen Gesichtspunkten nicht zu treffen.

Das Motiv der politischen Ohnmacht, also der Machtlosigkeit des durch den Kalten Krieg geteilten Kontinentes angesichts der angenommenen Überlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der wahrgenommenen Bedrohung durch die Sowjetunion

andererseits erscheint als der wichtigste Kritikpunkt. Die Auswirkung des andauernden mentalen und praktischen Belagerungszustandes des Westens auf die Zugkraft entsprechender Forderungen war beträchtlich. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Frage ergab sich die Freiheit als ein Grundwert, der in den Artikeln mehrheitlich höher eingeschätzt wurde als das wichtigste konkrete Ziel einer deutschen Wiedervereinigung.

Die meist recht deutliche Gewichtung der einzelnen Bestandteile lässt als eine Ursache den Wunsch nach gleichberechtigter Anerkennung der Bundesdeutschen und ihres Staates im westeuropäischen Mächtekonkordat vermuten. Dies gilt in erster Linie für die Europa-Aktivist*innen, aber daneben auch für die Journalist*innen, die über den Verband und seine Aktivitäten berichteten. Sie machten sich, wie die Untersuchung gezeigt hat, öfter Positionen der Europa-Union zu eigen. Nach Erreichen der faktischen Souveränität der Bundesrepublik 1955 verstummten diese Stimmen nicht, die Berichterstattung behielt diese besondere, spezifisch westdeutsche Komponente. Hier existiert über den gesamten Untersuchungszeitraum eine enge Verbindung zwischen dem dargestellten Selbstverständnis, das zumeist auf eine aktive Rolle der Deutschen und der Bundesrepublik in Westeuropa hinausläuft und der deutschen Identität. Somit bilden die analysierten Zeitungsberichte einen wichtigen Teil des „Europas der Deutschen“ (Conze) in den 1950er Jahren ab.

Die Frage, ob daraus eine Identifikation mit den in dieser Zeit geschaffenen europäischen Institutionen EGKS und später EWG sowie EAG folgte, ist zu verneinen. Im Zusammenhang mit der Europa-Union wurden besonders zwei Versinnbildlichungen immer wieder erwähnt. An erster Stelle ist hier die Flagge des Verbandes zu nennen, die in der Berichterstattung oft einen exponierten Platz einnahm. Mit einigem Abstand folgt der persönlich versinnbildlichte Austausch zwischen ehemaligen Kriegsgegnern. In seinem Kontext spielten auch die erwähnten Institutionen eine Rolle, jedoch eher untergeordnet. Als eigenständiger Bezugspunkt fungierten diese Gemeinschaftsorgane – oder auch andere Institutionen wie Europarat und OEEC – nicht, sieht man von der Flagge des Europarates ab, die nach ihrer Einführung in den Berichten gelegentlich ebenfalls auftaucht. Neben den bescheidenen Anfängen der Vorläufer der heutigen Europäischen Union ist als eine Ursache für diese Zurückhaltung das Ziel der Europa-Union anzuführen, über die erreichten Stufen der Zusammenarbeit strukturell mit einem politischen Zusammenschluss hinauszugehen.

Neben solchen Konstanten gab es einen tiefgreifenden Wandel bezüglich einiger Aspekte der Darstellung der Europa-Union in der westdeutschen Tagespresse in den 1950er Jahren. Besonders eine europapolitische Entwicklung wurde hier zum Schlüsselereignis: Das Scheitern

der EVG/EPG im Jahre 1954. Dieser Rückschlag für die Mehrzahl der Europa-Aktivisten bildete in zweifacher Weise den Anknüpfungspunkt für die Geschichte einer veränderten Berichterstattung.

Erstens bildet er einen Kristallisationspunkt für den internen Richtungswandel der Europa-Union ab 1953. Betrachtet man das personale Element, ist diese Kursänderung des Verbandes mit dem Gegensatz zwischen den Führungspersonlichkeiten Eugen Kogon und Ernst Friedlaender verknüpft. Während der Erstgenannte noch über das EVG/EPG-Projekt hinausgehende Pläne verfolgt hatte, versuchte Letzterer, nachdem er das Präsidentenamt übernommen hatte, ein konkretes Vorgehen der Europa-Union zu befördern, das den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trug. So war Kogon zu Beginn des Untersuchungszeitraums die entscheidende Führungspersonlichkeit der Europa-Union Deutschland und spielte mit seiner umfassenden Idee einer eigenständigen Rolle Europas zwischen den Machtblöcken auch im Dachverband UEF eine wichtige Rolle. Mit diesen visionären, utopischen Zukunftskonzepten war ihm ein großes Presseecho gewiss, das seinen Namen teilweise in einem Atemzug mit profilierten europäischen Politikern wie Paul Henri Spaak und Duncan Sandys nannte. Die sich andeutenden Schwierigkeiten der europäischen Einigung im Zusammenhang mit der EVG sowie verbandsinterne Kritik am Finanzgebaren Kogons führten noch 1953 zu seinem tiefen Fall. Sein Autoritätsverlust zeigte sich in der Europa-Union, aber auch in der Tagespresse. Eine Veränderung, die sich auch medienhistorisch verorten lässt. Im Laufe der 1950er Jahre gerieten Journalisten wie Kogon, die ehemaligen Gegner des Nationalsozialismus waren, in die Defensive. Nachfolgend verschwand der Publizist vollständig aus der Berichterstattung zum Verband.

Seine prägenden Nachfolger, Ernst Friedlaender und Friedrich Carl von Oppenheim, stehen für einen Richtungswandel hin zu einer größeren Übereinstimmung mit der Strategie der Westintegration, welche die Bundesregierung Adenauer vertrat. Darüber hinaus steht besonders von Oppenheim für den wirtschaftspolitischen Schwerpunkt, den die Europa-Union mit dem Rückzug Eugen Kogons zunehmend ausbildete. Diese Verlagerung der internen Struktur des Verbandes zur „weltwirtschaftlichen Seite“ (*Die Welt*), die schon mit der Übernahme des Schatzmeister-Amtes durch von Oppenheim und die Einbindung des Geschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie begann, wurde mit einiger Verzögerung in der Tagespresse registriert. Beide Veränderungen legen eine abnehmende Attraktivität der Europa-Union für die Tagespresse nahe. Der Verband verlor einen Teil seiner medialen Herausgehobenheit und Präsenz.

Zweitens hatte der Misserfolg der Verteidigungsgemeinschaft auf internationaler Ebene für den Verband und seine Darstellung tendenziell negative Folgen, da die nachfolgenden Auseinandersetzungen mit anderen nationalen Europaverbänden – mit denen die Europa-Union bis zu diesem Zeitpunkt ohne öffentlich gewordene Spannungen in einem gemeinsamen Dachverband zusammengearbeitet hatte – registriert und kritisch begleitet wurden. Die Zusammenarbeit in der ersten Phase der internationalen Konstellation ist vor allem durch die Arbeit der einzelnen Verbände des Dachverbandes an der Aktion Bundespakt gekennzeichnet, die in der westdeutschen Tagespresse ein breites Presseecho fand und mit ihren teils visionär-utopischen Forderungen eine große Beachtung fand. Dagegen nahm sich im Lichte der anschwellenden Kritik am EVG-Vertrag vor allem aus Frankreich der reale Erfolg der gestarteten Unterschriftensammlung zur Erreichung des zukunftsweisenden Bundespaktes sowohl in der Bundesrepublik, als auch in Westeuropa bescheiden aus. In der Folge wurden auch kritische Stimmen an der Idee einer solchen Kampagne laut, auf die der Bundesverband aufgrund der internen Querelen und finanziellen Engpässe augenscheinlich nicht adäquat reagieren konnte. Erst im Zuge der Bewertung des Scheiterns der EVG zeigte sich die Wandlung der Europa-Union auch in der Beziehung zum Dachverband. Nur ein Teil der zusammengeschlossenen nationalen Verbände war bereit, ähnlich „pragmatische“ Schlussfolgerungen aus der „verlorenen Schlacht“ (Robert Schuman) zu ziehen, was 1956 zur Entstehung zweier konkurrierender Dachverbände führte. In dieser Konkurrenzsituation nahm die Tagespresse die Europa-Union vermehrt als einen privaten Verband mit ähnlichen Problemen wie vergleichbare Einrichtungen wahr. In Verbindung mit einer thematischen Auffächerung der unterbreiteten Lösungsvorschläge kann eine zunehmend alltäglichere Einordnung der Berichte über die Europa-Union und ihre Veranstaltungen registriert werden.

Eine mögliche Deutung der verschiedenen betrachteten Aspekte der Berichterstattung der Tagespresse zur Europa-Union im Untersuchungszeitraum lautet somit: Der beschriebene Wandel relativierte die Bedeutung der Europa-Union im Laufe der 1950er Jahre. Eindrücklich ist er über das Schlüsselereignis des „Dramas der EVG“ (Loth) mit den Konstellationen der europäischen Einigung verbunden. Schließlich trugen auch die Kontinuitäten in der Berichterstattung in Bezug auf Kritikpunkte und Zukunftsvisionen ihren Teil dazu bei, dass sich ein gewisser Gewöhnungsprozess bemerkbar machte. Darüber hinaus ist auch die im Zuge von verbands- und dachverbandsinternen Auseinandersetzungen veränderte Haltung der Europa-Union und die Ausweitung ihrer thematischen Arbeit ursächlich für eine nachlassende politische Bedeutung der Artikel, die sich mit einer zunehmenden Themenvielfalt beschäftigten.

In Abwägung der Bedeutung der konstanten gegenüber den veränderten Aspekten fällt das Urteil zweigeteilt aus: Für die europapolitische Diskussion haben bis heute mit Sicherheit die in den Artikeln zur Europa-Union besonders gut greifbaren grundlegenden Zielsetzungen einen größeren Nachhall erzeugt, als das die Wandlungsprozesse innerhalb des Verbandes vermocht hätten. Von Werten, Zielen, Versinnbildlichungen und ihren Bedrohungen ist trotz der geänderten Situation durch das Ende der Blockbildung des Kalten Krieges weiterhin die Rede – mit ähnlichen Inhalten. Für den Verband selbst hingegen sind die internen Veränderungen und der Wandel seiner Darstellung in der Tagespresse bedeutsamer, obwohl auch hier den kontinuierlich vertretenen Positionen eine Rolle zufällt. Die gesellschaftliche Positionierung und größere Unauffälligkeit der Europa-Union in der Diskussion der Tagespresse zum Thema Europa wurde im Zeitraum der Untersuchung maßgeblich geprägt.

Aufschlussreich wäre es, ausgehend von dieser Deutung, die Untersuchung der Berichterstattung vor dem Hintergrund der Durchsetzung von Veränderungen in den Medien einerseits und der „gaullistischen Herausforderung“ (Conze) für das Projekt der europäischen Einigung andererseits fortzuführen. Half die in der Forschung belegte Neupositionierung der Europa-Union dem Verband in einer Phase eines zunehmend „zeitkritischen“ Journalismus? Ließ sie den Verband auch in der Berichterstattung der Tagespresse wieder eine bedeutendere Rolle spielen? Wie wichtig war diese Herausforderung im Kampf gegen den in der vorliegenden Untersuchung belegten Prozess, der die Aufmerksamkeit der Tagespresse verringerte? An einzelnen Punkten der Analyse der Presseauschnitte der im täglichen Rhythmus erscheinenden Publikationen hat sich zudem gezeigt, dass die Bezüge zu Wochenzeitungen einen Vergleich mit ebendiesen oder Wochenillustrierten ergiebig erscheinen lassen.

Durch die umfangreiche und vielgestaltige Quellenauswahl hat die Untersuchung der Tagespresse bei allen Unterschieden und Ambivalenzen im Einzelnen wichtige Grundkonstanten und Wandlungsprozesse nachgezeichnet, die einen Teil der damaligen Auseinandersetzung über das europäische Selbstverständnis bilden. Als Wurzeln unseres heutigen Verständnisses von Europa, seiner Gestalt, seinen Werten, Zielen und Versinnbildlichungen ermöglichen diese Grundlagen neue Einsichten in entsprechende aktuelle Kritikpunkte und Zukunftsvisionen.

Abkürzungsverzeichnis

AEF	Aktionszentrum Europäischer Föderalisten
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEJ	Bund Europäischer Jugend
BeNeLux	Belgien, Niederlande, Luxemburg
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (kurz: Bundespresseamt)
BPA-DOK	Zentrales Dokumentationssystem des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
CIA	Central Intelligence Agency
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.
EFTA	European Free Trade Organization
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EM	European Movement
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EUS	Europa-Union an der Saar
EZU	Europäische Zahlungsunion
<i>FAZ</i>	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
FN	Fußnote
<i>FR</i>	<i>Frankfurter Rundschau</i>
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GG	Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft
JEF	Jeunesses Européennes Fédéralistes

OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
KZ	Konzentrationslager
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NL	Nachlass
<i>NZ</i>	<i>Die Neue Zeitung München</i>
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
<i>SZ</i>	<i>Süddeutsche Zeitung München</i>
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEF	Union Européenne des Fédéralistes (auch: Union Europäischer Föderalisten)
UEM	United Europe Movement
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WEU	Westeuropäische Union

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivbestände

Historisches Presseausschnittarchiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Ordnungsplan Internationales/UNO 1946-1952

Bestand „Europäische Bewegung, allgemeine“, 200

Bestand „Europäische Union der Föderalisten (UEF)“, 200-2

Ordnungsplan Internationales/UNO 1949-1960

Bestand „Europäische Bewegung – (Europa-Tage)“, 103-30

Bestand „Entwicklung“, 103-30.1

Bestand „Mitglieder“, 103-30.2

Bestand „Europa Union, Union Européenne des Fédéralistes UEF“, 103-30.2.5

Ordnungsplan Bundesrepublik Deutschland

Bestand „Europäische Integration“, 110

Dokumentationszentrum der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Berlin

NL Cornides (ungeordnet)

Ordner E.(ugen) K.(Kogon)

Gedruckte Quellen und Memoiren

Eickhorn, Gerhard (Hrsg.), Für ein föderales Europa. Beschlüsse der Bundeskongresse der Europa-Union Deutschland 1947-1991, Bonn 1993.

- Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, 3 Bd., München 1962 (Reihe Dokumente und Berichte, Bd. 17).
- Frei, Norbert; Friedlaender, Franziska, Ernst Friedlaender, Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946-1950, München, Wien 1982.
- Friedlaender, Ernst, Wie Europa begann, Köln 1965 (Reihe Europäische Schriften des Bildungswerks Europäische Politik, Bd. 9).
- Gasteyger, Curt, Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2005, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2005 (Reihe Schriftenreihe // Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 485).
- Schneider, Heinrich, Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann: Persönliche Erinnerungen an Begegnungen mit Friedrich Carl von Oppenheim, in: Jürgen Mittag; Wolfgang Wessels (Hrsg.), "Der kölsche Europäer". Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 273–392.
- Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt a. M. 1959 [1947].
- Kogon, Eugen, Eugen Kogon - ein politischer Publizist in Hessen. Essays, Aufsätze, Reden zwischen 1946 und 1982, herausgegeben von Hubert Habicht, Frankfurt a. M. 1982.
- Lipgens, Walter (Hrsg.), 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung: Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986.
- Rovan, Joseph, Erinnerungen eines Franzosen, der einmal Deutscher war, München, Wien 2000.

Literatur

- Ackermann, Volker, Presseartikel, in: Bernd-A. Rusinek; Volker Ackermann; Jörg Engelbrecht (Hrsg.), Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt Neuzeit, Paderborn 1992, (Reihe UTB für Wissenschaft; Uni-Taschenbücher, Bd. 1674), S. 232–252.
- Bauernkämper, Arnd, Demokratie als Verheißung oder Gefahr? Deutsche Politikwissenschaftler und amerikanische Modelle 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre, in: Arnd Bauerkämper; Konrad H. Jarausch; Marcus M. Payk (Hrsg.), Demokratiewunder.

- Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970, Göttingen 2005, S. 253–280.
- Benz, Wolfgang; Broszat, Martin, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1999 (Reihe dtv, Bd. 4523).
- Bieber, Roland, Die Flagge der EG. Rechtsprobleme politischer Symbolik an einer Nahtstelle von Staats-, Europa- und Völkerrecht, in: Wilfried Fiedler; Georg Ress (Hrsg.), Verfassungsrecht und Völkerrecht. Gedächtnisschrift für Wilhelm Karl Geck, Köln, Berlin, Bonn u.a. 1989, S. 59–77.
- Brunn, Gerhard, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bonn 2005 (Reihe Schriftenreihe // Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 472).
- Conze, Vanessa, Richard Codenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Gleichen 2004 (Reihe Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 165).
- Dies., Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970), München 2005 (Reihe Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 69).
- Dovifat, Emil; Wilke, Jürgen, Zeitungslehre I, Berlin 1976 (Reihe Sammlung Göschen, Bd. 2090).
- Eisermann, Daniel, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955-1972, München 1999 (Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Bd. 66).
- Elvert, Jürgen, Die europäische Integration, Darmstadt 2006.
- Fischer, Peter, Die Bundesrepublik und das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Ludolf Herbst; Werner Bührer; Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 279–299.
- Frei, Norbert, Ernst Friedlaender - eine biographisch-publizistische Skizze, in: Ders.; Franziska Friedlaender (Hrsg.), Ernst Friedlaender: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946-1950, München, Wien 1982, S. 7–33.
- Grasnick, Georg, Anatomie der Bedrohungslüge, Berlin 1981.

- Hallwirth, Uta, *Auf der Suche nach einer neuen Identität? Zum nationalen Selbstverständnis in der westdeutschen Presse 1945 - 1955*, Frankfurt a. M., Bern, New York u. a. 1987 (Reihe Erlanger historische Studien, Bd. 13).
- Herbst, Ludolf, *Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947-1950*, in: *VfZ, Jg. 34* (1986), S. 163–205.
- Hick, Alan, *The European Movement*, in: Walter Lipgens; Wilfried Loth (Hrsg.), *Documents on the History of European Integration*, Bd. 4. *Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union 1945-1950*, Berlin, New York 1988 (Reihe European University Institute Series B, History, Bd. 1.4), S. 319–435.
- Hodenberg, Christina von, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945 - 1973*, Göttingen 2006 (Reihe Moderne Zeit, Bd. 12).
- Jachtenfuchs, Markus, *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*, Baden-Baden 2002 (Reihe Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 9).
- Jürgs, Michael, *Mystiker auf Sylt. Axel Springer und Hans Zehrer*, in: Lutz Hachmeister; Friedemann Siering (Hrsg.), *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München 2002, (Reihe Beck'sche Reihe, Bd. 1457), S. 196–212.
- Kade, Gerhard, *Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*, Berlin 1981.
- Kaelble, Hartmut, *Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen*, in: Rainer Hudemann; Hartmut Kaelble; Klaus Schwabe (Hrsg.), *Europa im Blick der Historiker*, München 1995 (Reihe Historische Zeitschrift. Beihefte. Neue Folge, Bd. 21), S. 1–29.
- Ders., *Das europäische Selbstverständnis und die europäische Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Ders.; Martin Kirsch; Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M., New York 2002, S. 85–110.
- Ders., *Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M., New York 2001.

- Ders., *Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union*, Stuttgart 2001.
- Kiefer, Markus, *Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949 - 1955*, Frankfurt a. M., Berlin, Bern u. a. 1992 (Reihe Europäische Hochschulschriften: Reihe 3. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 525).
- Koppe, Karlheinz, *Das grüne E setzt sich durch. 20 Jahre Europa-Union Deutschland 1946 - 1966*, Köln 1967 (Reihe Europäische Schriften des Bildungswerks Europäische Politik, Bd. 13).
- Koselleck, Reinhart, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ - zwei historische Kategorien, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989 (Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 757), S. 349–375.
- Ders., *Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte*, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989 (Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 757), S. 38–66.
- Ders., *Kritik und Krise. eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, 8. Aufl., Frankfurt a. M. 2001 (Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 36).
- Kruip, Gudrun, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1999 (Reihe Ordnungssysteme, Bd. 3).
- Kunczik, Michael, *Öffentlichkeitsarbeit*, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 545–569.
- Lipgens, Walter, *Die Bedeutung des EVG-Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung*, in: Hans-Erich Volkmann; Alfredo Breccia (Hrsg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985, (Reihe Militärgeschichte seit 1945, Bd. 7), S. 9–30.
- Ders., *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil: 1945-1947. Mit zwei Beiträgen von Wilfried Loth*, Stuttgart 1977.

- Ders., Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945, München 1968
(Reihe Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 26).
- Loth, Wilfried, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, in: Ludolf Herbst; Werner Bühner; Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 63–77.
- Ders., Das Europa der Verbände. Die Europa-Union im europäischen Integrationsprozess (1949-1969), in: Jürgen Mittag; Wolfgang Wessels (Hrsg.), „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 217–236.
- Ders., Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, 3. durchgesehene Aufl., Göttingen 1996.
- Ders., Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Rainer Hudemann; Hartmut Kaelble; Klaus Schwabe (Hrsg.), Europa im Blick der Historiker, München 1995, (Reihe Historische Zeitschrift. Beihefte. Neue Folge, Bd. 21), S. 191–202.
- Ders., Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941 - 1955, 8. überarbeitete Aufl., München 1990 (Reihe dtv, Bd. 4012).
- Ders., Rettungsanker Europa? Deutsche Europa-Konzeptionen vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 201–221.
- Maier, Klaus A., Politische Aspekte des Mißerfolges der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Gilbert Trausch (Hrsg.), Die europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen und Mißerfolge; Beiträge des Kolloquiums in Luxemburg, 17. - 19. Mai 1989, Baden-Baden 1993, (Reihe Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bd. 4), S. 91–97.
- Milward, Alan S., The European Rescue of the Nation-State, 2. Aufl., London 2000.

- Mittag, Jürgen, Integration durch Kommunikation: Der Bankier Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Integration, in: Ders.; Wolfgang Wessels (Hrsg.), „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 31-182.
- Neuss, Beate, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945 - 1958, Baden-Baden 2000.
- Petri, Rolf, Europa? Ein Zitatensystem, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, Jg. 14 (2004), S. 15–49.
- Poidevin, Raymond, Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Hans-Erich Volkmann; Alfredo Breccia (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, (Reihe Militärgeschichte seit 1945, Bd. 7), S. 101–125.
- Pomian, Krzysztof, Inférieures? Supérieures? Égales? La civilisation européenne et les autres, in: Ders.; Henri Dupuis (Hrsg.), De l'Europe-Monde a l'Europe dans le monde, Brüssel 2004, S. 35–48.
- Prümm, Karl, Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik, Heidelberg 1984 (Reihe Siegen; Germanistische Abt., Bd. 53).
- Rhenisch, Thomas, Europäische Integration und industrielles Interesse. Die deutsche Industrie und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Stuttgart 1999 (Reihe Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beihefte, Bd. 152).
- Ruppert, Christel, Die Europa-Union Deutschland. Organisation und Tätigkeit eines Europa-Verbandes, Dissertation, Universität Heidelberg, 1960.
- Sander, Tim, Die Europa-Union Deutschland von 1949 bis 1957, Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, 2006.
- Schildt, Axel, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: *GG*, Jg. 27 (2001), S. 177–206.
- Ders., Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 633–648.

- Schilmar, Boris, *Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933-1945*, München 2004 (Reihe Pariser Historische Schriften, Bd. 67).
- Schütz, Walter J., *Entwicklungen der Tagespresse*, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Medien-
geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 109–134.
- Weisbrod, Bernd, *Öffentlichkeit als politischer Prozeß. Dimensionen der politischen Media-
lisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Politik der
Öffentlichkeit - die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der
Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, (Reihe Veröffentlichungen des
Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Bd. 21), S. 11–25.
- Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933 - 1990*,
Bonn 2005 (Reihe Schriftenreihe // Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 463).
- Wurm, Clemens A., *Great Britain: Political Parties and Pressure Groups in the Discussion on
European Union*, in: Walter Lipgens; Wilfried Loth (Hrsg.), *Documents on the History
of European Integration*, Bd. 3. *The Struggle for European Union by Political Parties
and Pressure Groups in Western European Countries 1945-1950*, Berlin, New York
1988 (Reihe European University Institute Series B, History, Bd. 1.3), S. 628–762.
- Wurm, Clemens A., *Introduction*, in: Ders. (Hrsg.), *Western Europe and Germany. The Be-
ginnings of European Integration 1945 - 1960*, Oxford 1995, (Reihe German Historical
Perspectives, Bd. 9), S. 1–8.

Eidstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbständig und ohne die Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß auf veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Schriften beruhen, sind entsprechend gekennzeichnet.

Berlin, den 12. Juni 2007